

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

32. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 16. Mai 2018

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 1: (Fortsetzung)

- a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)**
Drucksache 19/1700 2971 B

- b) Unterrichtung durch die Bundesregierung:
Finanzplan des Bundes 2017 bis 2021
Drucksache 18/13001 2971 B

Einzelplan 04

Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt

Dr. Alice Weidel (AfD)	2971 B
Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin	2973 D
Christian Lindner (FDP)	2981 D
Andrea Nahles (SPD)	2986 A
Dr. Sahra Wagenknecht (DIE LINKE)	2990 A
Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	2993 B
Volker Kauder (CDU/CSU)	2996 C
Dr. Alexander Gauland (AfD)	2999 A
Achim Post (Minden) (SPD)	3001 C
Simone Barrientos (DIE LINKE)	3003 B
Dr. Frauke Petry (fraktionslos)	3004 A
Alexander Dobrindt (CDU/CSU)	3005 C
Dr. Marc Jongen (AfD)	3007 B
Martin Gerster (SPD)	3008 C
Monika Grütters, Staatsministerin BK	3010 A

Joana Cotar (AfD)	3011 B
Martin Rabanus (SPD)	3012 A
Erhard Grundl (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	3013 B
Patricia Lips (CDU/CSU)	3014 C
Einzelplan 05	
Auswärtiges Amt	
Heiko Maas, Bundesminister AA	3015 C
Dr. Birgit Malsack-Winkemann (AfD)	3017 B
Jürgen Hardt (CDU/CSU)	3019 A
Michael Georg Link (FDP)	3020 C
Michael Leutert (DIE LINKE)	3021 C
Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	3022 C
Christoph Matschie (SPD)	3023 D
Armin-Paulus Hampel (AfD)	3024 D
Michael Georg Link (FDP)	3026 C
Armin-Paulus Hampel (AfD)	3026 D
Dr. Norbert Röttgen (CDU/CSU)	3027 A
Bijan Djir-Sarai (FDP)	3028 D
Stefan Liebich (DIE LINKE)	3029 D
Dr. Franziska Brantner (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	3030 D
Thorsten Frei (CDU/CSU)	3032 A
Axel Schäfer (Bochum) (SPD)	3033 A
Alois Karl (CDU/CSU)	3034 A

Einzelplan 14

Bundesministerium der Verteidigung

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin BMVg	3035 C
Dr. Alexander S. Neu (DIE LINKE)	3038 D
Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin BMVg	3039 A
Rüdiger Lucassen (AfD)	3037 C
Dr. Fritz Felgentreu (SPD)	3039 B
Tobias Pflüger (DIE LINKE)	3041 A
Dr. Fritz Felgentreu (SPD)	3041 C
Karsten Klein (FDP)	3041 D
Michael Leutert (DIE LINKE)	3042 D
Dr. Tobias Lindner (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	3044 A
Henning Otte (CDU/CSU)	3045 B
Rüdiger Lucassen (AfD)	3047 A
Henning Otte (CDU/CSU)	3047 B
Martin Hohmann (AfD)	3047 C
Dennis Rohde (SPD)	3048 C
Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP)	3049 C
Dr. Alexander S. Neu (DIE LINKE)	3050 C
Katja Keul (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	3051 B
Ingo Gädechens (CDU/CSU)	3052 B
Dr. Tobias Lindner (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	3053 C
Ingo Gädechens (CDU/CSU)	3053 D
Wolfgang Hellmich (SPD)	3054 A
Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU)	3055 B
Dr. Christoph Hoffmann (FDP)	3056 B

Einzelplan 23

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Gerd Müller, Bundesminister BMZ	3057 C
Markus Frohnmaier (AfD)	3059 A
Volker Münz (AfD)	3060 A
Sonja Amalie Steffen (SPD)	3061 B
Michael Georg Link (FDP)	3062 D
Michael Leutert (DIE LINKE)	3063 D
Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	3065 A
Hermann Gröhe (CDU/CSU)	3066 B
Dietmar Friedhoff (AfD)	3067 C
Gabi Weber (SPD)	3068 D
Olaf in der Beek (FDP)	3070 B
Eva-Maria Elisabeth Schreiber (DIE LINKE)	3071 B
Ottmar von Holtz (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	3072 B
Matern von Marschall (CDU/CSU)	3073 A
Dr. Sascha Raabe (SPD)	3073 C
Stefan Sauer (CDU/CSU)	3075 A
Carsten Körber (CDU/CSU)	3076 A
Jan Ralf Nolte (AfD)	3077 A
Nächste Sitzung	3077 C
Anlage	
Entschuldigte Abgeordnete	3079 A

(A)

(C)

32. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 16. Mai 2018

Beginn: 9.00 Uhr

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bitte nehmen Sie Platz. Die Sitzung ist eröffnet.

Bevor ich den ersten Einzelplan aufrufe, möchte ich darauf hinweisen, dass heute ein vom Bundestag beauftragter Fotograf Aufnahmen für Publikationen des Bundestages machen wird.

Wir setzen jetzt die Haushaltsberatungen – Tagesordnungspunkte 1 a und 1 b – fort:

(B)

- a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)**

Drucksache 19/1700

Überweisungsvorschlag:
Haushaltsausschuss

- b) Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Finanzplan des Bundes 2017 bis 2021

Drucksache 18/13001

Überweisungsvorschlag:
Haushaltsausschuss

Für die heutige Aussprache haben wir eine Redezeit von insgesamt acht Stunden beschlossen. Wir beginnen mit dem Geschäftsbereich der **Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes, Einzelplan 04**.

Das Wort hat die Fraktionsvorsitzende der AfD, Dr. Alice Weidel.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Alice Weidel (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Haushalt ist der Nerv des Staates. Daher muss er den profanen Augen des Untertanen entzogen werden.

Diesen Satz, der Kardinal Richelieu zugeordnet wird, haben Sie sich offensichtlich seit Jahrzehnten auf die Fahnen geschrieben;

(Beifall bei der AfD)

denn pünktlich zur Vorstellung des Haushaltes beginnt das Tarnen und Täuschen. Statt dem Souverän, dem Bürger, reinen Wein einzuschenken, werden vollmundige Sonntagsreden gehalten. Und dabei fühlen Sie sich dem Schriftzug am Hohen Hause „DEM DEUTSCHEN VOLKE“ ohnehin nicht mehr verpflichtet. Das Volk wollen Sie sich nämlich selbst aussuchen und zusammenstellen.

(D)

(Beifall bei der AfD)

Sie reden von einer schwarzen Null – doch in Wahrheit sitzen die Steuerzahler auf einem gewaltigen Schuldenberg, den die künftigen Generationen erben werden. Dennoch binden uns die jeweiligen Finanzminister, wie gestern auch Olaf Scholz, Jahr für Jahr einen Bären auf. Wie das gelingt? Ganz einfach: Im Bundeshaushalt werden schlicht nicht alle Ausgabenposten aufgeführt. Denn: Wo ist zum Beispiel der EU-Etat zu finden? Richtig – gar nicht. Die rund 30 Milliarden Euro, die Deutschland nach Brüssel transferiert, werden im Budget verschwiegen. Nach dem Brexit wird der Posten sogar noch größer. Die Haftungen und Garantien für andere Euro-Staaten, Banken und die diversen Euro-Rettungsfonds sind gigantisch, ganz zu schweigen von den TARGET2-Salden, mit denen wir unsere Exporte nämlich selbst bezahlen.

(Beifall bei der AfD)

Auch ist nur ein Teil der tatsächlichen Schulden überhaupt veröffentlicht. Es ist nämlich die Schattenverschuldung, die Sie der jüngeren Generation wie einen Mühlenstein um den Hals gehängt haben. Der Ökonom Raffelhüschen hat in seiner Generationenbilanz nachgewiesen: Auf unglaubliche 7 Billionen Euro beläuft sich die Gesamtverschuldung, die Bund, Länder und Gemeinden angehäuft haben, zuzüglich der zukünftigen Zahlungen und Verpflichtungen aus dem gesetzlichen Sozialversicherungssystem und Ihrer stattlichen Pensionen. Ich

Dr. Alice Weidel

- (A) stelle die Frage: Ist das eigentlich noch verantwortliches Haushalten?

(Beifall bei der AfD)

Sie reden von Verantwortung, doch in Wahrheit geben Sie das Königsrecht des Parlamentes, die Budgethoheit, schamlos aus der Hand. „No taxation without representation“ – keine Besteuerung ohne Zustimmung des Parlamentes – ist Grundsatz einer jeden parlamentarischen Demokratie. Das Bundesverfassungsgericht hat ganz klar festgehalten:

Als Repräsentanten des Volkes müssen die gewählten Abgeordneten des Deutschen Bundestages ... die Kontrolle über grundlegende haushaltspolitische Entscheidungen behalten.

Der Deutsche Bundestag darf seine Budgetverantwortung nicht durch unbestimmte haushaltspolitische Ermächtigungen auf andere Akteure übertragen.

Sie haben aber dennoch den Rettungsschirmen, den dauerhaften automatisierten Finanzierungsmechanismen zugestimmt, und Sie bejubeln die Pläne von Präsident Emmanuel Macron – kein Widerspruch zum gigantischen Transfer von deutschem Steuergeld, kein Widerspruch zu einem EU-Finanzminister. Ganz im Gegenteil: Es scheint Ihnen nicht schnell genug zu gehen, Verantwortung nach Paris und Brüssel zu übertragen – und damit das Steuergeld, das Sie hier nie erarbeitet haben, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

(B)

Unser Haushalt ist sozial gerecht, behaupten Sie tatsächlich. Deutschland hat eine der höchsten Einkommens- und Ausgabenbelastungen aller westlichen Staaten. Durch Ihre absurde Steuerpolitik sind vor allem die Verdiener mittlerer und kleiner Einkommen, vor allem die Familien belastet. Die Steuerzahler bluten zusätzlich mit dem Abschmelzen ihrer Ersparnisse für die Zinssparnis, die sich der Staat über die Null- und Negativzinspolitik der EZB ermöglicht. Der Staat entschuldet sich also auf Kosten der Sparer und Steuerzahler.

(Beifall bei der AfD)

Und dann über die schwarze Null reden! Was ist daran gerecht, was ist daran sozial, sehr geehrte Damen und Herren? Es ist nichts anderes als Steuerzahlerausbeutung nach Gutsherrenart, was Sie hier praktizieren. Während die Infrastruktur dieses Landes zerfällt, der Staat seine Bürger nicht mehr schützen kann, fließen Abermilliarden in die Aufnahme und Alimentierung illegaler Einwanderer und in die Sozialsysteme.

(Beifall bei der AfD – Zuruf der Abg. Ulli Nissen [SPD])

Es ist erschreckend: In spätestens 20 Jahren wird jeder fünfte Rentner auf die Grundsicherung angewiesen sein. Trotz eines harten Arbeitslebens haben heute unzählige Senioren kaum genug zum Leben. Zwei Beispiele aus Bochum:

Zum einen Herbert W. Bis Mitte der 70er-Jahre hat er unter Tage gearbeitet, später bei Opel, hat viele Jahre ins

deutsche Rentensystem eingezahlt, sammelt am Wochenende Flaschen vor dem Ruhrstadion, um seine kümmerliche Rente aufzubessern. (C)

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Tante Alice erzählt Märchen!)

Zum anderen Sami A. Er ging früher auch einer beschwerlichen Arbeit nach, er war Leibwächter von Osama Bin Laden, hat nie ins deutsche Sozialsystem eingezahlt, fährt am Wochenende gern mit seinem Moped ins Grüne, erhält vom Staat 1 200 Euro pro Monat, und das seit sage und schreibe zehn Jahren. Das ist aus meiner Sicht eine himmelschreiende Ungerechtigkeit, die Sie zu verantworten haben.

(Beifall bei der AfD)

Sie behaupten, der Haushalt sei zukunftsorientiert. Im Gegenteil: Sie verbauen die Chancen der zukünftigen Generationen. Das Fundament unseres Staates sind die Menschen, die hier leben und arbeiten. Es sind aber nicht nur die Menschen, die jetzt hier leben, sondern auch diejenigen, die in Zukunft hier leben werden. Ja, wir haben die Hauptverantwortung für die Menschen, die Familien, die schon länger hier leben, und diesen Menschen haben Sie zu dienen. Staatsaufgabe ist nämlich, das über Generationen aufgebaute Volksvermögen treuhänderisch zum Wohle des deutschen Volkes zu verwalten und es nicht mit vollen Händen zum Fenster rauszuschmeißen;

(Beifall bei der AfD)

denn Eigentümer sind die deutschen Bürger und nicht Sie, nicht die Regierung. (D)

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Haben Sie den Haushalt mal gelesen? Neel!)

Seit 1972 werden in Deutschland jedes Jahr weniger Kinder geboren, als Menschen sterben. Für die Überlebensfähigkeit eines leistungsfähigen Staates ist das ein Problem. Was haben Sie dagegen getan? Nichts,

(Sören Bartol [SPD]: Was haben Sie denn getan?)

na ja, jedenfalls nichts Wirksames. Denn Sie setzen ausschließlich auf kompensatorische Einwanderung – das sagen Sie ja die ganze Zeit. Bei muslimischen Zuwanderern schaut die Geburtenrate nämlich ganz anders aus. Sogar die Auffettung der Einwohnerzahl durch zugewanderte Straftäter mit mehrfachen Identitäten scheint Sie überhaupt gar nicht zu stören. Doch ich kann Ihnen sagen: Burkas, Kopftuchmädchen, alimentierte Messer-männer und sonstige Taugenichtse

(Ulli Nissen [SPD]: Was?)

werden unseren Wohlstand, das Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat nicht sichern.

(Beifall bei der AfD – Sören Bartol [SPD]: Das ist doch reine Verhetzung! – Volker Kauder [CDU/CSU]: Schämen Sie sich! – Weitere Zurufe von der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu, Herr Kauder, bedarf es einer qualifizierten und keiner plan- und ziellosen, bildungsfernen Zuwanderung.

Dr. Alice Weidel

- (A) Deutschland ist schon lange ein grenzenloses Einwanderungsland für Unqualifizierte und ein Auswanderungsland für Hochqualifizierte geworden.

(Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie freuen sich offensichtlich an Ihrer eigenen Ekelhaftigkeit! Das ist wirklich widerlich!)

Und was tun Sie dagegen? Wer soll in Zukunft für die Renten aufkommen? Wer zahlt denn Ihre stattlichen Pensionen, auch Ihre, Herr Hofreiter, Sie Schreihals?

(Beifall bei der AfD – Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], an die AfD gewandt: Sie brauchen überhaupt nicht zu klatschen da drüben! – Gegenruf des Abg. Jürgen Braun [AfD]: Schämen Sie sich! Herr Hofreiter, Sie sind ein hoffnungsloser Fall!)

Ihre eingewanderten Goldstücke etwa? Das glauben Sie doch wohl nicht im Ernst.

Die Bürger scheinen Ihnen vollkommen egal zu sein. Sie wollen sich darauf beschränken, den Niedergang unseres Landes zu verwalten, teilweise haben wir den Eindruck, dass Sie ihn sogar befeuern. Aber das wird wohl Ihrem Wertekanon entsprechen. Wenn eine Bundestagsvizepräsidentin einem Transparent hinterherrennt, auf dem steht „Deutschland, du mieses Stück Scheiße“, und alle hier das mittragen, indem sie zur Bundestagsvizepräsidentin gewählt wird – ich spreche von Claudia Roth –, dann muss man sich über nichts mehr wundern hier in diesem Hohen Haus.

(B)

(Beifall bei der AfD)

Die AfD hingegen tritt für Verantwortung, Gerechtigkeit und für eine lebenswerte Zukunft ein. Deshalb fordern wir erstens einen schonungslosen Kassensturz. Alle Zahlen müssen endlich offen auf den Tisch gelegt werden.

Zweitens. Wir fordern, den Sozialstaat endlich zu sichern und die Zukunft zu gestalten. Die Strategie des Generationenersatzes durch eine unregelte Zuwanderung, teilweise aus frauenverachtenden Stammeskulturen, hat sich als Holzweg erwiesen.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Geht es Ihnen jetzt eigentlich besser?)

Wohlstand kann nur gesichert werden, wenn in sichere Grenzen und in die kommenden Generationen investiert wird.

(Beifall bei der AfD)

Drittens. Wir wollen echte Steuergerechtigkeit. Mittel- und Geringverdiener müssen endlich ehrlich belastet werden. Dazu muss der Grundfreibetrag endlich angehoben werden. 2 000 Euro brutto im Monat steuerfrei, das wäre doch einmal visionär;

(Beifall bei der AfD)

denn es kann doch nicht sein, dass ein Facharbeiter bereits beim 1,3-Fachen des Durchschnittslohnes den Spit-

zensteuersatz zu zahlen hat. Ich kann Ihnen sagen: Es ist endlich Zeit für eine ehrliche Entlastung. (C)

(Beifall bei der AfD)

Viertens. Keine weitere Aushöhlung der Souveränität. Die Hoheit über unseren Haushalt gehört nach Berlin und nicht nach Brüssel.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

In diesem Sinne schließe ich mit einem Zitat des früheren tschechischen Präsidenten Zeman, das Ihnen auch schon die ehrenwerte ehemalige CDU-Abgeordnete Erika Steinbach vorgetragen hat – ich zitiere –:

Falls Sie in einem Land leben, in dem Sie für das Fischen ohne Angelschein bestraft werden, jedoch nicht für den illegalen Grenzübertritt ohne gültigen Reisepass, dann haben Sie das volle Recht, zu sagen, dieses Land wird von Idioten regiert.

(Beifall bei der AfD – Abgeordnete der AfD erheben sich – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Pfui! – Zurufe von der LINKEN: Buh!)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Frau Kollegin Weidel, Sie haben in Ihrer Rede unter anderem die Formulierung „Kopftuchmädchen ... und sonstige Taugenichtse“ gebraucht. Damit diskriminieren Sie alle Frauen, die ein Kopftuch tragen.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Nein!)

Dafür rufe ich Sie zur Ordnung. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So sind sie halt! Ekliges Zeug! – Gegenruf des Abg. Jürgen Braun [AfD]: Reißen Sie sich zusammen, Frau Haßelmann! – Gegenruf der Abg. Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Von Ihnen brauche ich keine Ratschläge!)

Jetzt erteile ich das Wort der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen, guten Morgen!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist für jedermann erkennbar, dass der Haushalt 2018 und die dazugehörige mittelfristige Finanzplanung wieder sehr gute Daten aufweisen.

(Lachen bei der AfD)

Das ist außerordentlich erfreulich. Es wird inzwischen manchmal schon für selbstverständlich gehalten. Aber

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) dass wir die höchste Beschäftigung seit der Wiedervereinigung haben, dass wir seit 2014 keine neuen Schulden machen, das ist alles andere als selbstverständlich.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir werden im nächsten Jahr erstmals seit 2002 mit der Gesamtverschuldung wieder dort liegen, wohin der Europäische Stabilitätspakt uns verweist, nämlich unterhalb von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. 2012, nach der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise, lag die Gesamtverschuldung bei knapp 80 Prozent. Dass wir das schaffen, das ist nichts anderes als Generationengerechtigkeit pur und das Denken an die Menschen, die nach uns leben werden. Deshalb ist das gut.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Der Internationale Währungsfonds hat in seinen gerade abgeschlossenen Artikel-IV-Konsultationen, die er mit Deutschland geführt hat, die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft als – ich zitiere – „beeindruckend“ bezeichnet. Fiskalische Spielräume sollten genutzt werden, um das Wachstumspotenzial zu erhöhen, staatliche Investitionen in die Infrastruktur sollten getätigt werden, Investitionen in Bildung sollten gestärkt werden, Verfahren sollten beschleunigt werden. Das ist genau das, was wir in unserem Koalitionsvertrag niedergelegt haben und was sich auch in diesem Haushalt widerspiegelt. Das findet also auch international durchaus Unterstützung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, unabhängig von diesen guten Zahlen und Werten erreichen uns täglich beunruhigende Nachrichten aus allen Teilen der Welt, leider auch aus Teilen, die sehr nah an der Europäischen Union liegen:

(Frank Pasemann [AfD]: Auch aus Deutschland!)

die schrecklichen Bilder aus Syrien inklusive der Bilder von Giftgasangriffen in jüngster Zeit, die Kündigung des Atomabkommens mit dem Iran durch die Vereinigten Staaten von Amerika, die Bombardierung von Stellungen auf den Golanhöhen durch den Iran, ein drohender Handelsstreit zwischen den USA und der Europäischen Union, tägliche Waffenstillstandsverletzungen an der Kontaktlinie in der Ukraine, Terroropfer, auch am letzten Wochenende wieder in Paris und in Indonesien; 70 Jahre Israel, das war ein Tag zum Feiern, und trotzdem 59 tote Palästinenser und viele, viele Verwundete.

Wir verfolgen diese Schlagzeilen täglich, die uns vor Augen führen, in welch unruhiger und auch unübersichtlicher Welt wir leben. Wir wissen inzwischen, dass wir uns von diesen Ereignissen nicht abkoppeln können.

(Zuruf von der AfD: Deswegen lassen wir alle rein!)

Nach dem Arabischen Frühling, der von vielen auch als arabisches Beben bezeichnet wird, ist die Region vor unserer Haustür unruhig geworden: der Bürgerkrieg in Syrien seit 2011, der Sturz von Gaddafi in Libyen mit dem Zerfall der staatlichen Ordnung, 2014 die Annexion

der Krim, die Probleme in der Ostukraine, 2014 der IS in Syrien und im Irak, (C)

(Zuruf von der AfD: Und in Deutschland!)

der Völkermord an den Jesiden im Irak und die in Rakka, geplanten Attentate, die Paris – „Charlie Hebdo“ – so erschüttert haben. Die sicherheitspolitische Situation in unserer Nachbarschaft hat sich gravierend verändert. Das hat tiefgreifende Auswirkungen, auch auf uns. Sie zeigen uns einmal mehr: Ein Land alleine kann mit Sicherheit Sicherheit nicht garantieren. Deshalb ist uns bewusst geworden, was wir vielleicht oft fast schon stereotyp gesagt haben: Unsere Sicherheit hängt unauflösbar mit der unserer Nachbarschaft zusammen; Deutschland braucht für seine eigene Sicherheit eine Einbindung in Bündnisse als Mitglied der Europäischen Union und als Mitglied der NATO. Trotz aller Schwierigkeiten, die wir in diesen Tagen haben, sind und bleiben die transatlantischen Beziehungen deshalb von herausragender Bedeutung. Das bleibt eine Konstante.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Aber diese transatlantischen Beziehungen müssen Meinungsunterschiede aushalten, auch gerade in diesen Tagen. Das zeigt sich insbesondere an der Kündigung des Nuklearabkommens mit dem Iran durch die Vereinigten Staaten von Amerika. Wir haben über ein Jahrzehnt verhandelt, um dieses Abkommen zustande zu bringen. Dieses Abkommen ist alles andere als ideal; aber der Iran hält sich nach allen Erkenntnissen der Internationalen Atomenergiebehörde an die Verpflichtungen aus diesem Abkommen. Dieses Abkommen ist einstimmig vom UN-Sicherheitsrat indossiert worden. Deshalb glauben wir, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, aber mit uns auch die anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, dass es nicht richtig ist, dieses Abkommen jetzt, in dieser Situation zu kündigen. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das bedeutet nicht etwa, dass wir mit dem, was der Iran ansonsten tut, zufrieden sein können. Wir müssen über mehr sprechen: über das ballistische Raketenprogramm, über den Einfluss, den der Iran und die Hisbollah in Syrien ausüben und über andere Fragen. Die Frage, die wir zu beantworten haben und die wir so anders beantwortet haben als die Vereinigten Staaten von Amerika, lautet aber: Kann man besser sprechen, wenn man dieses Abkommen kündigt, oder kann man besser sprechen, wenn man in diesem Abkommen bleibt? Wir glauben, dass man besser miteinander weiterreden kann und muss – ich sage das ausdrücklich, weil das ballistische Raketenprogramm auch und gerade eine Gefährdung der Sicherheit Israels ist –, wenn man in diesem Abkommen bleibt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Klaus Ernst [DIE LINKE])

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) Genau in diesem Sinne hat der Bundesaußenminister gerade gestern Abend wieder Gespräche geführt.

Wir wissen auch – das zeigt sich jeden Tag drängen der –, dass wir natürlich eine politische Lösung in Syrien brauchen, dass das Leben der Menschen in Syrien unter einem unglaublichen Schrecknis abläuft. Die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger Syriens ist inzwischen auf der Flucht: ein großer Teil innerhalb Syriens, ein anderer Teil außerhalb Syriens.

Beim Kampf gegen den IS sind wir vorangekommen. Deutschland hat sich an der Anti-IS-Koalition und an den Operationen gegen Daesh beteiligt, durch Ausbildung der Peschmerga im Irak und durch Luftüberwachung. Aber inzwischen ist aus dem Bürgerkrieg in Syrien, dem Kampf gegen den islamistischen Terrorismus, ein Regionalkonflikt gigantischen Ausmaßes geworden, der ohne Russland, ohne die Türkei, ohne den Iran, ohne Saudi-Arabien, ohne Jordanien und im Grunde auch ohne Europa nicht zu lösen ist.

Aber wahr ist auch – der Schriftsteller Mathias Énard, der gerade den Literaturpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung bekommen hat, hat das beklemmend zu Papier gebracht –: Europa ist immanent betroffen und hat gleichzeitig zur politischen Lösung dieses Konflikts bisher nicht ausreichend beigetragen; ich sage das auch selbstkritisch. Deshalb sind wir froh, dass wir jetzt der sogenannten Small Group angehören, in der Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Jordanien, Saudi-Arabien und die USA gemeinsam nach Lösungen suchen. Natürlich muss aber auch die sogenannte Astana-Gruppe – Türkei, Iran und Russland – mit in die Gespräche einbezogen werden. Das kann bedeuten, dass wir endlich auch die Arbeit des UN-Vermittlers de Mistura besser unterstützen können. Ich glaube, es ist aller Mühe wert – obwohl ich mir keine Illusionen hinsichtlich der Kompliziertheit dieses Konflikts mache –, dass wir uns politisch stärker engagieren. Das wird die Bundesregierung tun.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Auch für einen anderen Konflikt in unserer Umgebung, mit dem wir uns schon viel beschäftigt haben, dem zwischen Russland und der Ukraine, gibt es nur eine politische Lösung; militärisch ist er nicht zu lösen. Wir tun das im Normandie-Format. Wir versuchen, das Abkommen von Minsk wiederzubeleben, obwohl es schon deprimierend ist, dass es jede Nacht zu Waffenstillstandsverletzungen an der Kontaktlinie kommt und dass es immer wieder Behinderungen der OSZE-Beobachter gibt, denen ich im Übrigen von dieser Stelle aus einmal herzlichen danken möchte.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Jahre über Jahre dort diese Arbeit zu tun, das sind wirklich friedenssichernde Maßnahmen.

Deutschland hat immer den vernetzten Ansatz befürwortet. Die neue Bundesregierung wird dies verstärkt tun. Wir wissen: Wir können solche Probleme nur lösen, indem wir Entwicklung betreiben, indem wir politische Lösungen suchen und indem wir als Ultima Ratio auch

militärische Gewalt einsetzen. Aber militärische Gewalt alleine wird das Problem nicht lösen. Wir haben – sozusagen symptomatisch dafür – in unserem Koalitionsvertrag vereinbart, dass wir die Entwicklungsausgaben und die Verteidigungsausgaben eins zu eins erhöhen, um deutlich zu machen, dass uns dieser vernetzte Ansatz nicht irgendein, sondern ein zentrales Anliegen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Aber wir müssen Verpflichtungen auf allen Seiten einhalten; das heißt, die ODA-Quote, die wir noch nicht erreicht haben, auf der einen Seite und die Ziele von Wales bzw. der NATO auf der anderen Seite. Diesen Zielen fühlen wir uns verpflichtet. Das haben wir auch im Koalitionsvertrag niedergelegt. Der Bundesfinanzminister hat gestern gesagt – mit seiner Erlaubnis darf ich ihn zitieren –: „Ein verteidigungspolitisches Konzept wird nicht schon dadurch gut, dass es teuer ist.“

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das stimmt; das ist unbestritten. Aber die Frage lautet ja anders. Die Frage lautet: Was brauchen wir für eine Bundeswehr, damit sie den heutigen Anforderungen Rechnung trägt?

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte an dieser Stelle auf das Weißbuch 2006, das wir auch in einer Großen Koalition verabschiedet haben, hinweisen. In diesem Weißbuch haben wir uns voll auf die Auslandseinsätze konzentriert. Damals galt der Satz von Peter Struck, den er richtigerweise gesagt hat: „Die Sicherheit Deutschland wird auch am Hindukusch“ – „Hindukusch“ steht pars pro toto – „verteidigt.“ Das war absolut richtig.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Lachen bei der AfD – Beatrix von Storch [AfD]: Quatsch!)

Aufgrund der Ereignisse im Jahre 2014 und aufgrund dessen, was vor unserer Haustür passiert – zum Beispiel auch im Raum Syrien –, hat die NATO 2014 beschlossen – das haben wir im Übrigen im Weißbuch 2016 nachvollzogen –, dass neben den Auslandseinsätzen auch die Landes- und Bündnisverteidigung wieder von größerer Bedeutung sind.

Genau an diesem Punkt sind wir bei den Herausforderungen, vor denen die Bundeswehr und natürlich auch die Bundesregierung gestellt sind. Wir müssen unsere Soldatinnen und Soldaten nicht nur in den Auslandseinsätzen so ausrüsten und ausstatten, dass sie ihre Einsätze gut absolvieren können, sondern wegen der Landes- und Bündnisverteidigung müssen sie gleichermaßen auch zu Hause in viel größerer Breite Material und Ausrüstung zur Verfügung gestellt bekommen, um die zusätzlichen Aufgaben, die wir heute haben, bewerkstelligen zu können: die Luftraumüberwachung im Baltikum, die Rückversicherung für Polen und die drei baltischen Staaten – dafür sind wir als Rahmennation in Litauen tätig –, die

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) immer es geht, erheben und natürlich auch unseren Beitrag für diese humanitären Fragen leisten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Aber es darf natürlich jetzt auch nicht so sein, dass wir den gesamten Entwicklungsetat sozusagen für humanitäre Hilfe umwidmen. Denn Entwicklung findet ja nicht ausreichend statt. Dann ist es auch richtig, dass wir uns fragen: Sind unsere Mittel und Methoden der Entwicklungshilfe eigentlich ausreichend? Ich sage, nein. Die klassische Entwicklungshilfe alleine reicht nicht aus. Wir müssen überlegen, wie wir wirtschaftlichen Schwung in die Dinge bringen, wie wir auch mit Kreditinstrumenten, mit Hermes und vielem anderen mehr, noch mehr Investitionen in Afrika möglich machen, aber natürlich auch durch das, was Wolfgang Schäuble in der G-20-Präsidenschaft gemacht hat: durch bessere Rahmenbedingungen – Compact with Africa – ein gutes Investitionsumfeld schaffen. Anders wird wirtschaftliche Entwicklung dort nicht in Gang kommen. Nur mit staatlichen Geldern wird das nicht klappen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Natürlich brauchen wir viertens in Europa eine Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion. Wir sind durch die Krisen gekommen.

(Lachen bei der AfD)

- (B) Wir haben heute eine Situation, in der alle europäischen Mitgliedstaaten, die den Euro haben, wieder wachsen. Die Beschäftigung steigt. Aber das kann uns nicht zufriedenstellen, weil wir natürlich wissen, dass im Augenblick die Europäische Zentralbank eine Politik fährt, die nicht auf Dauer so weitergehen wird. Deshalb ist die Aufgabe, die Euro-Zone nachhaltig zu stärken und krisenfest zu machen, ferner, dass es darüber intensive Diskussionen gibt und dass wir darüber sprechen, was die nationale Verantwortlichkeit ist.

Viele der Politiken in Europa sind nicht vergemeinschaftet. Wir können alleine kein Handelsabkommen mehr abschließen, aber wir können natürlich alleine Arbeitsmarktpolitik machen. Jeder hat das in nationaler Verantwortung. Die Budgethoheit ist in nationaler Verantwortung. Die Frage der Wettbewerbsfähigkeit bzw. der Genehmigungen ist in vielen Bereichen – nicht in allen; vieles ist auch europäisch geregelt – in nationaler Verantwortung. Deshalb liegt die Aufgabe zuallererst zu Hause, in den einzelnen Mitgliedstaaten, dazu beizutragen, dass die Wettbewerbsfähigkeit besser wird, und zwar nicht besser gegenüber unserem europäischen Durchschnitt, sondern besser gegenüber dem, was global notwendig ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die globale Sicht auf eine gemeinsame Währungsunion ist so, dass man sagt: Ihr müsst auch irgendwo Letztverantwortung haben. Wir wollen wissen, ob ihr alle gemeinsam zum Euro steht.

(Zuruf von der AfD: Nein!)

- (C) Deshalb ist es richtig und gut, den ESM weiterzuentwickeln,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der AfD: Nein!)

ihm auch Aufgaben zu geben in Richtung eines internationalen Währungsfonds. Das können wir alleine. Und deshalb stimme ich auch zu, dass, wenn der Risikoabbau national weit vorangegangen ist, wir einen Common Backstop haben und dieser Common Backstop auch beim ESM angesiedelt sein könnte, so wie der Bundesfinanzminister das gestern gesagt hat.

(Zuruf von der AfD: Ein Irrweg!)

Dann haben wir die Aufgabe, zu überlegen: Wie können wir die Konvergenz der Euro-Zone und die Stabilität der Euro-Zone sicherstellen?

(Zuruf von der AfD: Mit Steuergeld!)

Da finden im Augenblick Gespräche statt. Wir haben im Augenblick zwei Projekte. Das eine Projekt ist die Euro-Zone, auch die finanzielle Ausstattung, meinetwegen ein Investitionshaushalt oder Ähnliches, wie wir es in unserer Koalitionsvereinbarung geschrieben haben. Aber gleichzeitig haben wir die Beratungen zur mittelfristigen finanziellen Vorausschau in Europa. Jetzt sage ich mal: Der Finanzminister ist großzügig, aber irgendwie gelten auch für ihn die Grundrechenarten. Das heißt, deutlich mehr in den europäischen Haushalt und noch deutlich mehr in den Euro-Zonen-Haushalt geben und trotzdem die Stabilitätskriterien einhalten, das ist natürlich nicht ganz einfach. Deshalb werden wir mit Frankreich genau über die Wechselwirkungen sprechen: Was müssen wir in den Haushalt packen? Nach dem Austritt Großbritanniens sind 85 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Europäischen Union in der Euro-Zone. Weitere Frage: Was müssen wir speziell als Absicherung gegebenenfalls noch im Euro-Haushalt machen? Diese Gespräche finden statt, und wir werden bis zum Juni-Rat darüber Einvernehmen erzielen. Das ist im Übrigen die einzige noch richtig offene Frage – unter all den Vorschlägen, die gemacht wurden. Ich glaube, dass wir schon ganz schön weit vorangekommen sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

(D) Dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht es natürlich auch um die Erweiterung. Hier geht es im Wesentlichen um die Frage: Wie geht es weiter mit dem westlichen Balkan? Ich werde heute nach Sofia fliegen. Wir werden uns morgen mit Vertretern der Mitgliedstaaten des westlichen Balkans treffen. Dass sie die europäische Perspektive haben, ist unbestritten. Jetzt ist die Frage: Wie und unter welchen Bedingungen können wir das machen? Aber ich kann nur sagen: Der westliche Balkan und die Situation dort entscheiden über Krieg und Frieden in unserer absoluten Nachbarschaft. Schauen Sie nur, wie schnell dort die Funken hochschlagen zwischen Serbien und Kosovo, innerhalb von Bosnien und Herzegowina, wie schwierig es ist, die Namensfrage von Mazedonien zu klären, wie man um Grenzabkommen ringt. Kosovo hat nun endlich mit Montenegro ein Grenzabkommen geschlossen – ein Riesenerfolg, wenn man sich vor Augen führt, dass selbst heute noch keine Klarheit

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) zwischen Slowenien und Kroatien über den Seezugang herrscht, obwohl Kroatien und Slowenien Mitglieder der Europäischen Union sind. Im Übrigen ist das wieder ein Grund, zu sagen: Bevor Grenzfragen nicht geklärt sind, niemals Beitritt eines Landes! Das muss ich im Rückblick sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es ist immens wichtig, dass wir uns um diese Fragen kümmern und zur wirtschaftlichen Stärkung beitragen.

Das alles ist wichtig für Europa. Um unser Wohlstandsversprechen in Europa einzuhalten, geht es jetzt auch um die Schaffung eines digitalen Binnenmarktes. Wir haben eine Unzahl von Verordnungen, die wir umsetzen oder noch verhandeln müssen. Hier geht es sehr stark um die Wettbewerbsfähigkeit Europas, und deshalb geht es auch sehr stark um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe das schon oft gesagt und sage das heute wieder: Vielleicht ist das ambitionierteste Projekt – weil wir zum Teil ganz neu denken müssen – die Frage: Wie gestalten wir diesen umfassenden gesellschaftlichen Wandel, der mit der Digitalisierung verbunden ist? Es geht nicht nur darum, dass wir die Infrastruktur ausbauen müssen; das müssen wir auch. Und da können wir auch besser werden.

(Martin Hebner [AfD]: Oh ja! Sehr viel besser!)

- (B) Eines Tages muss es möglich sein, die App wieder abzuschaffen, mit der man die Funklöcher der Bundesnetzagentur mitteilt. Allerdings zu glauben, dass es reicht, dies den Telekommunikationsanbietern mitzuteilen, ist nicht sehr erfolversprechend, weil damit die Funklöcher noch nicht weg sind. Die Anbieter brauchen manchmal Druck. Natürlich müssen wir nach der Tatsache, dass wir uns auf den 50-Megabit-pro-Sekunde-Ausbau konzentriert haben, in Zukunft nur noch Breitbandanschlüsse, also Glasfaser oder Kabel, fördern; das ist klar. Dazu haben wir die entsprechenden Programme, dazu haben wir die Vorhaben. Der Bundesfinanzminister hat gesagt, dass zusätzliche Mittel in einen Digitalfonds kommen, damit wir anfangen können und nicht wieder zwei Jahre warten müssen, bevor es endlich losgeht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Die Ausschreibungen müssen so sein, dass die Leute vor Ort die Mittel auch nutzen können und nicht in Bürokratie ersticken; auch das haben wir gelernt. Daran werden wir arbeiten.

Aber das geht ja weiter. Es geht um Forschung und Entwicklung. Wir zählen zu den fünf Ländern, die am meisten für Forschung und Entwicklung ausgeben. Aber es ist richtig, dass wir uns vorgenommen haben, den Anteil, der heute bei 2,94 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegt, auf 3,5 Prozent im Jahre 2025 zu erhöhen, weil es heute Länder gibt, die bereits diese 3,5 Prozent erreicht haben.

Da ist es natürlich von entscheidender Bedeutung, dass wir im industriellen Bereich, insbesondere im Mobi-

litätsbereich bei der Digitalisierung vorne mit dabei sind. (C) Bei der Digitalisierung im Konsumentenbereich haben wir den Anschluss ja verloren. Da nutzen wir alle asiatische oder amerikanische Geräte; daran haben wir uns gewöhnt – okay. Das werden wir auch so schnell nicht aufholen.

Aber jetzt, wo es um unsere industriellen Grundlagen geht, um das Internet der Dinge – wir sind ein Land, das noch eine hohe industrielle Wertschöpfung hat –, da müssen wir vorne mit dabei sein. Da reichen Platz fünf, Platz sechs oder sonst was nicht aus; sonst werden wir kein führendes Industrieland mehr sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Dr. Alice Weidel [AfD]: Wir sind schon lange nicht mehr vorne dabei!)

Ich fange bei der Mobilität an. Die Mobilität wird sich dramatisch verändern. Deshalb ist es natürlich nicht nur zu kritisieren, sondern eigentlich auch unfassbar, sage ich mal, welches Vertrauen die deutsche Automobilindustrie im Zusammenhang mit dem Dieselskandal verspielt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es ist jetzt unsere Aufgabe, der Industrie zu sagen: Ihr müsst verlorengegangenes Vertrauen selber wiedergutmachen; das ist nicht die Aufgabe der Politik.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Aber ich sage auch: Es kann auch nicht in unserem Interesse sein, dass wir durch politische Maßnahmen die Automobilindustrie so schwächen, dass sie keine Kraft mehr für die eigentlichen Zukunftsinvestitionen hat. Das ist die Auseinandersetzung, die wir jetzt führen, zum Beispiel um Hardwarenachrüstung. (D)

Die Gutachten liegen jetzt auf dem Tisch. Sie müssen bewertet werden. Dann werden wir auch die Kommunen wieder einladen. Dann wird das Forum Diesel tagen. Aber, meine Damen und Herren, Tausende von Euro – egal ob es 2 000, 3 000 oder 5 000 sind – und zwei bis drei Jahre Beschäftigung zahlreicher Ingenieure mit der Frage, wie man die Typenzulassung kriegt, weil man an dem Motor etwas geändert hat: Ist das die richtige Beschäftigung für die Automobilindustrie? Oder müssen wir nicht alle Kräfte zusammennehmen und der Automobilindustrie sagen: „Ihr müsst jetzt in die Mobilität der Zukunft investieren, ins autonome Fahren, in alternative Antriebe; dabei unterstützen wir euch“?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Da gibt es für mich einen Punkt, der mich seit Jahren umtreibt. Ich bin froh, dass da bei der Wirtschaft jetzt ein Umdenken stattfindet: die Tatsache, dass behauptet wird, die Batteriezellproduktion könnten wir in Europa nicht mehr haben. Ich sage Ihnen: Die Batterie macht rund 40 Prozent der Wertschöpfung eines Autos der Zukunft aus – jetzt nehmen wir mal an, die Elektromobilität ist die Antriebstechnologie der Zukunft, was nicht sicher ist –, und dazu kommt noch 20 bis 30 Prozent digitale Wertschöpfung. Der eine Teil kommt dann aus Amerika

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) oder Asien; der andere Teil, die Batterie, kommt auch, definitiv, aus Asien. Was ist dann noch die Wertschöpfung, die wir hier in Europa haben?

Deshalb sage ich: Wir brauchen eine strukturierte Förderung. Die Europäische Kommission sieht solche Möglichkeiten vor. Wir machen das jetzt schon bei Chips, wo wir eine Kraftanstrengung vornehmen, um auch in die Zellproduktion einzusteigen. Nur, ohne wirtschaftlichen Druck und ohne wirtschaftliche Mitmacher geht das natürlich nicht; das können wir nicht als Staat machen. Deshalb bin ich dankbar, dass einige in der Automobilindustrie da umdenken. Wir werden das unterstützen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen die konsequente Digitalisierung von Verwaltung, was im Übrigen kompatibel mit der Gesundheitskarte sein sollte. Das sage ich dem Geburtstagskind Jens Spahn heute mal. Er hat heute Geburtstag.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Wir brauchen *einen* Zugang der Bürgerinnen und Bürger für alle Verwaltungsleistungen. Das zu schaffen, wird natürlich eine große Kraftanstrengung sein. Und wir brauchen eine nationale Bildungsoffensive, sowohl durch den DigitalPakt Schule als auch im Bereich der Weiterbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Denn die Veränderungen, die jetzt im technischen Bereich stattfinden, haben natürlich massive Auswirkungen auf das, was in Zukunft gebraucht wird.

Wir haben heute schon einen großen Fachkräftebedarf, den wir befriedigen müssen. Deshalb ist es richtig, dass wir ein Fachkräftezuwanderungsgesetz auf den Weg bringen werden; denn wir wollen die Wirtschaft stärken. Das Ganze hängt im Augenblick gar nicht mehr an den hohen Sozialabgaben oder an der Steuerfrage; es hängt daran, dass man in Deutschland einfach niemanden mehr findet. Da müssen wir helfen, dass die Wirtschaft in Deutschland bleiben kann und hier Wertschöpfung betreibt und dass sie nicht irgendwohin weggehen muss, weil sie hier keine Fachkräfte findet.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb ist das die richtige Antwort.

Meine Damen und Herren, für uns wird das noch eine Riesenanstrengung sein. Ich bin im Übrigen sehr dankbar, dass die Koalitionsfraktionen sich entschieden haben, zwei Enquete-Kommissionen, die im Zusammenhang mit der Digitalisierung stehen, zu beschließen.

Eine dieser Kommissionen beschäftigt sich mit der künstlichen Intelligenz. Wir sind seit 20, 30 Jahren relativ gut dabei, was künstliche Intelligenz angeht. Aber jetzt sind wir in einer Situation, in der wir den Anschluss vielleicht schon ein bisschen verloren haben oder zu verlieren drohen. Warum? Weil plötzlich zwei Entwicklungen zusammenkommen: die Entwicklung der künstlichen Intelligenz – Algorithmen und Ähnliches –

- als solche plus die Fähigkeit, riesige Mengen an Daten zu verarbeiten. (C)

Jetzt ist es bei der künstlichen Intelligenz so: Sie entwickelt sich nur gut, wenn sie viele große Datenmengen verarbeiten kann. Bei den Datenmengen ist natürlich die Frage – wir reden gerade über die Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung –: Wie hantieren wir mit den Daten, und wie stellen wir viele – im Übrigen: oft anonymisierte – Daten zur Verfügung? Aber zu glauben, wir könnten bei der künstlichen Intelligenz vorne sein und bei den Daten so restriktiv wie möglich sein, ist genauso, wie wenn man Kühe züchten will und ihnen kein Futter gibt; das ist einfach so. Deshalb ist die Kommission „Ethik der Daten“ wichtig, aber sie darf nicht so enden, dass Daten sozusagen zum raren Gut gemacht werden. Aus Daten kann man nämlich neue Produkte entwickeln.

(Unruhe bei der SPD)

– Es wird regelmäßig ein bisschen unruhig, wenn ich über so etwas spreche. Aber ich meine das ziemlich ernst.

Die Tatsache, dass Daten zu einem wichtigen Faktor in der sozialen Marktwirtschaft werden, bedeutet im Grunde, dass wir neu denken müssen: vom Steuersystem bis zu den sozialen Sicherungssystemen. Wir erleben das ja bei Folgendem: Natürlich ist es nicht in Ordnung, dass Google, Amazon, Facebook – und wie sie alle heißen; „GAFA“, wie man so schön sagt – keine Steuern in Europa zahlen. Aber zu sagen: „Passt mal auf, jetzt erfinden wir mal einfach eine virtuelle Betriebsstätte, und die besteuern wir, als wäre es eine richtige Betriebsstätte“ – wozu wird das führen? Wir sind eine der großen Exportnationen. Die Unternehmen, die deutschen Unternehmen haben Betriebsstätten irgendwo in China oder sonst wo. Dann werden die Heimatländer sagen: Okay, das sind richtige Betriebsstätten. Jetzt besteuern wir die auch. – Deshalb sind wir zögerlich in Bezug auf bestimmte Vorschläge, die gemacht werden. Wir sind es nicht deshalb, weil wir nicht finden, dass man Steuern zahlen muss.

Aber wenn wir hier ein Unternehmensteuerrecht dergestalt haben, dass wir ein altes Körperschaftsteuerrecht und da die Besteuerung der Internetkonzerne haben, und wenn wir anschließend nicht mehr wissen, ob ein Auto ein rollendes Internet ist oder ob ein Auto noch in die alte Körperschaftsteuercategorie gehört: Da müssen wir Steuersysteme finden, die miteinander kompatibel sind. Deshalb sind die Arbeiten der OECD so wichtig. Und deshalb können wir da jetzt nicht einfach mal so einen Schlag machen und sagen: „Für zwei Jahre probieren wir mal was aus“, sondern wir müssen es vernünftig durchdenken. Das heißt aber nicht, dass wir nichts tun.

Ähnlich wird es damit sein, dass Daten auch einen Wert haben wie Arbeit oder anderes. Darüber müssen wir dringend diskutieren. Vielleicht können wir dabei auch die entsprechenden Fachleute einbinden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ich habe so lange über Digitalisierung gesprochen, weil ich glaube, dass davon der Wohlstand, die Einlösung des Wohlstandsversprechens, abhängt. Wenn wir uns unsere Koalitionsvereinbarung

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) anschauen – das spiegelt sich alles im Haushalt wider –, dann können wir feststellen: Wir sind in dieser Richtung wirklich gut vorangegangen. Wir haben jetzt ein Digitalkabinet; das wird vor der Sommerpause tagen. Wir werden einen Digitalrat einrichten, der uns ganz spezifisch bei Dingen berät, die wir noch nicht so wissen, über Entwicklungen, die wir haben. Wir haben die digitale Kooperation zwischen den Ressorts der Bundesregierung verbessert, auch durch die Staatsministerin für Digitalisierung im Kanzleramt.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Bei dem Digitalkabinet kommt übrigens heraus: Jeder Minister ist heute in bestimmter Weise ein Digitalminister. Das durchzieht alle Bereiche der Gesellschaft. Deshalb werden wir da zusammenarbeiten. Ich werde demnächst auch zu einer Anhörung zur künstlichen Intelligenz einladen, damit wir feststellen: „Wo stehen wir?“ und damit wir vor allen Dingen auch sagen können, was fehlt und wo wir besser zusammenarbeiten müssen.

Im Übrigen ist das ein klassischer Gegenstand der deutsch-französischen Kooperation. So haben wir es auch in unserer Koalitionsvereinbarung verabredet. Frankreich und Deutschland werden heute in Sofia beim Abendessen, bei dem wir über Innovation sprechen, einen Vorschlag machen, wie wir mit disruptiven Innovationen in Europa umgehen; Stichwort „DARPA“. So etwas braucht auch Europa, und das muss gemeinsam gemacht werden.

- (B) Nun, meine Damen und Herren, haben wir unsere Koalitionsvereinbarung aber auch in einer Stimmung verabschiedet, die uns sagt – –

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die war schlecht!)

– Die Stimmung war nicht schlecht.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Das war eine Grüne; die hat das gesagt! – Jan Korte [DIE LINKE]: Das war jetzt echt gemein!)

Sie war der Lage entsprechend. Sie war der Ernsthaftigkeit der Lage geschuldet, sagen wir es mal so.

(Heiterkeit)

Wir konnten auch auf gewissen Vorarbeiten aufbauen, obwohl wir uns das nie eingestanden haben; egal. – Jedenfalls hat uns umgetrieben, dass die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland das Leben aus der Perspektive betrachten „Wie stellt sich das für mich dar?“ und nicht aus der Perspektive betrachten: Wer ist gerade für was zuständig? Deshalb sind wir an einigen Stellen über uns hinausgewachsen, so sage ich es mal als CDU-Mitglied. Wir haben jetzt die Möglichkeit, Schulen nicht nur in finanzschwachen Kommunen zu fördern.

(Christian Lindner [FDP]: Die haben Sie noch nicht! Die wollen Sie erst schaffen!)

– Wir arbeiten daran und hoffen auf tätige Mithilfe. Wir wissen auch, dass wir diese Mithilfe brauchen. – Wir haben uns entschlossen, mehr für den sozialen Wohnungsbau zu tun. Wir haben uns entschlossen, mehr für die

- Gemeindeverkehrsfinanzierung zu tun – all das ist mit Grundgesetzänderungen verbunden. (C)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist für den Bund in der Kombination mit dem Bund-Länder-Finanzausgleich nicht so eine triviale Entscheidung; denn durch den neuen Bund-Länder-Finanzausgleich, der in dieser Legislaturperiode, nämlich im Jahr 2020, in Kraft tritt, schwächt der Bund auch seine finanziellen Möglichkeiten. Olaf Scholz hat gestern richtigerweise darauf hingewiesen: Wenn wir die Verantwortung für den sozialen Wohnungsbau den Ländern geben, wenn der Bund mehr in den Bund-Länder-Finanzausgleich gibt, wenn beim Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz der Schwerpunkt bei den Ländern liegt und sich in der Folge die Investitionssumme des Bundes um die entsprechenden Anteile verringert, dann darf man nicht sagen: Der Bund investiert nicht mehr. – So kann man das nicht machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie der Abg. Ulli Nissen [SPD])

Wir haben gesagt: Wir geben das Geld dahin, wo am besten damit gearbeitet werden kann. Das darf man dann aber nicht als Erstes 14 Tage später wieder vergessen. Trotzdem investieren wir ja mehr. Wir investieren übrigens nicht nur Steuergelder, sondern wir haben auch die Erlöse aus der Versteigerung der 5G-Frequenzen; wir werden daraus etwas machen.

Unser Problem ist im Augenblick nicht, dass wir zu wenig Geld für Investitionen haben; unser Problem ist, eine Baufirma zu finden und Genehmigungen zu erhalten. Deshalb müssen wir die Verfahren im Genehmigungsrecht beschleunigen und versuchen, für mehr Gründungen zu sorgen, damit wir da vorankommen. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Im Wohnungsbaubereich ist es außerdem richtig und wichtig, die AfA und das Baukindergeld einzuführen. Das alles sind Incentives, wie man heute so sagt, also Anreize, um besser zu leben.

(Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE]: Wer hat eigentlich regiert in den letzten Jahren? Das wäre eine interessante Frage!)

– Ja, die letzten Jahre haben wir schon viel gemacht, aber noch nicht genug. So ist das Leben, Herr Bartsch.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ansonsten müssten wir ja irgendwann aufhören, Abgeordnete zu sein. Politik wird immer wieder neue Aufgaben haben. Das ist das Schöne und Spannende.

Meine Damen und Herren, der Riesensbereich der Sicherheit ist für uns wichtig. Auch hier werden wir Kooperationen eingehen. Der Pakt für den Rechtsstaat ist überhaupt nicht denkbar, wenn man nicht mit Kommunen und Ländern zusammenarbeitet. Das heißt, die ganze Koalition ist auf ein sehr kooperatives Verhalten des gesamten föderalen Systems angelegt.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie beim Dieselbetrug!)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) Ich setze darauf, dass das, was wir an Geldern für bestimmte Zwecke ausgeben, von den Ländern und Kommunen dann auch wirklich für diese Zwecke verwendet wird. Da werden wir schon sehr darauf achten, dass das nicht irgendwo verschwindet.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ein Riesensbereich neben der Sicherheit ist natürlich auch die Steuerung und Ordnung der Migration im Innern. Deshalb haben wir uns für die AnKER-Zentren entschieden. Ich finde, jetzt sollten auch alle dazu stehen. Die Vorschläge des Bundesinnenministers an dieser Stelle sind wirklich sehr praxisorientiert. Mit Verlaub: Wenn man am 19. April, wo wir noch nicht einmal 100 Tage im Amt waren, aufgrund von Missständen im BAMF, die Missstände sind, sagt, der Minister habe die Sache nicht im Griff, muss ich dazu ehrlich sagen: Das ist etwas komisch. – Unter Koalitionsfreunden wollte ich das noch einmal angemerkt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zurufe von der SPD und der AfD)

Wir orientieren die sozialen Sicherungssysteme auf die Zukunft. Gestern wurde die Rentenkommission eingesetzt; das wird ein hartes Stück Arbeit. Wir werden natürlich in Pflege und Gesundheit Riesenkraftanstrengungen machen müssen. Wir brauchen mehr Fachkräfte; auch hier gibt es ein riesenproblem. Ich glaube, wir alle sind uns im Übrigen einig – das fällt ja in weiten Teilen in die Kompetenz der Länder –: Dass man in den Pflegeausbildungsberufen bis vor kurzem Schulgeld bezahlt hat und keine Ausbildungsvergütung bekam, gehört zu den Anachronismen der Bundesrepublik Deutschland. Dass man das, kurz bevor die Republik 70 wird, noch abschafft, dafür bin ich sehr dankbar, liebe Freunde.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es geht auch darum, die natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern. Ich nenne das Stichwort „Klimaschutz“. Wir werden eine Kommission einsetzen, die sich mit dem Ausstieg aus der Braunkohle befasst.

(Zuruf der Abg. Annalena Baerbock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie erinnern sich: Vor mehr als zehn Jahren haben wir uns mit dem Ausstieg aus der Steinkohle befasst. Wir haben es so hinbekommen, dass dieses Jahr die letzte Grube schließt, aber die Menschen, die dort gearbeitet haben, diesen Wechsel auch verkraften konnten und er mit ihnen gestaltet wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

So muss es auch bei der Braunkohle sein: erst fragen, was aus der Region wird, dann aussteigen, und nicht erst Aussteigedaten festlegen und sich dann überlegen, was aus den Menschen wird. Nur so wird ein Schuh daraus.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(C) Wir werden auch auf eine lebenswerte Umwelt achten: mehr Tierwohl, mehr vernünftige Landwirtschaft. Ich hoffe nur, dass die Europäische Union in der Lage ist, die Entbürokratisierung der zweiten Säule, die sich diesem Thema widmet, hinzubekommen. Ansonsten werden wir es nicht schaffen.

Ich will mit etwas schließen, was vielleicht manch einem ein bisschen klein vorkommt, was aber ein großes Thema ist: Am 20. Mai, nächste Woche, wird zum ersten Mal der Weltbienentag stattfinden – im Übrigen eine Initiative von slowenischen Imkern. Die Bienen stehen inzwischen pars pro toto für das, was wir unter Artenvielfalt, unter Natur, darunter, wie sie funktionieren muss und soll und wie wir sie schützen müssen, verstehen. Deshalb sollten wir an diesem Tag an die Artenvielfalt denken und etwas Gutes für die Bienen tun. Deutschland, Julia Klöckner, und der slowenische Agrarminister haben hierzu eine Vereinbarung geschlossen, wie wir auf diesem Feld mit Slowenien zusammenarbeiten wollen – ein kleines Teilchen eines guten, ganz präzisen und konkreten Einsatzes.

(Beifall bei der CDU/CSU – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das reicht aber nicht!)

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Wir haben viel Arbeit. Wir wollen das auch tun. Die Bundesregierung wird mit Nachdruck arbeiten.

Herzlichen Dank. Alles Gute.

(Langanhaltender Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Dr. Karl-Heinz Brunner [SPD] und Carsten Schneider [Erfurt] [SPD] – Beifall bei der SPD)

(D)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Jetzt hat das Wort der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Christian Lindner.

(Beifall bei der FDP)

Christian Lindner (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Dr. Weidel, Sie haben hier heute nach AfD-Manier wieder allen anderen Zensuren erteilt. Nun ist es ja auch Ihr gutes Recht als Oppositionsfraktion, das zu tun. Aber eine Partei, in der sich der national-ökonomische und der sozial-nationale Flügel nicht auf ein eigenes Rentenkonzept einigen können,

(Dr. Alexander Gauland [AfD]: Ach du liebe Zeit!)

eine solche Partei sollte sich erst einmal selbst einer Klärung unterziehen, bevor Sie über andere urteilen. Dann können Sie wiederkommen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Jürgen Braun [AfD]: Was hat das mit dem Haushalt zu tun?)

Frau Bundeskanzlerin, in Ihrer Koalition wird gestritten: Der Gesundheitsminister und der Arbeitsminister streiten über Hartz IV. Der Wirtschaftsminister bemüht

Christian Lindner

- (A) sich darum, dass die Nord-Stream-2-Pipeline kommt; der Außenminister verweigert sich allen zusätzlichen Initiativen zum Dialog mit Russland. Es ist ungeklärt, ob nach Auffassung dieser Regierung der Islam zu Deutschland gehört oder nicht. Frau Nahles ermahnt Sie, die Brückenteilzeit müsse jetzt aber wirklich kommen.

Wir haben gestern und heute auf offener Bühne eine Auseinandersetzung um den Wehretat erlebt. Sie haben bei der Bundeswehrtagung 1,5 Prozent Investitionen in die Verteidigung, gemessen am Bruttoinlandsprodukt 2025, zugesagt. Frau von der Leyen fordert 12 Milliarden Euro zusätzlich für diese Legislaturperiode. Und da stellt sich der Bundesfinanzminister hin und sagt: Ein verteidigungspolitisches Konzept wird nicht besser dadurch, dass es teuer ist. – Sie haben ihn heute hier in die Schranken verwiesen. Aber ausweislich der Zahlen des Haushalts ändert sich nichts; es gibt keinen Mittelaufwuchs.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt doch gar nicht!)

Frau Bundeskanzlerin, Sie sprechen dieser Tage oft von der Krise des Multilateralismus. Mit Blick auf die drei Regierungsparteien bekommt dieses Wort eine ganz andere Bedeutung.

(Beifall bei der FDP)

Die sozialdemokratische Fraktion hat Ihrer Rede heute keinen Beifall gespendet.

(Widerspruch bei der SPD)

- (B) Wir ermuntern Sie, Frau Bundeskanzlerin, bei diesen offenen Richtungsfragen von Ihrer Richtlinienkompetenz Gebrauch zu machen. Führen Sie! Führen Sie dieses Land,

(Beifall bei der FDP – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Weiterhin erfolgreich in der Zukunft! So geht der Satz weiter!)

und lassen Sie den Worten Taten folgen!

Sie haben hier für eine Stärkung des transatlantischen Verhältnisses plädiert. Dabei haben Sie unsere Unterstützung. Der Deutsche Bundestag sollte also endlich das Freihandelsabkommen mit Kanada, CETA, ratifizieren. Das wäre ein klares Signal.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Worauf warten Sie?

Wir brauchen Europa angesichts der Kündigung des Iran-Abkommens durch die USA, der Lage in Syrien und einer im Raum stehenden Auseinandersetzung in Handelsfragen. Aber wie tritt Europa auf der Weltbühne auf? Binnen einer Woche kommen der französische Präsident und die deutsche Bundeskanzlerin nach Washington: der eine drei Tage mit militärischen Ehren, die andere drei Stunden bei Wasser und Brot.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP)

Der französische Wirtschaftsminister sagt: „Wir schützen unsere französische Wirtschaft vor Sanktionen“;

der deutsche Wirtschaftsminister sagt: „Wir können das nicht“. Wir wünschen uns eine abgestimmte europäische Haltung, Frau Bundeskanzlerin. Es ist Zeit für einen EU-Sondergipfel zu diesen Fragen, damit wir für die Welt symbolhaft unterstreichen, dass wir an einem Strang ziehen wollen. (C)

(Beifall bei der FDP)

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben erneut eine Gelegenheit verstreichen lassen, Deutschland in Fragen der Weiterentwicklung Europas klar zu positionieren. Auch der Bundesfinanzminister hat dieses Thema gestern angesprochen. Die „Süddeutsche Zeitung“ jubelt heute, er habe ein leidenschaftliches Plädoyer für Europa gehalten.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da war ich nicht da, glaube ich!)

Alle, die dabei waren, müssen sagen: Offensichtlich gibt es eine gewisse öffentliche Entwöhnung in Fragen der Leidenschaft, wenn der Auftritt von Olaf Scholz zur Europapolitik bereits den Affektstau löst.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Die Leidenschaft im Rheinland ist eine andere als in Norddeutschland!)

Vielleicht liegt in Wahrheit die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ näher an der Wahrheit, die kommentiert hat, dass sich der Finanzminister nach und nach aus dem Herauswinden will, was die SPD zuvor in den Koalitionsvertrag geschrieben hat. Unterm Strich kann man sagen: Keine klare Position dieser Bundesregierung in einer solchen Existenzfrage! (D)

(Beifall bei der FDP)

Da, wo es klare Aussagen gegeben hat, passen sie nicht in die Zeit. Sie sprechen über einen Europäischen Währungsfonds und den Common Backstop, um es auf Deutsch auszudrücken: die letzte Haltelinie, die auch mit dem Geld deutscher Steuerzahler finanziert wird, im Hinblick auf die Abwicklung privater maroder Banken. Und dann sagen Sie, verehrter Herr Finanzminister, Sie hätten die Vermutung, man könnte bei der Reduzierung von Risiken vielleicht noch schneller vorankommen, als man denkt. Was bringt Sie zu diesem Optimismus? Ich lese, dass in Italien eine Koalition kurz davorsteht, an die Regierung zu kommen, die Flat Tax und bedingungsloses Grundeinkommen will, aber gleichzeitig einen Schuldenerlass von 250 Milliarden Euro bei der Europäischen Zentralbank erwirken will. In dieser Situation hätten wir uns von Ihnen ein klares Bekenntnis zu Stabilität und finanzpolitischer Eigenverantwortung gewünscht. Sie sagen, Herrn Macron helfen zu wollen. In Wahrheit ermuntern Sie mit Ihren Äußerungen aber nur Beppe Grillo.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Petr Bystron [AfD] – Annalena Baerbock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Europa als Erstes!)

Sie haben ja eine Diskussion über den EU-Haushalt aufgemacht. Wir entnehmen den Medien, dass der arme Staatsminister Roth bei den Verhandlungen in Brüssel über den EU-Finanzrahmen völlig alleine war. Alle anderen unserer Partner in Europa sagen: Wir wollen erst wis-

Christian Lindner

- (A) sen, für was wir Geld ausgeben, bevor wir entscheiden, ob wir mehr geben. – Die Deutschen sind die Einzigen in Brüssel, die sagen: Wir geben mehr Geld und wollen danach darüber sprechen, wofür.

(Annalena Baerbock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist das denn?)

Damit haben Sie uns in die schlechtestmögliche Verhandlungsposition gebracht;

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD)

und wir sind damit allein.

(Annalena Baerbock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Europa zuerst!)

– Frau Kollegin Baerbock sagt: Europa zuerst. – Ja, in der Tat. Aber, Frau Kollegin Baerbock, man ist nicht europafreundlich, indem man zu allem Ja sagt. Nur zum Richtigen sollte man Ja sagen.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Petr Bystron [AfD] – Annalena Baerbock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sagen zu allem Nein! – Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer den größten Zickzackkurs fährt, sind Sie!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Staat schöpft aus dem Vollen. 2007 beliefen sich die gesamtstaatlichen Einnahmen noch auf 540 Milliarden Euro. 2022 werden es 905 Milliarden Euro per annum sein, bei Nullzins und nahezu ohne Inflation. In diesen Zeiten ist die schwarze Null in der Tat kein Fetisch. Dass man das betont, ist ja schon eine sehr defensive Position. Sie ist mitnichten ein Fetisch. Angesichts der Zukunftslasten, die durch Ihre Rentenpolitik noch vergrößert werden, ist die schwarze Null die letzte Haltelinie im Interesse der Enkelgeneration.

(Beifall bei der FDP)

Sie ist ein Symbol für Stabilität in Europa;

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Vielen Dank für das Lob!)

denn der Verzicht auf Schulden gibt uns die Autorität, auch anderen Stabilität zu empfehlen. Angesichts von Rekorderneinnahmen und Nullzinsen ist es überhaupt eine Kunst, nur eine schwarze Null zu haben. Bei disziplinierter Politik wären enorme Haushaltsüberschüsse möglich und nötig, Frau Bundeskanzlerin.

(Beifall bei der FDP)

Stattdessen hat sich diese Regierung im Koalitionsvertrag für 100 Milliarden Euro Mehrausgaben entschieden. Immerhin 46 Milliarden Euro davon sind bereits eingeplant.

Der Bundesinnenminister und CSU-Vorsitzende Seehofer hat gesagt, die Milliarden für Soziales seien die Antwort auf die Bundestagswahl. Als ob Sie wegen des Pflegenotstandes hier sitzen würden! Das sind andere Gründe.

(Beifall bei der FDP)

(C) Es zeigt aber eine Mentalität, wenn der CSU-Vorsitzende sagt, die Milliarden für Soziales seien die Antwort auf die Bundestagswahl. Das heißt: mit Geld Zustimmung kaufen. Diese Methode kenne ich aus dem rheinischen Karneval. Das ist Kamelle-Politik. Damit kann man im Karneval beliebt werden; aber die größte Volkswirtschaft in Europa kann man so nicht führen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

In etwas vornehmeren Worten spricht der Chefvolkswirt des BMF, Ludger Schuknecht, von Social Dominance. Er schreibt in einem aktuellen wissenschaftlichen Beitrag: Sozialausgaben verdrängen andere wichtige Schwerpunktsetzungen. – Die wirklich wichtige Aufgabe des Sozialstaats ist es aber, Menschen aus der Abhängigkeit zu befreien, damit sie ein Leben in eigener Verantwortung führen können.

(Beifall bei der FDP)

Für uns ist Bildung die Schlüsselaufgabe. Schaut man in den Entwurf des Bundeshaushalts, stellt man fest, dass ausgerechnet der zentrale Etat des BMBF zu den wenigen gehört, die 2017 keine Aufwüchse zu verzeichnen haben. Das ist genau die falsche Schwerpunktsetzung.

(Beifall bei der FDP)

Viermal mehr für die Rente als für die Bildung treibt einen Keil zwischen Großmutter und ihre Enkel.

(Beifall bei der FDP)

(D) Für den Digitalpakt Schule sind keine Gelder eingestellt; machen wir uns das bitte klar. Er soll finanziert werden – ich komme gleich darauf zurück – durch ein Sondervermögen, das durch die Auktion von Mobilfunklizenzen gebildet werden soll. Das zeigt, dass ganz offenbar nicht daran gedacht ist, diesen Mittelansatz zu verstetigen.

Sie wollen das Grundgesetz ändern. Frau Bundeskanzlerin, Sie haben darauf hingewiesen, dass Sie dafür auch die Zustimmung von Oppositionsfractionen brauchen. Ich habe in dieser Frage bereits mit dem Bundesfinanzminister gesprochen – andere auch –, und selbstverständlich sind wir konstruktiv und begleiten das. Wir wollen aber die Frage nach der Qualität stellen: Was passiert mit dem Geld? Und uns ist wichtig, dass es sich nicht um ein einmaliges Strohfeuer handelt, sondern dass der Bund dauerhaft Mitverantwortung für die wichtigste gesellschaftspolitische Frage übernimmt. Das ist die Voraussetzung dafür, dass nicht nur in Steine und Tablets investiert wird, sondern auch in Köpfe, nämlich in die Qualität von Lehrerinnen und Lehrern.

(Beifall bei der FDP)

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben hier über künstliche Intelligenz und Digitalisierung gesprochen. Freilich begrüßen wir das. Schauen wir in den Bundeshaushalt, stellen wir fest: Es gibt einen neuen Titel „Künstliche Intelligenz“; dieser ist aber mit null Euro angesetzt. Das ist keine künstliche Intelligenz; das ist keine Intelligenz.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP – Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

Christian Lindner

- (A) Deshalb sollte es am Ende der Haushaltsberatung einen Mittelansatz dafür geben.

Im Übrigen ist es mutig, Frau Bundeskanzlerin, dass Sie über Digitalisierung und Tempomachen genau an diesem Tag sprechen. Ich begrüße Ihren Ehrgeiz in der Frage. Aber heute darüber zu sprechen, zeugt wirklich von Courage; denn ausgerechnet am heutigen Tage berichten die Medien darüber, dass es bei der Versteigerung von 5G-Mobilfunklizenzen zu Verzögerungen kommen wird. Die 2018er-Breitbandziele werden schon nicht erreicht. Britische Studien belegen, dass das LTE-Netz nur noch in Russland und Moldawien schlechter ist als bei uns. Beim Ausbau des Zukunftsnetzes 5G, das wir für das autonome Fahren brauchen, gibt es zurzeit eine Verzögerung von mindestens neun Monaten, wie die aktuellen Pläne der Bundesnetzagentur zeigen. Deutschland kann es sich nicht leisten, weiter Zeit zu verspielen, weil Sie die falsche Politik machen, Frau Bundeskanzlerin.

(Beifall bei der FDP)

Sie versuchen, das Kunststück zu vollbringen, von denjenigen, die sich an der Auktion beteiligen, flächendeckende Versorgung zu verlangen und gleichzeitig maximalen Erlös zu erreichen. Beides zusammen geht offenbar nicht, oder es geht zulasten der Zeit. Deshalb: Setzen Sie auf Marktwirtschaft! Setzen Sie auch öffentliche Fördergelder ein, beispielsweise durch die Teilveräußerung der Deutschen Post! Dieses Land braucht bei der Zukunftsinfrastruktur endlich einen Platz in der Champions League und nicht einen Abstiegsplatz am Ende der Tabelle.

(B)

(Beifall bei der FDP)

Die Haltung dieser Regierung, Frau Bundeskanzlerin, hat Ihr Wirtschaftsminister ausgedrückt, als er davon sprach, das gegenwärtige Wachstum setze sich noch 20 Jahre fort. Paradiesische Zustände! Bedauerlicherweise zeigen die ersten Zahlen im Jahr 2018 etwas anderes; denn nach den Zahlen des Statistischen Bundesamts hat sich das Wachstum im ersten Quartal 2018 gegenüber dem letzten Quartal 2017 halbiert. Bei aller Sympathie sollten wir uns also auf die seherischen Fähigkeiten von Peter Altmaier allein nicht verlassen,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

sondern die gegenwärtige Stärke als Ansporn begreifen, auch in der Zukunft genau diese wirtschaftliche Stärke zu verteidigen. Diese Wachstumszahlen sind kein Grund für Alarmismus, aber für Wachsamkeit; denn Brexit, demografischer Wandel, Handelskriege, Digitalisierung, mögliche Zuspitzungen in der Währungsunion, alle diese Risiken stehen eben nicht im Haushalt. Für sie wird keine Vorsorge getroffen.

Frau Merkel, Sie haben eben den Internationalen Währungsfonds zitiert, aber nicht vollständig. Sie haben über die öffentliche Infrastruktur, Investitionen und die Digitalisierung der Verwaltung gesprochen. All das haben Sie zitiert; aber der Internationale Währungsfonds empfiehlt neuerdings – und das ist eine neue Stimme aus Washington – auch Steuerentlastungen. Wenn es einmal

gute Nachrichten aus Washington gibt, ignoriert die Regierung sie auch noch. (C)

(Beifall bei der FDP – Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Die haben den Koalitionsvertrag gelesen!)

– Ich komme auf Sie zurück.

Jetzt kündigt Olaf Scholz großzügig eine Dämpfung der kalten Progression an. Ja, Herr Finanzminister, der Verzicht auf automatische Steuererhöhungen ist keine Entlastung, sondern ein Gebot unserer Verfassung und im Übrigen eine Frage der Ehre.

(Beifall bei der FDP)

Die deutsche Exportwirtschaft gerät unter Druck. Die USA senken die Unternehmensteuern, Frankreich auch. Sie wollen nichts tun und den Unternehmen, auch unseren großen im internationalen Wettbewerb stehenden Familienunternehmen, auch noch den Soli abverlangen.

Wir schlagen vor,

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Jetzt sind wir gespannt!)

zum Ersten – ohne Alarmismus und mit vergleichsweise schmalen Mitteln –

(Ulli Nissen [SPD]: Sie sind die Steuersenkungspartei!)

als Sofortmaßnahme befristete Sonderabschreibungen für digitale Wirtschaftsgüter, damit die privaten Investitionen angeschoben werden und auch die Produktivität der Wirtschaft erhöht wird. (D)

(Beifall bei der FDP)

Zum Zweiten: Senkung der Sozialabgaben unter 40 Prozent. Der Bundesfinanzminister spricht davon, jeder solle 2 000 Euro brutto im Monat verdienen. Das ist ein wunderbares Ziel. Aber wie wäre es damit, Herr Scholz, mal mit der Senkung von Steuern und Sozialabgaben anzufangen? Das liegt in Ihrer Hand.

(Ulli Nissen [SPD]: Steuersenkungspartei! Super!)

Nötig ist auch der komplette Wegfall des Soli bis zum Ende dieser Legislaturperiode, und zwar für alle. Das wäre die minimale deutsche Antwort auf den Steuerwettbewerb in der Welt. Sie sagen: Wir können es uns nicht leisten. Wir sagen: Wir können es uns nicht erlauben, irgendwann die höchsten Steuersätze der Welt zu haben.

(Beifall bei der FDP)

Was die Zwischenrufe seitens der SPD angeht, will ich Sie daran erinnern: In Ihrem eigenen Wahlprogramm haben Sie etwas von 15 Milliarden Euro Steuerentlastung und vom Kampf gegen den Mittelstandsbauch geschrieben. 15 Milliarden Euro hat auch die Union im Wahlkampf versprochen. Was ist aus diesen Zusagen geworden? In den Koalitionsverhandlungen hieß es: 10 Milliarden Euro Entlastung beim Soli. In der mittelfristigen Finanzplanung sind es jetzt nur noch 9,08 Milliarden Euro. Binnen weniger Wochen ist eine ganze Mil-

Christian Lindner

- (A) liarde in den Plänen verdunstet. Wenn das so weitergeht, kommt am Ende gar nichts dabei heraus.

(Beifall bei der FDP – Volker Kauder [CDU/CSU]: Möglich!)

Ich weiß ja, was jetzt kommt; das haben wir gestern schon gehört. Die Unionsfraktion wird jetzt riesige Entlastungen vorrechnen. Dabei werden Sozialtransfers, Subventionen und steuerliche Maßnahmen in einen Topf geworfen und ein Summenstrich darunter gezogen.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Genau!)

– „Genau“, sagt Volker Kauder. – Einer der großen Vordenker der sozialen Marktwirtschaft, Wilhelm Röpke, hat einmal davor gewarnt, aus dem Wohlfahrtsstaat ein Tag und Nacht arbeitendes Pumpwerk der Einkommen zu machen, weil am Ende niemand mehr weiß, ob er zu den Gewinnern oder Verlierern der Umverteilungspolitik gehört. Den Menschen erst das Geld zu nehmen, es durch die klebrigen Finger der Bürokratie zu leiten, es ihnen dann zurückzugeben und ein Dankeschön von den Menschen zu erwarten, das zeugt von Ihrem Verständnis des Verhältnisses von Bürger und Staat.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD)

Gestatten Sie mir abschließend zu einem letzten Komplex zu kommen, zur Frage der Einwanderung. Eine Wende in der Integrations- und Einwanderungspolitik ist auch angesichts der Zahlen im Haushalt nötig. Die fiskalischen Folgen wären sonst unkontrollierbar. Es geht aber um noch mehr: Es geht auch um den sozialen Frieden im Land.

- (B)

(Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Es geht um das Bäckerhandwerk!)

Die Menschen erwarten Entscheidungen, die der praktischen Alltagsvernunft genügen, und vor allem Handlungsfähigkeit des Rechtsstaats. Trotz oder wegen CSU und Horst Seehofer fehlt es momentan an beidem.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Können wir die Geschichte aus der Bäckerei noch mal hören?)

– Herr Kollege, ich werde meiner Zuneigung für das deutsche Handwerk heute nicht nachkommen.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Schade!)

Aber hier geht es um eine ernsthafte Frage der Einwanderung. Das werden Sie auch gleich merken.

Bislang steht bei Ihnen nur eine Neuregelung des Familiennachzugs im Raum. Der Normenkontrollrat hat Ihren Regierungsentwurf in der Luft zerrissen. Er genügt nicht der praktischen Alltagsvernunft der Menschen, und er genügt nicht den Anforderungen des Normenkontrollrats. Bei Menschen ohne dauerhafte Bleibeperspektive macht der Familiennachzug auch keinen Sinn. Konzentrieren Sie sich auf klar definierte Einzel- und Härtefälle statt auf ein Kontingent! Wir haben Ihnen dazu Vorschläge unterbreitet.

(Beifall bei der FDP)

(C) Ich kann nicht verstehen, dass die SPD in dieser Frage grüner als grün ist. Ansonsten hören wir aus Ihrer Regierung nur Worte wie, der Islam gehöre nicht zu Deutschland. Das ist genauso spalterisch, wie in Bayern Kreuze an die Wand zu nageln.

(Beifall bei der FDP – Jürgen Braun [AfD]: Lächerlich!)

Sie mögen von einer Macht, wie sie Orban hat, träumen, aber Deutschland ist ein weltoffenes, tolerantes Land. Wir beurteilen Menschen nicht danach, woher sie kommen oder woran sie glauben, sondern danach, ob sie bereit sind, Verantwortung für ihren Lebensunterhalt zu übernehmen und unsere Rechtsordnung zu akzeptieren.

(Beifall bei der FDP)

Es wird über eine Antiabschiebeindustrie lamentiert. Wenn Menschen die legitimen Mittel des Rechtsstaats nutzen, kann und darf man ihnen keinen Vorwurf machen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Dann muss der Staat gegebenenfalls Recht und Verfahren ändern. Wo sind die Vorschläge, Recht und Verfahren zu ändern, wenn es angeblich eine Antiabschiebeindustrie gibt?

(Beifall bei der FDP)

(D) Die AnKER-Zentren, Frau Bundeskanzlerin, die Sie eben gelobt haben, gibt es ebenfalls nur auf dem Papier. Über die Modernisierung des Einwanderungsrechts und ein besseres Management sollte die Bundesregierung also schnellstmöglich mit denen ins Gespräch kommen, die das umsetzen müssen, nämlich Länder und Kommunen. Wenn Sie wirklich etwas bewegen wollen, dann berufen Sie umgehend einen Migrationsgipfel von Bund, Ländern und Gemeinden ein, Herr Seehofer.

(Beifall bei der FDP)

Mit großem Unverständnis verfolgen wir das Chaos im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Es ist die Rede von einem Eigenleben der Behörde. Prüfungen von Schutzgründen erfolgen nicht sorgfältig, lesen wir in den Medien. Offenbar wird nach einer Robin-Hood-Mentalität zum Schaden von Steuerzahlern und Rechtsstaat entschieden. Nach Medienberichten hat die Hausleitung spätestens am 4. April umfassend Kenntnis erhalten. Zwei Tage später hat der Bundesinnenminister in Nürnberg noch Lobpreisungen zu Protokoll gegeben. Nimmt man zu Ihren Gunsten nur einmal Abstimmungsprobleme in der Spitze des Innenministeriums an, beruhigt das dennoch nicht. Diese Vorgänge müssen restlos aufgeklärt werden, damit Verschwörungstheoretikern kein Boden gegeben wird.

(Beifall bei der FDP)

Bislang, Herr Seehofer, überzeugen uns Ihre Taten in der Einwanderungspolitik nicht und Ihr Aufklärungswille und das Streben nach Transparenz in der Frage des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge auch nicht. Um es

Christian Lindner

- (A) anders zu sagen: Sie sind einen Schritt von einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss entfernt.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einen sorgsam Umgang mit dem Reichtum der Bürgerinnen und Bürger sehen wir beim vorliegenden Haushalt nicht. Anders als die Regierung glauben machen will, ist dieser Haushalt gerade nicht solide; denn er nimmt Zukunftsrisiken nicht in den Blick. Er ist gerade nicht sozial; denn er tut nichts Verlässliches für die Bildung. Und er ist gerade nicht zukunftsorientiert; bei den wesentlichen Fragen wie der Digitalisierung sind Sie blank. Unser Wohlstand wird auf Kosten nächster Generationen verlebt. Damit wollen wir uns nicht zufriedengeben.

(Anhaltender Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Jetzt hat das Wort die Vorsitzende der SPD-Fraktion, Andrea Nahles.

(Beifall bei der SPD)

Andrea Nahles (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es stimmt mich sehr traurig, dass der Fraktions- und Parteivorsitzende der FDP in dieser zentralen Debatte zum Haushalt 2018 nicht ein gutes Wort zu Europa gefunden hat.

- (B) (Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jürgen Braun [AfD]: An der Stelle hat er aber recht gehabt, der Herr Lindner!)

Offensichtlich, Herr Lindner, schreiben Sie sich ganz bewusst in die wirtschaftsnationale Tradition der Lucke-AfD ein. Dieses Erbe mögen Sie antreten. Es versperrt aber ganz klar den Blick darauf, was wir brauchen. Wir brauchen mehr Zusammenarbeit, auch mehr finanzielles Engagement Deutschlands auf der europäischen Ebene; denn das ist die Antwort auf viele Probleme, die diese Welt hat, Herr Lindner.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es geht hier auch nicht um Kamellen. Wir beraten heute bei diesem Haushalt, wie wir das hart erarbeitete Steuergeld der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes einsetzen wollen; darum geht es.

(Zuruf von der AfD: Sie verschleudern es!)

Es geht zum Beispiel ganz konkret um die Frage: Gibt es in Zukunft noch gutbezahlte Arbeitsplätze in der Lausitz, wenn die Braunkohleförderung zu Ende geht? Dafür haben wir 1,5 Milliarden Euro für regionale Wirtschaftshilfe in diesen Haushalt eingestellt. Es geht um die Frage: Werden die Kinder in unseren Schulen endlich digitale Arbeitsmittel zur Verfügung haben, um sich auf die Zukunft vorbereiten zu können? Es geht um die Frage: Bekommt eine Rentnerin, die es sich nach 35 Jahren redlich

- verdient hat, endlich mehr als nur Sozialhilfe, nämlich eine Grundrente von der Deutschen Rentenversicherung? (C)

(Beifall bei der SPD)

Das sind keine Kamellen. Das sind die Themen, die Bedürfnisse, die Fragen, die die Menschen in unserem Land beschäftigen.

Es beschäftigt die Kinder, wenn sie ihren Vater nur noch am Wochenende sehen, weil er weite Wege zu pendeln hat; denn bezahlbarer Wohnraum in der Nähe des Arbeitsplatzes ist oft nicht mehr finanzierbar. Deswegen haben wir, die CDU/CSU- und die SPD-Fraktion, eine Wohnraumoffensive auf den Weg gebracht. Wir stellen Mittel ein für die Schaffung neuen Wohnraums, für Eigenheimförderung und auch dafür, dass Mieter Rechte bekommen; denn wir wollen nicht mehr, dass Menschen in diesem Land gezielt aus ihren Wohnungen herausmodernisiert werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir führen jetzt eine Kappungsgrenze für die Umlage von Kosten ein, und es wird sanktioniert, wenn man sich nicht daran hält. Das sind die wahren Themen, die die Menschen in unserem Land beschäftigen.

Es geht auch um die Frage: Können sich pflegebedürftige Menschen darauf verlassen, dass die Menschen, die sie pflegen, auch Zeit dafür haben, weil genügend Kolleginnen und Kollegen mit ihnen Schicht haben? Können sich die Menschen darauf verlassen, dass die Pflegekräfte, die auch ein Gewissen haben und merken, dass sie unter Stress stehen, gut bezahlt werden? Mit dem vorliegenden Haushalt haben wir die Grundlage für bessere Bedingungen im Bereich Pflege gelegt. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir investieren nicht nur in ein Sofortprogramm, mit dem 8 000 neue Stellen in der Pflege geschaffen werden sollen, sondern wir führen auch einen neuen Mindestbesetzungsschlüssel für jede Schicht in den Altenheimen und in den Krankenhäusern ein. Dafür haben wir entsprechende finanzielle Mittel im Etat – insgesamt sollten 46 Milliarden Euro mehr zur Verfügung gestellt werden – eingestellt.

(Beifall bei der SPD)

All das sind die Fragen, die vielen auf den Nägeln brennen.

Es wird darüber debattiert, ob der vorliegende Haushalt ein Investitionshaushalt ist oder nicht. Man muss schon eine Leseschwäche haben, um nicht zu merken: Dieser Haushalt ist voller Investitionen. Allein für den Komplex Bildung werden 15 Milliarden Euro mehr ausgegeben. Was wollen wir mit diesem Geld machen? Ich möchte zum Beispiel das BAföG verbessern. Gleiches gilt für die Meisterausbildung; denn sie kostet 7 500 Euro, und dieses Land kann es sich nicht leisten, dass Menschen ihren Meister nicht machen, weil ihnen das Geld fehlt. Deswegen müssen wir an dieser Stelle die Weichen in eine ganz andere Richtung stellen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Andrea Nahles

- (A) Lassen Sie mich auf ein weiteres Thema eingehen. Die Frau Bundeskanzlerin hat eben das Thema Altenpflege angesprochen. Wir investieren aber auch in andere Berufe, die wir händeringend brauchen. Mit dem Gute-Kita-Gesetz stellt Franziska Giffey die Weichen richtig. Aber auch in diesem Bereich gibt es viele offene Stellen, die nicht besetzt werden können. Deswegen gehört das Schulgeld für die Erzieherausbildung schlichtweg abgeschafft. Die Erzieherausbildung in Deutschland muss gebührenfrei werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Haushalt werden – die Entwicklung haben wir schon in der letzten Legislaturperiode angestoßen – insgesamt 100 Milliarden Euro mehr für Familien, für Kinder und für Sozialleistungen ausgegeben. Das sind doch auch Investitionen. Ich weiß, dass das ein alter Streit ist; aber ich sage: Das sind Sozialinvestitionen. Wenn wir das Kindergeld erhöhen und den Kinderzuschlag verbessern, dann sind das Investitionen in die Zukunft unseres Landes.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Jetzt sind wir als Gesetzgeber am Zug. Wir als Parlament werden uns einbringen und unsere Vorhaben voranbringen. Es geht um ganz konkrete Fragen, die die Menschen beschäftigen.

- (B) Ich bin der Ministerin Katarina Barley sehr dankbar, dass sie bereits ein wichtiges Thema angeschoben hat, Stichwort: Einer-für-alle-Klage. Millionen Menschen in Deutschland sind von deutschen Autokonzernen betrogen worden. Sie müssen mit einem enormen Wertverlust ihrer Autos rechnen. In meiner Heimat ist das ein Thema, das häufig an den Stammtischen diskutiert wird. Die Menschen rechnen damit, dass ihre Rechte gestärkt werden. Mit der Einer-für-alle-Klage geschieht das. Einer klagt, und alle können davon profitieren.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Prinzip wird Millionen Geschädigten die Möglichkeit geben, zu ihrem Recht zu kommen.

Wir sollten aufpassen, dass wir den guten Start dieser neuen Bundesregierung mit all den guten Initiativen auch weiterführen. Wir packen die großen Themen an, und wir handeln. Dafür sorgen übrigens auch Tausende von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei Polizei- und Sicherheitsbehörden, in der Justiz und in den Gerichten. Sie sichern rechtsstaatliche Abläufe in unserem Land und damit auch den inneren Frieden in unserem Land. Wir verlangen übrigens von diesen Mitarbeitern, dass sie sich penibel an das Gesetz halten, und das machen sie auch. Was aber sollen unsere Polizei und unsere Justiz von Politikern halten, die von Rechtsbruch reden, wo es keinen gibt, die Anwälte als Saboteure des Rechtsstaates bezeichnen und die die Neutralität des Staates mit Füßen treten und so tun, als wäre es ein Problem unseres

- Rechtsstaates, dass Menschen ihre Rechte wahrnehmen. (C)
Nein, das ist nicht das Problem unseres Rechtsstaates.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich muss an dieser Stelle klar sagen: Wir haben doch längst verstanden, dass die Menschen erwarten, dass unsere rechtsstaatlichen Prinzipien für jedwede Frau und jedweden Mann gelten, egal woher sie kommen, egal ob Manager oder Flüchtling, und dass wir als Staat in der Lage sind, dies auch entsprechend durchzusetzen. Das können sie von uns verlangen. Deswegen haben wir einen Pakt für Justiz aufgelegt: 2 000 zusätzliche Stellen für Richterinnen und Richter, 2 500 zusätzliche Stellen im Bereich Justiz und 15 000 zusätzliche Polizeistellen. Ja, wir haben verstanden. Aber den Rechtsstaat aufgeben, das werden wir nicht tun.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten uns von nichts und niemandem daran hindern lassen, den Blick auf die wahren Herausforderungen unseres Landes zu richten und diese anzunehmen. Die Umsetzung der Vorhaben dieser Koalition und die Investitionen, die in diesem Haushalt angelegt sind, sind entscheidend für die Zukunft unseres Landes. Wer die im Koalitionsvertrag vereinbarten Vorhaben blockiert, schadet unserem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

- Wer anfängt, Vereinbarungen wieder infrage zu stellen, schadet unserem Land. Wer Nebenschauplätze eröffnet, statt sich an das Umsetzen unserer Vorhaben zu machen, schadet unserem Land. (D)

(Beifall bei der SPD)

Wir alle sollten uns bewusst sein – das möchte ich klar sagen –, dass die Menschen von uns hier erwarten, dass wir gemeinsam viel schaffen, und das dürfen sie auch erwarten. Ich sage das mit Blick auf ein zentrales Vorhaben aus unserem Koalitionsvertrag, das Rückkehrrecht aus Teilzeit in Vollzeit. Viele Frauen in Deutschland sitzen in der Teilzeitfalle. 1,7 Millionen Teilzeitbeschäftigte geben an, dass sie mehr arbeiten wollen. Wir haben in diesem Land einen Fachkräftemangel, aber wir haben auch gut ausgebildete Frauen. 1,7 Millionen Teilzeitbeschäftigte – davon sind die meisten Frauen – wollen mehr arbeiten können. Warum helfen wir ihnen nicht dabei? Dieses Gesetz ist überfällig.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Es muss genau so umgesetzt werden – darauf bestehen wir –, wie es im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Dazu möchte ich etwas sagen, weil das offenbar ein Reizthema ist, auch bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände: Es geht darum, die Beweislast umzukehren. Was heißt das? Das ist ein technischer Begriff. Wenn eine Frau sagt, sie will von Teilzeit in Vollzeit wechseln, und der Arbeitgeber sagt: „Nein, das geht nicht“, dann muss die Frau nach jetziger Rechtslage nachweisen, dass das doch geht. Jetzt einmal unter uns hier im Plenarsaal: Glaubt irgendeiner ernsthaft, dass das

Andrea Nahles

- (A) möglich ist? – Ich sage deswegen: Wir drehen den Spieß um. Wenn die Frau aufstocken will, wenn sie von Teilzeit in Vollzeit wechseln will und der Arbeitgeber Nein sagt, dann muss der Arbeitgeber begründen, warum das nicht geht. Das ist doch nun wahrlich nicht zu viel verlangt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Das wird niemanden in der deutschen Wirtschaft umbringen. Das ist das Minimum, das wir für die teilzeitbeschäftigten Frauen in diesem Land tun müssen. Ich sage an dieser Stelle sehr klar: Wir vonseiten der SPD haben da keinen Redebedarf mehr, sondern wir sehen da nur noch Umsetzungsbedarf.

(Beifall bei der SPD)

Der Haushaltsentwurf sieht 46 Milliarden Euro Mehrausgaben in dieser Legislaturperiode vor. Aufgrund der Steuerprognose ist, wie wir gehört haben, ein weiterer Spielraum von 10,8 Milliarden Euro drin. Olaf Scholz hat den Vorschlag gemacht, einen Teil dieser Überschüsse in einen Digitalfonds einzubringen. Wir haben heute gemerkt, dass das bei allen hier auf breite Zustimmung stößt. Auch ich glaube, dass das Geld da richtig investiert ist. Ich sehe dagegen keinen Anlass, den geringen zusätzlichen Spielraum, den wir haben, zu nutzen, um weitere Mittel in den Verteidigungshaushalt zu stecken. Der Verteidigungshaushalt steigt bereits auf 38 Milliarden Euro an. Ich frage die zuständige Ministerin: Sie haben in den letzten zwei Jahren das Geld, das Sie bekommen haben, nicht ausgegeben.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Christian Lindner [FDP]: Das ist die Krise des Multilateralismus!)

Sie haben das aufgrund der inneren Zustände und der Ineffizienzen der Bundeswehr nicht geschafft. – Frau Merkel hat hier Peter Struck gelobt. Deshalb möchte ich sagen: Er hat noch heute einen besseren Ruf in der Bundeswehr als sämtliche seiner Nachfolger. Auch das ist wahr.

(Beifall bei der SPD – Dr. Alexander Gauland [AfD]: Sie sind doch in der Regierung, Frau Nahles!)

Das Management der Bundeswehr muss verbessert werden.

(Dr. Alexander Gauland [AfD]: Sie sind doch schon wieder in der Regierung!)

Sie wollen noch mehr Geld für die Bundeswehr. Wir alle wissen, dass es Probleme gibt. Mit Verlaub, wir haben Ausrüstungsschwächen.

(Dr. Alexander Gauland [AfD]: Da hat der Struck auch nichts getan! Der Struck hat auch nichts für die Bundeswehr getan, nur geredet!)

Da sind wir immer bereit, etwas zu tun. Aber wir sind nicht bereit, die zusätzlichen Spielräume in diesem Maße dort hineinzustecken. Ich möchte Sie deswegen fragen: Wo sonst sollen wir das Geld hernehmen? Sollen wir da-

- für mehr Schulden machen? Sollen wir höhere Steuern bei Reichen und Vermögenden erheben? (C)

(Jan Korte [DIE LINKE]: Ja!)

Sollen wir in anderen Haushalten einsparen? Wer das hier permanent, und zwar einseitig und ohne Rücksprache mit uns, öffentlich fordert und eine entsprechende Kampagne macht, der muss auch diese Fragen beantworten.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben im Übrigen auch zusätzliche Spielräume bei der Bundesagentur für Arbeit. Darüber freue ich mich. Wir haben verabredet, dieses Geld auch in die Absenkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge zu investieren. Das werden wir auch tun. Wir haben eine Senkung um 0,3 Prozentpunkte vereinbart. Ich glaube, das können wir so machen.

Es gibt zusätzliche Spielräume. Für die SPD ist klar: Jetzt müssen wir die Qualifizierungsangebote für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbessern. Es kann nicht sein, dass wir immer nur in Sonntagsreden über die Digitalisierung und die Notwendigkeit der Qualifizierung im digitalen Wandel reden. Wir müssen auch die Kreativität aufbringen, das mit konkreten Maßnahmen zu unterlegen und in die Qualifikation unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu investieren.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage an dieser Stelle sehr deutlich: Wir haben in Deutschland immer noch – das muss man sich einmal vorstellen – 1,5 Millionen Erwerbstätige unter 30 ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Ich glaube, im Hinblick darauf gibt es Mittel und Wege bei der Bundesagentur. Wir brauchen eine dreijährige Ausbildung – wir haben mit Herrn Scheele darüber geredet –, und wir brauchen zusätzliche Initiativen beim Programm WeGebAU. Das ist für mich klar: Die SPD wird keiner zusätzlichen Beitragssenkung zustimmen, ohne dass nicht vorher bessere Qualifizierungsangebote für Arbeitnehmer vereinbart worden sind. (D)

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit großer Sorge erfüllt uns in diesen Tagen die internationale Entwicklung. Die Aufkündigung des Atomabkommens mit dem Iran durch die USA und die Eröffnung der US-Botschaft in Jerusalem sind schwere Fehler und haben weitreichende Konsequenzen

(Beifall bei der SPD)

Die jüngsten Ereignisse in Palästina sind furchtbar. Die Zahl der Toten und Verletzten ist wirklich unfassbar. Die letzten Stunden haben vor allem eine tragische Entwicklung gezeigt: Sie haben die radikalen Kräfte auf allen Seiten gestärkt. Die ersten Demonstrationen in Gaza waren auch gegen die Hamas. Mittlerweile hat sich die Hamas die ganze Bewegung unter den Nagel gerissen. Wir können nicht abseitsstehen, und wir wollen auch nicht abseitsstehen. Wir wollen weiterhin alles dafür tun, dass die Leben der jungen Israelis und der jungen Paläs-

Andrea Nahles

- (A) tinenser nicht weiter in einem Strudel der Gewalt sinnlos geopfert werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich bekräftige an dieser Stelle ausdrücklich – das habe ich hier schon vor wenigen Wochen gesagt – das Existenz- und im Übrigen auch das Selbstverteidigungsrecht Israels. Aber auch hier muss gelten: Die Verhältnismäßigkeit der Mittel muss gewahrt bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es muss jetzt um Deeskalation auf beiden Seiten gehen. Der UN-Sicherheitsrat ist für uns übrigens der legitime und richtige Ort, wenn es um die Beruhigung einer so angespannten Situation wie der zwischen Israel und Palästina geht. Wir bedauern, dass es nicht gelungen ist, sich auf eine unabhängige Untersuchung der gewaltsamen Auseinandersetzungen zu einigen. Wenn die USA ernsthaft eine Rolle im schwierigen Nahostfriedensprozess einnehmen wollen, dann dürfen sie sich solchen Schritten nicht verweigern und gleichzeitig bei den politischen Kernfragen einseitig Fakten schaffen. Das geht nicht. Einseitigkeit ist das falsche Mittel.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Sollte Deutschland im kommenden Jahr im UN-Sicherheitsrat ein neues Gewicht bekommen, dann werden wir uns als Stimme des Friedens einbringen. Ich bin mir sicher, dass wir uns da alle einig sind.

(Beifall bei der SPD)

Die internationale Sicherheit braucht die Fähigkeit zur Entspannung und übrigens auch die Fähigkeit zum Kompromiss. Wir werden auch für den Erhalt des Iran-Abkommens kämpfen. Mit unseren europäischen Partnern, dem Iran und den anderen Unterzeichnern des Abkommens wollen wir Wege finden, wie Handel mit dem Iran weiterhin möglich sein kann. Die Voraussetzung ist, dass sich der Iran an die Verpflichtungen hält. Aber auch hier gilt es, Eskalationsspiralen schlicht zu verhindern.

(Beifall bei der SPD)

Das unabgestimmte und provokante Vorgehen des amerikanischen Präsidenten zeigt, dass wir Europäer umso mehr gefordert sind. Ich bin der Bundesregierung deswegen dankbar, dass sie sich in den letzten Wochen auf allen Ebenen – ob Bundeskanzlerin, Außenminister oder Finanzminister – wirklich bemüht hat, die Europäische Union wieder stärker zusammenzubringen. Wir müssen den Zusammenhalt in Europa stärken. Dazu gehört auch, dass wir zukünftig mehr Mittel in den europäischen Finanzhaushalt einbringen werden als in der Vergangenheit. Ja, wir haben das im Koalitionsvertrag verabredet, und es war weitsichtig. Das erkennt man, wenn man sich die aktuelle Lage ansieht.

Die europäische Integration ist Grundvoraussetzung für Wohlstand und Sicherheit in Europa. Wir müssen den

- Zusammenhalt Europas stärken; denn darum ist es momentan nicht gut bestellt. (C)

(Norbert Kleinwächter [AfD]: Ja! Warum wohl?)

Als größter Profiteur der Europäischen Union ist es auch in unserem ureigensten Interesse, in die Stärkung Europas zu investieren. Wer das ablehnt, sägt an dem Ast, auf dem wir alle sitzen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Volker Kauder [CDU/CSU])

Die SPD tritt hier auch innerhalb der Bundesregierung für eine klare Haltung ein. Olaf Scholz führt hierzu gerade intensive Gespräche mit den europäischen Kolleginnen und Kollegen. Er hat das gestern auch klar dargestellt. Wir sind auf dem Weg, den Europäischen Stabilitätsmechanismus weiterzuentwickeln. Unser Ziel ist es, einen Europäischen Währungsfonds zu erreichen. Wir sind auf einem guten Weg, das Bankenwesen in Europa sicherer zu machen.

(Norbert Kleinwächter [AfD]: Lächerlich!)

Wir unterstützen gemeinsame Mindestsätze bei den Unternehmensteuern, was für mich auch ein sehr wichtiger Punkt ist,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

- und wir unterstützen auch eine gerechte Besteuerung großer Konzerne – gerade auch der Internetkonzerne –, auch wenn ich Frau Merkel recht gebe, dass das alles nicht ganz leicht ist, aber das Ziel muss hier klar benannt werden. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich habe keinen Zweifel, dass die Bundeskanzlerin und der Bundesfinanzminister hier konkrete Fortschritte bekommen werden.

Die berühmte Antwort auf Macron – davon war ja jetzt viel die Rede –

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Jetzt auf Französisch!)

fällt bei uns allen vielleicht etwas weniger pathetisch aus. Das ist aus meiner Sicht aber auch völlig in Ordnung. Entscheidend ist, dass wir zusammen mit den Franzosen und den anderen Partnern wirklich ganz konkret – das habe ich gerade dargelegt – an der Integration Europas arbeiten. Dass das bis zum Sommer Früchte trägt, dessen bin ich gewiss; hier bin ich zuversichtlich. Dafür stehen diese Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen voll und ganz ein.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Rudolf Henke [CDU/CSU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns in diesem Koalitionsvertrag eine Menge vorgenommen. Es geht jetzt auch darum, uns darauf zu konzentrieren, das anzupacken. Dabei gibt es sicherlich weiterhin auch kontroverse Debatten. Das ist auch notwendig und richtig,

Andrea Nahles

- (A) solange wir dabei nicht die Prioritäten aus den Augen verlieren.

Die Menschen in Deutschland erwarten, dass wir etwas tun, damit diese Welt ein sichererer Ort wird. Dafür ist Europa von zentraler Bedeutung. Die Menschen erwarten, dass sie mehr Sicherheit im eigenen Land haben. Dafür investieren wir – nicht nur in die Justiz, sondern auch in die Lösung der sozialen Probleme, die die Menschen verunsichern. Deswegen ist dieser Investitionshaushalt, den wir heute vorlegen, ein wichtiger Beitrag, um Deutschland voranzubringen.

In diesem Sinne: Fangen wir doch einfach an, das umzusetzen, was wir verabredet haben!

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Nächste Rednerin ist die Vorsitzende der Fraktion Die Linke, Dr. Sahra Wagenknecht.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Sahra Wagenknecht (DIE LINKE):

Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Frau Bundeskanzlerin! Die Gewalt im Nahen Osten eskaliert. Wenn es Europa nicht gelingt, das Atomabkommen mit dem Iran zu retten, dann droht ein Flächenbrand. Wir begrüßen es, dass Sie, Frau Bundeskanzlerin, sich von dieser gefährlichen Politik Donald Trumps distanzieren haben. Wir haben schon lange eine eigenständige und selbstbewusste europäische Außenpolitik gefordert, und wir sind froh, dass wir mit dieser Position heute nicht mehr alleine stehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn auch die Bundesregierung inzwischen einsieht, dass die amerikanische Politik unseren Sicherheitsinteressen widerspricht und dass es fatal wäre, sich dieser Politik weiter unterzuordnen, dann müssen Sie jetzt doch auch die notwendigen Schritte unternehmen.

Sie, Frau Merkel, haben – erstens – öffentlich kritisiert, der Bruch des Iran-Abkommens – ich zitiere Sie – „verletzt das Vertrauen in die internationale Ordnung“. Das ist richtig. Aber das Vertrauen in die internationale Ordnung wird doch seit Jahren verletzt. Das wird doch bei jeder Gelegenheit, wo das Völkerrecht mit Füßen getreten wird, verletzt.

(Beifall bei der LINKEN)

Das wird doch überall dort verletzt, wo große Militärmächte und allen voran die Vereinigten Staaten sich anmaßen, Länder, deren Regierungen ihnen nicht gefallen oder die ihnen ihre Rohstoffe nicht zu den gewünschten Konditionen zur Verfügung stellen, militärisch zu verwüsten. Das war im Irak so. Das war in Libyen so. Sie haben vorhin die Entwicklung genannt, aber so, als sei es vom Himmel gefallen, dass diese Länder destabilisiert wurden. Das war doch Kriegspolitik. Auch die jüngsten Militärschläge gegen Syrien waren völkerrechtswidrig, und die haben Sie leider sogar noch begrüßt.

(Beifall bei der LINKEN und der AfD)

Wenn Sie das Vertrauen in die internationale Ordnung wiederherstellen wollen, dann gehört dazu, dass Sie diese unverantwortliche Politik des Regime Change, die immerhin schon über 1 Million Menschenleben gekostet hat, unmissverständlich verurteilen und klarstellen, dass Deutschland einen Krieg gegen den Iran weder direkt noch indirekt unterstützen würde. Dazu würde ich gerne etwas von der Bundesregierung hören.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD)

Zweitens. Wenn Sie ehrlich Sorge vor einer weiteren Eskalation im Nahen Osten haben, dann hören Sie doch bitte endlich auf, in dieses Pulverfass auch noch Waffen zu liefern.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das kann doch nicht wahr sein. Seit Jahren versprechen Sie uns eine restriktive Rüstungsexportpolitik, und in Wahrheit dealen Sie hemmungslos mit den Rüstungslobbyisten, und Sie liefern Diktatoren wie Erdogan oder den Saudis genau die Waffen, die sie brauchen, um ihre blutigen Kriege in Syrien oder eben auch im Jemen zu führen. Das ist doch eine völlig unverantwortliche Politik.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Pro Stunde sterben weltweit vier Menschen durch deutsche Waffen. Wir finden, dieses Verbrechen muss endlich ein Ende haben.

(Beifall bei der LINKEN)

(D)

Drittens. Auch das gehört zu einer eigenständigen Politik: Steigen Sie endlich aus dem von Trump vorangetriebenen Wettrüsten aus! Im letzten Jahr haben die europäischen NATO-Staaten 300 Milliarden Dollar und die NATO insgesamt 900 Milliarden Dollar für Rüstung ausgegeben. Sie haben vorhin darüber geredet, Fluchtursachen zu bekämpfen. Ein Zehntel dieser 900 Milliarden Dollar würde genügen, damit auf dieser Welt kein einziges Kind mehr verhungert oder an Armutskrankheiten stirbt.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

900 Milliarden! Ich sage Ihnen zum Vergleich: Russland gibt 66 Milliarden Dollar im Jahr aus. Wir reden also über eine Relation von 900 Milliarden zu 66 Milliarden, und da erzählen Sie uns allen Ernstes, wir müssen noch weiter aufrüsten, damit Putin nicht vielleicht morgen vor den Toren Berlins steht? Wie krank ist das denn, was Sie hier verbreiten?

(Beifall bei der LINKEN)

Der Rüstungsetat – das ist schon interessant – ist der einzige, bei dem Sie nicht kleckern, sondern klotzen. Dabei sind Waffen und Kriegsgeräte – das finde ich das wirklich Schlimme – dieser Großen Koalition offensichtlich mehr wert als die Kinder in diesem Land. Denn während Sie sich für bessere Kitas gerade einmal 3,5 Milliarden Euro abringen können, sollen die Rüstungsausgaben um mindestens 5,5 Milliarden Euro steigen, und wenn es

Dr. Sahra Wagenknecht

- (A) nach Frau von der Leyen geht, sogar um 12 Milliarden Euro. Können Sie irgendeinem Steuerzahler erklären, warum Sie mit seinem hart erarbeiteten Geld solchen Schindluder treiben? Das ist doch überhaupt nicht zu rechtfertigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt noch einen Schritt. Wenn Sie wirklich eine eigenständige Politik wollen, dann beenden Sie die Eiszeit mit Russland und heben Sie die unsäglichen Sanktionen auf.

(Beifall bei der LINKEN und der AfD)

Ja, es stimmt: Auch der Anschluss der Krim war völkerrechtswidrig. Trotzdem brauchen wir die Kooperation mit Russland, wenn wir Probleme lösen wollen. Das sehen wir beispielsweise beim Iran. Auch Sicherheit in Europa gibt es nur mit Russland und nicht gegen Russland.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD)

Das war doch die Kerneinsicht, die damals der neuen Außenpolitik, der neuen Ostpolitik von Willy Brandt zugrunde gelegen hat. Diese Tradition hat die deutsche Außenpolitik über viele Jahre geprägt. Dahin müssen wir zurückkommen, statt diese wichtige Tradition jetzt von einem Amateur im Außenamt endgültig entsorgen zu lassen. Das ist doch der falsche Weg, und das können Sie als SPD erst recht nicht mittragen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD)

- (B) Ja, es geht auch um wirtschaftliche Interessen. Ist Ihnen wirklich noch nicht aufgefallen, dass die Russland-Sanktionen in erster Linie die europäische Wirtschaft, insbesondere die deutsche, treffen oder dass es vor allem europäische Unternehmen sind, denen nach der Kündigung des Iran-Abkommens nun Probleme drohen? Die Frechheit, mit der sich der neue US-Botschafter in die Geschäftspraktiken deutscher Unternehmen eingemischt hat, spricht doch Bände. Statt vier russische Diplomaten auszuweisen, die überhaupt nichts verbochen haben, hätte man vielleicht lieber diesem hemdsärmeligen Kollegen die Heimreise nahelegen sollen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD)

Eine eigenständige europäische Außenpolitik kann es natürlich auch nur in einem einigen Europa geben. Das verlangt nicht weitere Zentralisierung, sondern eine Politik der guten Nachbarschaft. Im Unterschied zu Ihnen haben wir den Wahlsieg von Macron vor einem Jahr nicht frenetisch bejubelt, und wir stehen heute an der Seite derer, die sich in Frankreich gegen seinen Sozialabbau zur Wehr setzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber gerade den Macron-Fans hier im Hause müsste es doch zu denken geben, dass Macron jetzt die deutschen Exportüberschüsse und die deutsche Sparwut als antieuropäisch kritisiert. In diesem Punkt hat er doch wirklich recht. Wenn ausgerechnet die größte europäische Volkswirtschaft rücksichtslos weiter auf Lohndumping, Ex-

- portförderung und einen schwachen Binnenmarkt setzt, dann macht sie nicht nur Politik gegen die eigenen Arbeitnehmer, sondern auch Politik zulasten unserer Nachbarländer. Das untergräbt den europäischen Zusammenhalt. Das ist doch völlig offensichtlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Dabei ist die Regierung eigentlich in einer komfortablen Situation. Sie haben hohe Steuereinnahmen. Sie könnten sie zulasten von Konzernen und Superreichen sogar weiter erhöhen, um dann Beziehher mittlerer Einkommen und Geringverdiener tatsächlich zu entlasten, also nicht nur symbolisch, wie Sie es vorhaben. Die Nullzinsen vergrößern Ihren Haushaltsspielraum noch weiter, und zwar beträchtlich. Sie hätten alle Chancen der Welt, Deutschland zu einem innovativeren und gerechteren Land zu machen. Aber was machen Sie? Trotz eines Investitionsstaus von 120 Milliarden Euro bleiben die Investitionen – und zwar auch nur, wenn man ganz gutwillig rechnet – auf dem jetzigen kläglichen Niveau, und das, obwohl Sie zurzeit das Geld von den Banken fast geschenkt bekommen, wenn Sie es für Investitionen einsetzen würden.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber diese grandiose Mannschaft von schwarzen und roten Nullen schaut lieber weiter zu, wie Straßen, Brücken und öffentliche Gebäude verrotten,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

- wie innovative Unternehmen am langsamen Internet verzweifeln und wie Funktelefonate in manchen Gegenden Deutschlands anstrengender sind als in vielen Entwicklungsländern. Das ist doch keine haltbare Situation.

(Beifall bei der LINKEN)

Obwohl Sie wissen, dass infolge der Digitalisierung in Zukunft vor allem qualifizierte und hochqualifizierte Arbeit gefragt sein wird, schicken Sie unsere Kinder weiter in marode Schulen, wo die Lehrer fehlen, wo der Unterricht ausfällt und die jedes Jahr einige Tausend junge Menschen verlassen, ohne auch nur richtig Lesen und Schreiben gelernt zu haben. Frau Merkel, ich finde es beeindruckend und richtig, was Sie hier zur Förderung der künstlichen Intelligenz gesagt haben. Aber die natürliche Intelligenz, die Intelligenz der Kinder und jungen Menschen in diesem Land, sollte man vielleicht nicht völlig außer Acht lassen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD)

Vor allem in sozialen Brennpunkten sind die Zustände an vielen Schulen eine einzige Katastrophe. Kinder, die hier ins Leben starten, haben nie eine echte Chance. Wenn es nach Ihnen geht, wird sich daran auch nichts ändern; denn die Summe, die Sie jetzt zusätzlich bereitstellen, wird noch nicht einmal verhindern, dass in vielen Schulen weiterhin der Putz von der Decke fällt.

Ich finde ja auch interessant: Die Große Koalition, auch Sie, Frau Merkel – heute nicht, aber manchmal schon –, spricht neuerdings wieder vom sozialen Zusammenhalt. Das begrüßen wir ja sehr. Aber ich sage Ihnen

Dr. Sahra Wagenknecht

- (A) einmal, wie der soziale Zusammenhalt in Deutschland zurzeit beschaffen ist: In diesem Jahr bekommt das Geschwisterpaar Quandt und Klatten – zwei Leute – aus seinen ererbten BMW-Anteilen eine Dividende von 1 100 Millionen Euro überwiesen – 1 100 Millionen Euro für zwei Personen!

(Christian Lindner [FDP]: Dann zahlen die aber noch Steuern, oder?)

– Die zahlen 25 Prozent. Da würde sich mancher Arbeitnehmer freuen, wenn er nur 25 Prozent zahlen müsste.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: 48,34 Prozent zahlen die!)

Gleichzeitig streiten sich an den Tafeln immer mehr Arme, darunter auch viele Rentnerinnen und Rentner, viele Alleinerziehende um abgelaufene Lebensmittel. Ist das ein sozialer Zusammenhalt, wie Sie ihn sich vorstellen? Wir würden das eher Raubtierkapitalismus nennen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt kein Land in der EU, in dem die Zahl der Beschäftigten, die trotz Arbeit arm sind, in den letzten Jahren so stark wie in Deutschland gewachsen ist. Was tut die Große Koalition? Teilweise prangern Sie öffentlich die Missstände an, die Sie selber herbeigeführt haben – das hat man bei der Rede von Frau Nahles wieder eindrucksvoll gehört –, aber Sie ändern nichts.

- (B) Jeder in diesem Land weiß, dass ein Mindestlohn von 8,84 Euro nicht zum Leben reicht. Die Bundesregierung hat vor kurzem ausgerechnet, dass man mindestens 12,63 Euro braucht, um nach 45 Jahren Vollzeitarbeit eine Rente oberhalb der Grundsicherung zu bekommen. Herr Scholz hat mittlerweile einen Mindestlohn von 12 Euro gefordert.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich finde es ja gut, wenn sich die SPD unseren Forderungen anschließt. Aber wie erklären Sie es dann irgendeinem Ihrer Wähler, dass Sie in eine Große Koalition gehen, ohne eine Erhöhung des Mindestlohns auch nur gefordert zu haben?

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben ja noch nicht einmal die Forderung aufgestellt.

In den Unternehmen werden die Umgangsformen immer rüder. Bei Amazon werden Beschäftigte noch auf der Toilette digital überwacht. Bei der Post muss man inzwischen eine bärenstarke Gesundheit mitbringen, wenn man einen unbefristeten Vertrag haben will. Einige von Ihnen haben das öffentlich beklagt. Aber wenn Sie nicht wollen, dass Arbeitnehmer immer schutzloser solchen Praktiken ausgeliefert sind, dann ändern Sie endlich die Gesetze, die das alles doch erst ermöglicht haben.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sorgen Sie dafür, dass niemand mehr in diesem Land von den Jobcentern gezwungen wird, prekäre, untertariflich

- bezahlte Arbeit anzunehmen. Verboten Sie sachgrundlose Befristungen, und lassen Sie nicht wieder tausend Hintertürchen zu. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Das sind doch Dinge, die Sie tun können. Stellen Sie eine solide Arbeitslosenversicherung wiederher, statt Arbeitslose nach einem Jahr mit Hartz IV zu enteignen und um alles zu bringen, was sie sich im Leben aufgebaut haben. Jetzt wollen Sie schon wieder den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung senken und den Unternehmen ein Milliarden Geschenk machen. Nehmen Sie das Geld, und verlängern Sie die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I. Das wäre doch einmal eine richtige Maßnahme für mehr soziale Sicherheit.

(Beifall bei der LINKEN)

- Was haben Sie im Wahlkampf nicht alles für bessere Pflege versprochen! Jetzt soll es 8 000 Stellen mehr geben – bei 40 000 fehlenden Stellen allein in Seniorenheimen und mindestens 70 000 fehlenden Stellen in den Krankenhäusern. 8 000 Stellen werden an den schlimmsten Zuständen in vielen Pflegeheimen nicht das Geringste ändern, und das wissen Sie auch. Herr Spahn hat jetzt angeregt, noch mehr osteuropäische Arbeitnehmer in der Pflege einzusetzen. Vielleicht sollten Sie, Herr Spahn, lieber mal darüber nachdenken, warum sich kaum noch junge Menschen für eine Ausbildung als Pfleger entscheiden. Vielleicht hat das damit zu tun, dass es nicht sehr attraktiv ist, Knochenarbeit für Hungerlöhne zu leisten. Es ist vor allem auch zutiefst ungerecht. Jede einzelne Pflegekraft leistet mehr für das Allgemeinwohl als alle Investmentbanker zusammen. Deswegen muss diese wichtige Arbeit endlich angemessen bezahlt werden. (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist doch wirklich tragisch: Es gibt nicht ein Problem, das Sie entschlossen anpacken, nicht eine Herausforderung, der Sie sich wirklich stellen. So kann man doch nicht in eine Wahlperiode starten – ohne Ideen, ohne jede Vision, ohne einen einzigen großen Gedanken oder irgendein wichtiges Vorhaben. So kann man doch nicht anfangen.

Vor kurzem wurden die Bürgerinnen und Bürger danach gefragt, wer heutzutage die Macht hat. Die wenigsten gaben an, dass sie der Meinung sind, dass die Macht bei den Politikern liegt. Nahezu niemand glaubte, dass die Bevölkerung die Macht hat, wie es in einer Demokratie eigentlich sein sollte. Die Mehrzahl ging davon aus, dass es die Wirtschaft, die großen Unternehmen und die Reichen sind, die dieses Land regieren.

Ich will Ihnen ja nicht unterstellen, dass das Ihre Absicht ist; aber wenn man den Menschen besonders überzeugend demonstrieren will, dass sie nicht mehr in einer Demokratie leben, dass sie wählen können, was sie wollen, und sich überhaupt nichts ändert – es geht all das weiter, die gleiche Konstellation, genau die gleiche Politik, der sie vorher bei der Wahl nachdrücklich die Rote Karte gezeigt haben –,

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Das ist doch Unsinn!)

Dr. Sahra Wagenknecht

- (A) wenn man auch noch dem letzten Gutgläubigen verdeutlichen will, dass Wahlversprechen nichts anderes sind als wohlkalkulierte Lügen, dann muss man es genau so machen, wie Sie es machen. Ich finde das unverantwortlich.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Ich finde Ihre Unterstellungen unverantwortlich!)

Sie haben vorhin gehört, was für Hetzreden inzwischen im Bundestag gehalten werden. Dass solche Reden, in denen Menschen gegeneinander ausgespielt werden, in denen Menschen herabgesetzt werden, hier im Bundestag möglich geworden sind, das ist das Ergebnis Ihrer Politik, und Sie denken noch nicht mal darüber nach, diese Politik endlich zu verändern. Ich finde das wirklich zum Verzweifeln. Das kann doch nicht so weitergehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Alle Umfragen belegen: Viele Menschen machen sich Sorgen um die Zukunft. Eine Mehrheit wünscht sich mehr sozialen Ausgleich. Sie ärgert sich, dass gerade die größten Unternehmen oft die niedrigsten Steuern zahlen und die Politik nichts dagegen tut. Sie fordert eine Besteuerung großer Vermögen. Sie will keine Aufrüstung, sondern Investitionen in die Zukunft. Und was machen Sie? Sie machen einfach das Gegenteil. Sie subventionieren Konzerne und füllen die Auftragsbücher der Waffenschmieden. Aber Sie sind nicht bereit, Kinder und alte Menschen vor Armut zu schützen. In einem Land, das die vielleicht besten Autos dieser Welt baut, erklärt sich die Politik für unfähig, pflegebedürftigen alten Menschen einen Lebensabend in Würde zu ermöglichen.

- (B) Frau Bundeskanzlerin, liebe Große Koalition, Sie erwägen gerade, einen Werteunterricht für Flüchtlinge einzuführen. Ich würde Ihnen dringend raten, vorher erst mal Ihre eigenen Werte zu überprüfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich finde, so kann es nicht weitergehen. Wir brauchen dringend eine andere Politik. Wir brauchen eine Politik, die das Rückgrat besitzt, auch Interessenkonflikte mit mächtigen, einflussreichen Lobbys und Interessengruppen durchzustehen, eine Politik, die endlich wieder das tut, was ihr Auftrag in einer Demokratie ist: Politik für die Mehrheit zu machen und nicht nur für die Reichen.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN – Zuruf von der LINKEN: Bravo! – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Immer dieselben Phrasen!)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Für Bündnis 90/Die Grünen spricht nun die Kollegin Katrin Göring-Eckardt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Frau Wagenknecht, ich finde wirklich sehr loblich, dass Sie sich über den gesellschaftlichen Zusammenhalt hier

Gedanken machen. Ich finde es aber in diesem Kontext genau verkehrt, dass Sie versuchen, die osteuropäischen Pflegerinnen am Ende doch gegen die auszuspielen, die aus unserem Land kommen. Das sollten Sie sich noch einmal überlegen. Hinsichtlich der Arbeitsbedingungen gebe ich Ihnen recht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Ulli Nissen [SPD])

Frau Merkel, Sie haben heute viel über die Aufgaben geredet, die vor uns liegen. Sie haben heute gezeigt, dass Sie, dass diese Koalition, dass die Mitglieder dieser Koalition eigentlich wissen, dass das Land im Umbruch ist. Sie hätten die Mittel dazu. Sie haben die Möglichkeiten dazu. Wenn man sich den Haushalt anschaut und wenn man sich anschaut, was real gemacht wird, dann stellt man fest: Sie sind eben doch gefangen in den alten Routinen, in dem alten „Es geht weiter so“, in einem Haushalt, der nicht für die Zukunft gemacht ist, sondern nur eine Fortschreibung ist, so eine Art Wiedervorlage des alten, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich ändert sich da draußen die Welt, die Haltung, die Sehnsucht. Ich habe mir Ihre Rede in Aachen angeschaut. Da haben Sie Herrn Macron für die Begeisterungsfähigkeit für Europa gelobt wie so einen putzigen Welpen. Und Sie? Sie haben dagestanden und genau das nicht gemacht. Ich habe das auch heute hier nicht gehört. Frau Nahles hat gesagt: Wir sind vielleicht nicht so begeisterungsfähig. – Aber du meine Güte! Darauf kommt es doch an! Es kommt doch jetzt darauf an, dass wir auch ausstrahlen, dass wir für dieses gemeinsame Europa sind. Es kommt doch jetzt darauf an, dass wir das Geld auch bereitstellen. Das hat Ihr Finanzminister leider nicht gemacht bei seinen Ankündigungen gestern hier. Es kommt doch darauf an, dass wir zeigen, dass wir Europäer, nachdem der Iran-Deal von den Vereinigten Staaten gekündigt worden ist, es gemeinsam machen und nicht nur darüber reden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es kommt doch darauf an, dass wir zeigen, dass wir die Friedensmacht sind. Eine Friedensmacht, Frau Merkel und Frau von der Leyen, ist man nicht, indem man einerseits immer über Europa und gemeinsame Außenpolitik redet, auf der anderen Seite aber eben doch wieder nur den Etat für die deutsche Bundeswehr aufstockt, die einen verdammt schlechten Umgang mit ihren eigenen Finanzmitteln pflegt. Deswegen akzeptieren wir das auch nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN und der Abg. Andrea Nahles [SPD])

Dass Sie für dieses gemeinsame Europa, für das es jetzt wirklich Leidenschaft braucht, auch in schwierigen Zeiten eintreten, das könnten Sie jetzt zeigen. Sie haben ja schon eine ganze Menge von Krisen gemeistert und auch Fehler gemacht. Einige hier behaupten ja immer,

Katrin Göring-Eckardt

- (A) den größten Fehler hätten Sie 2015 gemacht. Ich glaube, da haben Sie ihn gerade nicht gemacht.

(Zurufe von der AfD: Falsch!)

Da haben Sie in einer Notsituation richtig entschieden, sind ins Risiko gegangen, trotz aller Konsequenzen und Nebenwirkungen, die diese historische Situation nun einmal mit sich brachte. Jetzt könnten wir aber in einer Situation sein, in der der größte Fehler gerade jetzt passiert, nämlich indem wir nur versuchen, Europa mitzuverwalten und ins Kleinteilige zu verfallen. Ich kann nur hoffen, dass die Vorschläge, die Sie hier angekündigt haben, genau zum Gegenteil führen, nämlich dass Europa groß gedacht wird, dass tatsächlich die Verantwortung für die gemeinsame Außenpolitik an die europäische Ebene abgegeben wird, dass Schluss gemacht wird mit der Vetomöglichkeit, damit wir tatsächlich auch gemeinsam und tatkräftig handeln können. Das brauchen wir jetzt als Gegenüber zu Donald Trump, als Unterstützung für die Zivilgesellschaft in den Vereinigten Staaten. Das brauchen wir jetzt, damit wir uns in Europa auch wirklich gemeinsam zu Hause fühlen können. Das erwarte ich von Ihnen und von Ihrer Regierung, Frau Merkel.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Lieber Christian Lindner, bei Ihrer Rede auf dem Parteitag zu Europa war ich ja ganz bei Ihnen. Da ging es darum, dass Sie sagten, dass ein historischer Moment nicht genutzt worden sei. Was mich aber wundert: Wenn Sie so vehement ein deutsches Ja zu Europa fordern, heißt das doch, dass man eine gemeinsame Verantwortung für die Finanzen wahrnimmt, dann heißt das doch, dass man ins Risiko geht, dass man sich tatsächlich engagiert.

(Christian Lindner [FDP]: Warum? Hamburg haftet auch nicht für Bremen!)

Sie hätten wirklich die Möglichkeit gehabt, als wir darüber verhandelt haben, für dieses gemeinsame Europa einzutreten. Genau das haben Sie nicht gemacht.

(Christian Lindner [FDP]: Nein! Wir wollen ein anderes als ihr!)

– Sie wollen ein anderes Europa, Herr Lindner?

(Christian Lindner [FDP]: Als Sie!)

– Nein, wir haben nur dieses eine Europa.

(Christian Lindner [FDP]: Nein!)

Das ist das Problem.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben nur dieses eine Europa, und das können wir gestalten. Dafür können wir gemeinsame Verantwortung übernehmen.

(Christian Lindner [FDP]: Überwindet eure Traumatisierung!)

(C) Manchmal reicht es eben nicht, „Mut“ auf Plakate zu schreiben. Manchmal muss man eben den Mut auch an der richtigen Stelle haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Florian Toncar [FDP]: Das ist ja das Ende jedes politischen Anspruchs!)

Sie haben ja gesagt – vielleicht ist das ja auch diese Mut-Sache, die Sie brauchen –, dass Sie mehr Frauen eine Möglichkeit geben möchten. Auch das habe ich mir genau angeschaut. Sie haben da von Gender geredet, als ob das etwas Ekliges wäre. Das sehe ich anders.

(Zurufe von der AfD: Ja!)

– Ja, die AfD findet das auch; darauf habe ich gewartet.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hauptsache Männer! – Zuruf der Abg. Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Das mit den Frauen regelt der Markt. – Ich finde, Herr Lindner, machen Sie es so: Machen Sie den Frauen einfach bessere Angebote, und eröffnen Sie ihnen Zukunftsperspektiven; denn so bekommt man Spitzenfrauen in die Politik, und nicht damit, dass man darüber redet, dass eine vielleicht ein bisschen besser aussieht, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Lachen bei Abgeordneten der AfD – Zuruf von der AfD: Ausgerechnet Sie, Frau Göring-Eckardt!)

(D) Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Merkel hat vorhin gesagt: Herr Seehofer braucht noch ein bisschen Schonfrist, weil die Regierung noch keine 100 Tage im Amt ist. – Ich habe schnell nachgerechnet: Das Innenministerium ist seit 4 500 Tagen in Unionshand. Wenn es dann darum geht, was man noch nicht im Griff hat, kann man, wie ich finde, schon einmal auf diese 4 500 Tage, diese sehr lange Zeit der Verantwortung der Union, blicken. Herr Seehofer, seit Wochen torpediert Ihre Partei, die CSU, das Grundgesetz.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Dobrindt von rechts, und Markus Söder von Rechts wegen. Mit dem bayerischen Polizeiaufgabengesetz darf gegen unschuldige Bürgerinnen und Bürger ohne konkreten Verdacht ermittelt werden.

(Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: So ein Quatsch! Entweder sagen Sie Unwahrheiten, oder Sie wissen es nicht besser! Ich weiß nicht, was schlimmer ist!)

Der Protest gegen dieses Gesetz ist Verfassungspatriotismus, meine Damen und Herren, und das, was Sie hier machen, ein Angriff auf unsere Verfassung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Jürgen Braun [AfD]: Sie haben doch gar nichts mit dem Grundgesetz am Hut, Frau Göring-Eckardt! Das ist doch Neuland für Sie!)

Katrin Göring-Eckardt

(A) Das stellt den Rechtsstaat selbst infrage.

Herr Seehofer, Sie sind Verfassungsminister. Man muss sich wirklich inständig wünschen, dass Sie unsere Verfassung jetzt mal gegen die CSU verteidigen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Ein bisschen viel verlangt!)

Ich finde ja, Herr Söder kann gar nicht so viele Kreuze aufhängen, die man anbeten könnte, damit ein baldiges Ende eintritt, der neue Landtag endlich gewählt ist, diese populistischen Auswüchse aufhören und vor allem, damit die CSU endlich einen Koalitionspartner bekommt, sodass dort Vernunft einkehrt, meine Damen und Herren.

(Christian Lindner [FDP]: Genau, jetzt biegen Sie sich schon vor der Wahl an! – Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Was die Grünen in Bayern betreiben, ist ja schon Stalking!)

Liebe Frau Nahles, ich habe mir sehr genau angeschaut, was der Haushalt hinsichtlich Gerechtigkeit bietet. Erst einmal habe ich mich gefragt: Warum haben Sie eigentlich 13 Stunden, glaube ich, um das Finanzressort verhandelt, damit am Schluss Wolfgang Schäuble Olaf Scholz heißt? Sonst ändert sich eigentlich nichts.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch nie hat eine Regierung mit so viel Geld so wenig gemacht. Die Einnahmen steigen, und das Land fährt trotzdem weiter auf Verschleiß. Wo finde ich denn die von Ihnen angesprochene soziale Gerechtigkeit?

(B)

Sie können sich doch nicht hierhinstellen und über die Pflegekräfte reden, und am Ende bekommen sie nicht mehr als einen Tropfen auf den heißen Stein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Selbst in den Jamaika-Verhandlungen hatten wir 25 000 Pflegekräfte besprochen. Sie sind mit 8 000 Pflegekräften aus den Verhandlungen gekommen. Ich war in den letzten Wochen in einer ganzen Reihe von Pflegeheimen. Die Leute fühlen sich vergackeiert – so sagt man das bei mir zu Hause –, weil sie sagen: Wir haben nicht einmal eine Kraft pro Pflegeeinrichtung mehr. – Das kann doch nicht sein. Das ist das Gegenteil von Gerechtigkeit. Das ist doch der Versuch, Leute ruhigzustellen und kleines Karo zu machen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber am meisten hat mich erschüttert, wie lange hier heute eigentlich über die große Existenzfrage Ökologie geredet worden ist. Frau Merkel, wenn ich es richtig angeschaut habe, war es in Ihrer Rede, abzüglich des Gedenktages für die Bienen, eine Minute. Ist das Neue an der Koalition, dass man noch nicht einmal mehr so tut, als ob die ökologische Zukunft des Landes wichtig ist?

Sie stehen oben auf der Zugspitze und machen schicke Fotos, während Sie der Klimakrise zuschauen, während der Gletscher schmilzt.

(Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Wären Sie gern dabei gewesen?)

Am Ende des Tages haben Sie nicht einmal den Hintern in der Hose, mit einem einzigen Beschluss für mehr Klimaschutz von dort wieder herunterzufahren. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Ärgert Sie, dass Frau Nahles dabei war?)

Das ist doch eine Fortsetzung der Katastrophe, die wir Klimakrise nennen.

Natürlich brauchen wir sofort den Ausstieg aus der Kohlekraft. Diese Verzögerungsspielchen mit einer erneuten Kommission werden nicht mehr weiter funktionieren. Wir werden Sie übrigens auch nicht daran messen, was Sie miteinander verabreden konnten und ob Sie diese Ziele einhalten. Wir werden Sie daran messen, was ökologisch, was in dieser Existenzfrage tatsächlich notwendig ist.

Ich will es noch einmal sagen, nur damit es in Ihren Kopf hineinkommt: Jedes Jahr müssen durchschnittlich 26 Millionen Menschen ihre Heimat wegen extremer Klimaschäden verlassen. Die Unwetter nehmen zu. 2017 haben Stürme, Erdbeben, Überschwemmungen einen Schaden in Höhe von 330 Milliarden Euro verursacht. Das ist die Wirklichkeit, übrigens auch die ökonomische Wirklichkeit. Daran messen wir Sie.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier auf der Regierungsbank sitzt das große ökologische Schweigekartell Deutschlands. Vergangenes Jahr haben Sie noch alle gelacht, als über das Bienensterben geredet worden ist. Jetzt macht man das nicht, wenn man mal daran denkt, dass das vielleicht ein Problem ist. (D)

In Hannover hat gerade ein Supermarkt gezeigt, wie es ohne Bienen aussehen würde. Die haben 60 Prozent der Produkte aus ihren Regalen genommen. Ohne Bienen gäbe es kein Obst, keine Babynahrung und – vielleicht das Schlimmste für manche – keine Schokolade.

Das alles ist systemrelevant. Täglich verschwinden bis zu 100 Tierarten, und es entstehen keine neuen. Ich will eine Politik, die dafür sorgt, dass 2020 mit dem Artensterben Schluss ist. Ich will eine Regierung, die das tut. Meine Damen und Herren, Sie von der Regierung müssen das wollen, wenn Sie irgendetwas für die Zukunft dieses Landes und die Zukunft dieser Erde tun wollen. So geht es nicht weiter.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der AfD)

– Sie können ruhig darüber lachen. Wenn man sich die AfD anschaut und zuhört wie sie über Heimat und solche Dinge redet, kann ich nur sagen: Wenn Sie daran nicht denken, wenn Sie darüber lachen können, dann haben Sie komplett verfehlt, was deutsche Politiker in dieser Zeit tun müssen.

(Beifall der Abg. Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Schauen wir uns die Verschmutzung der Meere durch Plastik an oder die Auswirkungen der Verschmutzung durch den Diesel; dazu haben wir heute etwas gehört. Das war dieselbe Platte, die ich schon hundertmal gehört

Katrin Göring-Eckardt

- (A) habe, und es war dieselbe Platte, die ich immer von der Autolobby höre. Natürlich geht es darum, dass unsere Automobilindustrie das macht, was sie verschlafen hat, nämlich in die Zukunft zu investieren; aber es muss doch auch darum gehen, dass die Leute, die von eben dieser Autoindustrie betrogen worden sind, jetzt tatsächlich eine Entschädigung und eine Hardwarenachrüstung bekommen. Das nicht zu veranlassen, ist echtes Versagen von Politik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das führt auch zu einem Misstrauen, das die Menschen weiterhin haben werden. Auch da kann man fragen: Wer war eigentlich in den vergangenen Jahren – Neustart hin oder her – zuständig? Zuständig war im Wesentlichen immer die CSU, dafür, dass das alles passieren konnte, dafür, dass die Themen unter der Decke gehalten wurden, und dafür, dass die Autoindustrie einfach so weitermachen konnte.

Ich finde, was in Ihrer Rede, Frau Merkel, am meisten gefehlt hat, ist die große Frage: „Wie will man eigentlich den Zusammenhalt in dieser Gesellschaft gestalten?“ Sie haben gesagt, Sie hätten erkannt, dass die Menschen nicht mehr darauf schauen wollen, wer zuständig ist. Deswegen kommen jetzt Grundgesetzänderungen; darüber können und müssen wir auch reden. Aber nur um das Zuständigsein allein geht es nicht; es geht auch um großes Denken.

- (B) Nehmen wir mal das schöne Beispiel „Wohnen“. Das ist eine der größten sozialen Fragen dieser Zeit. Die Leute flüchten vom Land in die Städte, weil sie Jobs und bessere Infrastruktur suchen. Was sie finden, sind schlechte Luft, keine Kitaplätze, verdammt teure Wohnungen, unbezahlbare Mieten und keinen geeigneten Wohnraum. Dann sagen Sie: Baukindergeld.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Jawohl!)

Wir sagen: Diese 22 Milliarden Euro helfen keinem Einzelnen, der die Miete nicht mehr bezahlen kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sind Steuergelder, die in den ohnehin schon überhitzten Wohnungsmarkt hineinfließen. Das ist kein geeignetes Instrument.

Es geht doch um die Fragen: Wie wollen wir zusammenleben? Wie organisieren wir unsere Städte? Wie ist die Infrastruktur im Bereich der Pflege aufgestellt? Haben wir genügend Kitas? Wie ist es mit der Integration, meinen wir das wirklich ernst, ja oder nein? Ich erwarte von einer Regierung, die über Zusammenleben redet, nicht, dass sie an diesen oder jenen Punkt ein kleines Bonbon verteilt, sondern dass sie die Strukturfrage, das Auseinanderdriften der Gesellschaft, die Armutsfrage, die Frage: „Wie lebt die Alleinerziehende, die am Ende des Monats nicht einmal das Geld hat, mit ihren Kindern „Jim Knopf“ im Kino anzuschauen?“, in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt; denn die größte Gefahr ist, dass der Zusammenhalt nicht mehr funktioniert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C) Da hilft auch ganz bestimmt kein Heimatministerium, was noch mehr dafür sorgt, dass es zum Auseinanderdriften kommt.

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Frau Kollegin, Sie denken an Ihre Zeit?

Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Da hilft nur, dass Sie sich aufraffen und dieses Land zu einem machen, das modern ist, den Zusammenhalt will und die ökologischen Fragen endlich in den Mittelpunkt stellt. Auch das hat Ihnen Herr Macron vorgemacht, und Sie machen es im kleinen Karo. So, meine Damen und Herren, geht es nicht weiter.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Und so geht es jetzt weiter! Punkt!)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat nun das Wort der Kollege Volker Kauder.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Volker Kauder (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich möchte mit dem Thema Europa kurz anfangen, weil es sowohl für unsere Zukunft von großer Bedeutung ist, weil es auch in dieser Haushaltsdebatte eine Bedeutung hat und weil die Werte dieses Europas für die allermeisten in diesem Hohen Haus von großer Bedeutung sind. (D)

(Zuruf von der AfD: Welche Werte?)

Diese Werte stammen aus der christlich-jüdischen Tradition. Zur christlichen Tradition gehört die Erkenntnis, dass jeder Mensch Ebenbild Gottes ist und deshalb eine unverwechselbare Würde hat.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wenn es in diesem Haus Kolleginnen und Kollegen gibt, die das christliche Abendland retten wollen und dann über andere Menschen so sprechen, wie Sie es gemacht haben, Frau Weidel, dann hat dies mit dem christlichen Menschenbild nichts zu tun. Es hat damit null zu tun.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN – Dr. Alice Weidel [AfD]: Das hat sehr wohl damit zu tun! Die deutschen Bürger sind Freiwillig durch die steigende Kriminalität durch die Menschen, die Sie reingelassen haben! Dafür sind Sie verantwortlich!)

– Sie sind jetzt mal ruhig und hören zu. Man hat Sie schließlich erst holen müssen, damit Sie überhaupt wie-

Volker Kauder

- (A) der herkommen. Sie besitzen dieses unglaubliche – ich sage das jetzt mal – Ding,

(Dr. Alice Weidel [AfD]: „Unglaublich“ stimmt! Eine unglaubliche Politik machen Sie!)

sich hierhinzustellen und eine Rede zu halten, und dann verschwinden Sie aus dem Plenarsaal.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Oh, Entschuldigung!)

Damit ich Sie ansprechen kann, muss man Sie extra holen lassen.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Sie sind doch trotzdem da und können Ihre Rede halten! Was ist denn das für eine Aktion? – Gegenruf der Abg. Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist das denn für ein Stil?)

Was sind denn das für Werte, Frau Weidel?

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie brauchen mir nicht mehr mit dem christlichen Menschenbild zu kommen. Was Sie heute gemacht haben, ist das glatte Gegenteil davon, und dafür sollten Sie sich schämen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Alice Weidel [AfD]: Sie sollten sich schämen, Herr Kauder! – Zurufe von der AfD: Schauen Sie doch mal in den Spiegel, wenn es um Scham geht, Herr Kauder! – Gerade Sie sollten sich was schämen, Herr Kauder! – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Das waren mehrere Treffer!)

(B)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Liebe Kollegen, ich bitte um Ruhe. Hören Sie bitte dem Redner zu.

Volker Kauder (CDU/CSU):

Jetzt will ich Ihnen mal was sagen:

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Kommen Sie zum Thema!)

Sie müssen es genauso ertragen, wenn man Sie kritisiert, wie andere auch.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Das ertrage ich sehr wohl!)

Großmäulig im Austeilen und schwach im Einstecken – das ist die AfD.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kommen wir zum Thema. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, in dieser Haushaltsdebatte gibt es, glaube ich, drei Schwerpunkte: Erstens. Was haben wir im Bereich

der Weiterentwicklung unseres Landes vor? Zweitens. Welche Antworten geben wir auf die Frage der Herausforderung Europa? Drittens. Wie verhalten wir uns angesichts der großen Konflikte, die den Frieden in bestimmten Regionen bedrohen und für uns eine wichtige Aufgabe sind? (C)

Wir haben gesagt: Mit dieser Koalition wollen wir in Deutschland einiges voranbringen. Wir wollen dieses Land modernisieren. Das ist unser Anspruch. Wenn man nun in den Haushalt 2018 schaut, sieht man ganz klar, dass damit der Weg der Modernisierung begonnen wird. Wir haben nicht gesagt – auch der Finanzminister nicht –, dass wir mit all den Aufgaben, die wir haben, im Jahr 2018 fertig sind. Die Planung geht in den nächsten Jahren weiter. Dies zeigt sich auch an der Modernisierung der Digitalisierung und dem schnellen Internet.

Wir setzen uns für die Modernisierung in unserem Bildungswesen ein. Im Bereich der Forschung und Innovation geht es ebenfalls voran. Für all diese Bereiche geben wir Geld aus. Jetzt aber so zu tun, als ob es keine Kompetenzverteilungen zwischen Bund, Kommunen und Ländern gäbe, führt uns nicht weiter, also nach dem Motto: Weil einige Bundesländer es nicht hinkriegen, ihre Aufgaben in der Bildungspolitik zu erfüllen, muss das der Bund machen. So wird Föderalismus nicht zur Stärke in unserem Land. Es muss natürlich jeder seine Aufgabe erfüllen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Um es ganz klar zu sagen: Ja, wir wollen eine Grundgesetzänderung im Bereich der Bildung, Frau Nahles. (D)

(Christian Lindner [FDP]: Aber zusammen habt ihr eben keine Mehrheit mehr!)

Ich möchte aber ganz klar sagen, dass ich darunter nicht verstehe, dass wir in Zukunft die Lehrerinnen und Lehrer aus dem Bundeshaushalt finanzieren; darin sind wir uns auch einig. Wir wollen in der Infrastruktur etwas machen. Klar ist auch, dass die Länder ihre Aufgaben bei der Modernisierung der Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer in die eigene Hand nehmen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben gesagt: Wir schnüren ein großes gemeinsames Sicherheitspaket. Wir haben miteinander vereinbart, mehr im Bereich Bundespolizei zu tun. Die Länder haben ebenfalls gesagt, dass sie für die Polizei mehr tun wollen. Wir haben auch gesagt – das ist ein genauso richtiger Punkt –: Jeder muss seinen Beitrag leisten. Das heißt, dass auch die Länder im Bereich der Justiz mehr tun müssen. Und darauf legen wir auch großen Wert.

Ich möchte bei der Überprüfung zur Halbzeit der Legislaturperiode – diese haben wir ja vereinbart, um zu sehen, was wir erreicht haben –, aber vor allem am Ende dieser Legislaturperiode schon feststellen können, dass jeder seinen Beitrag geleistet hat. Dieses Land wird nicht moderner, wenn nur der Bund Geld in die Hand nimmt

Volker Kauder

- (A) und seine Aufgaben erledigt. Vielmehr muss jeder auf jeder Ebene seine Aufgaben erledigen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg.
Andrea Nahles [SPD])

Dann wird Deutschland moderner, und darauf legen wir einen großen Wert.

Das Thema Europa hat, ich finde, zu Recht, eine große Rolle gespielt. Ich habe an diesem Rednerpult schon mehrfach leidenschaftlich für dieses Europa geworben und immer wieder darauf hingewiesen, nicht zu kleinteilig darüber zu reden. Ich habe darauf hingewiesen, dass gerade für unsere Generation, die erste Nachkriegsgeneration in Deutschland, Europa nicht in erster Linie ein Europa von Euro und Cent war, sondern dieses Europa eine Wertegemeinschaft, eine Friedenseinrichtung ist. Für dieses Europa möchte ich auch in Zukunft leidenschaftlich streiten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich höre regelmäßig von verschiedenen Seiten: Wie kann man leidenschaftlich für ein Europa streiten, wenn man nicht alles gut findet, was Macron oder andere vorschlagen? Ich sage dazu: Auch in diesem Europa wird über den richtigen Weg diskutiert,

(Christian Lindner [FDP]: So ist es!)

- (B) genau wie in diesem Deutschen Bundestag. Das ist überhaupt nichts Außergewöhnliches. – Ich weiß ganz genau, lieber Herr Kollege Lindner, dass auch Sie ein leidenschaftlicher Europäer sind.

(Zurufe von der SPD: Na ja!)

Man kann sich aber nicht an dieses Rednerpult stellen und auf der einen Seite sagen: Wir brauchen mehr Europa. Wo bleiben die Antworten auf Macron? – Auf der anderen Seite sind dann aber – wenn man genauer hinsieht, merkt man es – drei Viertel Ihrer Antworten gegen Macron und gegen das, was gerade diskutiert wird.

Ich glaube, keiner braucht dem anderen vorzuhalten, was er nicht richtig macht. Es wäre richtiger, wenn wir uns gemeinsam darauf verständigen: Wir wollen dieses Europa voranbringen.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: 100 Prozent! – Andrea Nahles [SPD]: So ist es!)

Dazu gehört natürlich auch, dass in diesem Europa eingehalten wird, was wir miteinander vereinbart haben. Ich gebe Ihnen einmal ein Beispiel: Wir haben die – wie Macron sagt – Bankenunion auf den Weg gebracht. Das ist überhaupt keine Frage; das waren wir, die sie auf den Weg gebracht haben.

(Zuruf von der AfD: Glückwunsch!)

Wir haben aber gesagt: Es gibt eine Bedingung, die eingehalten werden muss. Diese lautet: Es muss eine klare Risikominimierung stattfinden. Wenn die EU-Kommission dann sagt: „Auf diese Minimierung warten wir nicht. Wir gehen weiter“, dann ist dies ein Vorgang, den ich als

- Trickserei bezeichne und der das Vertrauen nicht stärkt, liebe Kolleginnen und Kollegen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deswegen ist es völlig richtig, wenn wir sagen: Wir legen großen Wert darauf, dass die Regeln eingehalten werden.

(Zuruf von der AfD: Hört! Hört!)

Ein noch so leidenschaftlicher Einsatz für Europa hilft nichts, wenn wir uns nicht auch an das halten, was wir miteinander vereinbart haben. Auch das ist Teil einer Wertegemeinschaft.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, einen letzten Hinweis möchte ich geben: Ich bin dankbar, dass die Bundesregierung bzw. die Bundeskanzlerin sich in diesen Tagen so intensiv mit den außenpolitischen Herausforderungen beschäftigt. Wir haben heute Nachmittag einen großen Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Thema „Möglichkeiten der Rückkehr von Christen und Jesiden in die Ninive-Ebene“. Mit diesem Thema beschäftigen wir uns schon eine ganze Zeit lang, und wir sind dem Entwicklungsminister Müller dankbar, dass er dort einen großen Beitrag leistet.

Diese Aufgabe ist noch lange nicht gelöst. Ich kann dazu nur sagen: Wenn man eine solche Diskussion führt, muss man auch zeigen können, dass man mit einer gewissen Kompetenz und Stärke arbeitet. Dazu gehört, Frau Nahles, sowohl die ODA-Quote einzuhalten als auch die Bundeswehr auszurüsten. Niemand spricht von Aufrüsten. Aber ich kann es nicht akzeptieren, wenn der Wehrbeauftragte, der früher ein SPD-Kollege im Deutschen Bundestag war, starke Sprüche über den Zustand der Bundeswehr macht und Sie in der SPD sagen, dass dagegen nichts unternommen wird, weil man dafür kein Geld einsetzen will.

(Widerspruch bei der SPD)

Diese Aufgabenteilung können wir nicht akzeptieren, beim besten Willen nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben die Ausgaben für Verteidigung an die Ausgaben für Entwicklungshilfe geknüpft. Darauf werden wir auch in dieser Koalition bestehen. Wir hatten bei unserer gemeinsamen Klausurtagung einen guten Start, und das wollen wir auch fortsetzen. Aber wir wollen schon, dass – neben den Ausgaben für Soziales usw.; das ist alles in Ordnung – auch unsere Bundeswehr in einen Zustand versetzt wird, der ihren Aufgaben entspricht. Da werden wir nicht lockerlassen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Lachen der Abg.
Dr. Alice Weidel [AfD])

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Für die AfD-Fraktion hat als Nächster das Wort der Kollege Dr. Alexander Gauland.

(Beifall bei der AfD)

(A) Dr. Alexander Gauland (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Kauder, Beleidigungen meiner Kollegin und der ganzen AfD würde ich lassen,

(Zurufe von der CDU/CSU und der SPD: Oh! – Simone Barrientos [DIE LINKE]: Ach Gottchen! – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Das ist so eine Sache mit dem Austeilen und Einstecken!)

denn es bringt Ihnen keine Stimmen. Dafür bringt es uns Stimmen. Insofern mag das eine sinnvolle Taktik sein.

(Beifall bei der AfD)

Aber bei Ihrer Politik müssen Sie das nicht machen – wir bekommen auch so Stimmen.

Meine Damen und Herren, wir haben über den Haushalt geredet. Ich fange einmal ganz anders an: Die deutsche Gesellschaft ist ein Wunderwerk. Deutschland hat 83 Millionen Einwohner. 44 Millionen davon, die reichliche Hälfte, sind berufstätig im weitesten Sinne. 27 Millionen zahlen mehr Steuern an den Staat, alle anderen leben von diesen Steuern.

(Dr. Jens Zimmermann [SPD]: Oder bezahlen in der Schweiz! – Gegenruf der Abg. Dr. Alice Weidel [AfD]: In Deutschland besteuert! Sie kennen sich nicht mal mit dem Steuerrecht aus!)

(B) Zieht man jetzt noch diejenigen ab, die zwar Steuern zahlen, aber auch aus Steuermitteln bezahlt werden – Beamte, Soldaten, Politiker, Lehrer –, bleiben 15 Millionen wirkliche Steuerzahler übrig. Diese kleine Gruppe trägt den gesamten Gesellschaftsaufbau und diesen Haushalt.

(Beifall bei der AfD – Johannes Kahrs [SPD]: Wo zahlt Frau Weidel Steuern?)

Leider wird sie immer kleiner, weil jährlich etwa 140 000 Hochkompetente, wie sie der Migrationsforscher Gunnar Heinsohn nennt, dieses Land verlassen und im Gegenzug nach derzeitigem Stand um die 200 000 sogenannte Flüchtlinge hereinkommen, von denen nicht nur kaum einer hochkompetent ist, sondern viele Analphabeten sind.

(Beifall bei der AfD)

In Deutschland, meine Damen und Herren, lebt bereits eine große soziale Unterschicht, in der fast 8 Millionen entweder keine Arbeit haben oder nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, wie die Bundesagentur für Arbeit 2016 festgestellt hat. Diese Zahl wächst seit 2015 durch die Zuwanderung von Gering- und Unqualifizierten rasant.

Meine Damen und Herren, Deutschland ist kein reiches Land, sondern ein leistungsfähiges. Das gesamte Vermögen der Bundesrepublik beträgt – darauf hat der Historiker Rolf Peter Sieferle hingewiesen – gerade einmal das Dreifache des Bruttoinlandsproduktes. Diese Leistungsfähigkeit unseres Landes beruht auf einer Viel-

zahl von institutionellen, mentalen und kulturellen Bedingungen. **(C)**

(Johannes Kahrs [SPD]: Hart arbeitende Menschen!)

Dazu gehören Rechtssicherheit, Infrastruktur, Investitionsbereitschaft, sozialer Frieden und alles, was man unter Humankapital zusammenfasst,

(Johannes Kahrs [SPD]: Am sozialen Frieden arbeiten Sie doch gar nicht! Den sozialen Frieden stören Sie ja gerade!)

Ausbildung, überhaupt Bildungswille, Leistungsbereitschaft,

(Johannes Kahrs [SPD]: Haben Sie denn nicht die rechtsradikale Rede von Frau Weidel gehört?)

Vertrauen, ein Mindestmaß an Ehrlichkeit und, meine lieben Kollegen, der zivilisierte Umgang miteinander.

(Beifall bei der AfD – Volker Kauder [CDU/CSU]: Da sind Sie gerade der Richtige!)

Werden diese Bedingungen zerstört, schwindet die Prosperität. Und sie werden zerstört, aber nicht durch uns.

(Johannes Kahrs [SPD]: Vielleicht sollten Sie der Rede von Frau Weidel mal zuhören! Ihre rechtsradikale Rede heute Morgen war unsäglich! In der Schweiz wohnen und rechtsradikal reden!)

Wenn beispielsweise die Alimentierung von Einwanderern im Jahr doppelt so viel Geld kostet, wie das Bundesforschungsministerium an Mitteln erhält, kann man sich ausrechnen, dass die Leistungsfähigkeit des Landes rapide sinken wird. „Deutschland schafft sich ab“, hat das Thilo Sarrazin genannt. **(D)**

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Ja, ja!)

Wir haben aber keine anderen Rohstoffe als den Fleiß und die Intelligenz unserer Bürger.

(Beifall bei der AfD – Johannes Kahrs [SPD]: Aber die beleidigen Sie doch ständig in Ihren Reden!)

Es wird zwar offiziell geleugnet, dass es eine Masseneinwanderung gibt, und neuerdings auch, dass sie illegal ist, doch täglich kommen 500 illegale Einwanderer in unser Land, was im Jahr um die 200 000 ergibt – eine Stadt von der Größe Braunschweigs. Anscheinend ist das für dieses Haus keine Masse. Dazu gesellt sich der einwandernde Familiennachzug zu denjenigen, die hier kein dauerhaftes Aufenthaltsrecht haben. Ja, sogar Gefährder können ihre Familien nachholen, wenn sie geläutert erscheinen. Meine Damen und Herren, welch ein Irrsinn!

(Beifall bei der AfD)

Dabei ist der Kontrollverlust von 2015 noch nicht überwunden. Praktisch jeden Tag werden Asylbewerber mit zahlreichen Identitäten bekannt. Sie konnten erst heute wieder in der „Welt“ nachlesen, wie es im BAMF zugeht.

Dr. Alexander Gauland

- (A) Der Fall des Weihnachtsmarktmörders Amri ist allen bekannt. Es gibt 230 000 abgelehnte, aber bis heute nicht abgeschobene Migranten, und trotzdem sollen pro Jahr eine Viertelmillion Menschen einwandern. Nach wie vor kommen drei Viertel ohne Papiere; sobald sie das Wort „Asyl“ sagen, werden sie eingelassen. Das ist vollkommen verantwortungslos gegenüber dieser Gesellschaft.

(Beifall bei der AfD)

Unser Land hat sich durch Masseneinwanderung massiv verändert. Kein Volksfest, kein Weihnachtsmarkt, keine Großveranstaltung mehr ohne Merkel-Poller und aufwendige Sicherungsmaßnahmen.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Die organisieren Sie ja, die Demos!)

Blutrache und Messerattacken gehören inzwischen zu Deutschland.

(Martin Schulz [SPD]: Volksverhetzung auch!)

Die Polizei rät Frauen, nicht mehr allein zu joggen oder bei Dunkelheit nicht mehr ohne männliche Begleitung auf die Straße zu gehen.

(Johannes Kahrs [SPD]: Jetzt rutschen Sie auch ins Rechtsradikale ab, Herr Gauland! – Gegenruf der Abg. Dr. Alice Weidel [AfD]: Das habt ihr zu verantworten, Sie Schreihals!)

- (B) Der CDU-Innenminister von Nordrhein-Westfalen empfiehlt den Bürgern als Schutz vor Messerangriffen,

(Johannes Kahrs [SPD]: Wie lange waren Sie eigentlich CDU-Mitglied, Herr Gauland?)

sie sollten nicht unbedingt Menschen nah an sich heranzulassen. Das ist CDU-Politik im größten Bundesland. Das ist leider kein Witz.

(Beifall bei der AfD – Johannes Kahrs [SPD]: Sie waren länger in der CDU als in der AfD! Wo ist Ihr Problem? – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Reden Sie irgendwann auch noch über den Haushalt?)

Da wird uns allen Ernstes eine Statistik präsentiert, die sinkende Kriminalitätsraten beweisen soll.

(Zuruf von der SPD: Wo sind die Fakten?)

Glauben Sie wirklich, dass Sie damit dem Gefühl wachsender Unsicherheit begegnen können?

Am 13. November 2015, auf dem Höhepunkt der illegalen Masseneinwanderung,

(Gökay Akbulut [DIE LINKE]: Was würden Sie nur ohne Flüchtlinge machen? Sie wären doch aufgeschmissen ohne Flüchtlinge!)

erklärte Angela Merkel in der Sendung „Was nun, ...?“ des ZDF:

... ich ... kämpfe für den Weg, den ich mir vorstelle, für meinen Plan, den ich habe ... aus Illegalität Legalität zu machen ... (C)

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Wann reden Sie eigentlich zum Haushalt?)

Im Regierungsprogramm der CDU zur letzten Bundestagswahl findet sich der Passus, dass Deutschland seinen humanitären Verpflichtungen aus Resettlement und Relocation nachkommen werde. Was, bitte schön, Frau Merkel, sind denn das für Verpflichtungen? Vor kurzem konnte man lesen, dass mehr als 10 000 Menschen aus Nordafrika und dem Nahen Osten in Deutschland eine neue Heimat finden sollen. Nach den Worten des EU-Flüchtlingskommissars nimmt die Bundesrepublik die Flüchtlinge im Rahmen eines EU-Umsiedlungsprogramms auf. Wer in diesem Hause hat diesem Programm zugestimmt, und warum wird es klammheimlich, an der Öffentlichkeit vorbei, inauguriert?

(Beifall bei der AfD – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie müssen mal mit Fakten operieren, nicht mit Verschwörungstheorien!)

Das Ergebnis der Politik der Regierung Merkel ist eine tiefe politische Spaltung Europas. Die Migrationskrise hat deutlich gemacht, dass sich die Interessen der europäischen Partnerländer von denen der Berliner Republik unterscheiden. Die moralische Bevormundung aus Berlin wird von den anderen Europäern als anmaßend empfunden. Die Politik der grenzenlosen Aufnahmemobilität hat den Zerfall Europas als politische und wirtschaftliche Union eingeleitet. (D)

(Beifall bei der AfD)

Denn mit ihrer Asylpolitik hat die Bundeskanzlerin den EU-kritischen Briten das Hauptargument für den Brexit geliefert und den Osteuropäern – die Frau Bundeskanzlerin ist nicht mehr da –

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Frau Weidel war ja auch die Hälfte der Debatte nicht da!)

gute Gründe gegen den weiteren Weg nach Westen. Ich kann der Bundesregierung und der Frau Bundeskanzlerin nur viel Glück mit der neuen italienischen Regierung wünschen;

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

denn sie wird diese Politik genau so heftig kritisieren, wie wir sie hier kritisieren.

(Beifall bei der AfD)

Als „Macht in der Mitte“, als vermittelnde Macht, wie uns Herfried Münkler sieht, müsste Deutschland eine gemeinsame Linie für die Politik der Europäer finden. Tatsächlich hat die Bundesregierung das Gegenteil getan.

Was in Ihrer Amtszeit, Frau Bundeskanzlerin, gestiegen ist, sind nicht nur die Steuereinnahmen und die Zahl der Messerattacken, sondern auch die Geringschätzung,

Dr. Alexander Gauland

- (A) die Deutschland international entgegengebracht wird. Sogar viele Einwanderer verachten dieses Land. Wer sich selbst verachtet, wird verachtet.

(Beifall bei der AfD)

Es ist heute viel vom transatlantischen Verhältnis geredet worden. Unser Verhältnis zu Amerika ist so schlecht wie nie. Donald Trump hat sich beim letzten Besuch von Frau Merkel auf seine Weise dafür revanchiert, von deutschen Politikern und Journalisten ständig als Trottel vorgeführt zu werden. Ihm sind die deutschen Moralpredigten inzwischen völlig gleichgültig geworden.

Unser Verhältnis zu Russland ist so schlecht wie seit dem Kalten Krieg nicht mehr. Viel zu voreilig und ohne Beweise hat sich die Bundesregierung im Fall Skripal und bei den angeblichen Giftgasangriffen Assads gegen Russland gestellt.

Doch auch das amerikanisch-russische Verhältnis hat sich inzwischen verändert. Donald Trump hat die Ära des sogenannten Demokratieexports für beendet erklärt und gibt der Realpolitik den Vorrang.

Der Kollege Kauder hat an dieser Stelle kürzlich das Werk Münklers über den Dreißigjährigen Krieg empfohlen. Recht hat er; denn dort findet sich gleich zu Beginn die erstaunliche Feststellung – Zitat –:

- (B) Über die verhängnisvollen Folgen unbedingter Wertbindung lässt sich anhand des Dreißigjährigen Krieges sehr viel lernen – unter anderem auch, dass es ohne eine Abkehr davon zu keinem Friedensschluss gekommen wäre.

Das kann man getrost über unsere Konflikte mit Russland sagen, Herr Kollege Kauder.

Wenn das schlechte Verhältnis zu Russland wenigstens als Kehrseite ein gutes zu den Osteuropäern bedeuten würde – aber das ist mitnichten der Fall. Die Osteuropäer – ich habe es schon gesagt – haben andere historische Erfahrungen als der Westen. Sie haben nie Kolonien besessen, sondern sind selbst kolonialisiert worden: von den Osmanen, von der Sowjetunion, von den Nazis. Deshalb haben sie kein jederzeit aktivierbares schlechtes Gewissen.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Herr Kollege Gauland, denken Sie an Ihre Zeit?

Dr. Alexander Gauland (AfD):

Sie kennen nicht den kulturellen Selbsthass des Westens. Deshalb lassen sie sich auch nicht einreden, dass ihre Gesellschaften nicht bunt genug sind.

Ja, ich muss zum Schluss kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Heike Hänsel [DIE LINKE]: Thema verfehlt, setzen, sechs!)

Deutschland geht es gut – noch.

(C)

(Johannes Kahrs [SPD]: Aber nicht wegen der AfD!)

Deutschland ist ein starkes Land, doch es knirscht hörbar im gesellschaftlichen Gebälk, und dass Sie uns hier anhören müssen und uns weiterhin anhören werden müssen, ist Teil dieses Knirschens.

(Beifall bei der AfD)

Das zeigt deutlich, dass diese Gesellschaft mit 15 Millionen Leistungsträgern Ihre Politik des Weiter-so nicht mehr mitmachen will.

Danke.

(Beifall bei der AfD – Die Abgeordneten der AfD erheben sich)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der nächste Redner ist für die SPD-Fraktion der Kollege Achim Post.

(Beifall bei der SPD)

Achim Post (Minden) (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht ganz genau, über welches Land mein Vorredner geredet hat; über den Haushalt hat er jedenfalls nicht geredet.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Jürgen Braun [AfD]: Hat Frau Nahles auch nicht!)

(D)

Dafür weiß ich sehr wohl, dass das, was die erste Rednerin der AfD, Frau Weidel, gesagt hat, mit dem deutschen Grundgesetz nichts zu tun hat, jedenfalls nichts mit Artikel 1: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Lachen der Abg. Dr. Alice Weidel [AfD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Haushaltsdebatten, Haushaltswochen, Haushalte sind immer wichtig. Die Debatte heute hat gezeigt: Diese Haushaltswoche, diese Haushaltsdebatte, dieser deutsche Bundeshaushalt 2018 sind noch wichtiger als sonst. Warum? Viele Rednerinnen und Redner haben auf das politische Umfeld hingewiesen, nicht nur im Nahen Osten, wo durch einseitiges Handeln des amerikanischen Präsidenten, sowohl durch die Botschaftsverlegung als auch durch die Aufkündigung des Iran-Abkommens, das Pulverfass mit einem Brandbeschleuniger versehen wurde und dadurch der Nahe Osten weiter in die falsche Richtung getrieben wird, und zwar mit unabsehbaren Konsequenzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Hier wurden vorhin die Äußerungen des neuen amerikanischen Botschafters angesprochen. Auch ich habe mich über seine Äußerungen gewundert. Vielleicht sollte der Herr Botschafter einmal in seine Ernennungsurkunde gucken. Darin steht nämlich: Botschafter der Vereinigten

Achim Post (Minden)

- (A) Staaten von Amerika in der Bundesrepublik Deutschland. Darin steht nicht: Korrespondent von Fox oder Breitbart News.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn man sich die Lage im Nahen Osten anschaut, gerade in Syrien, muss man sagen, dass das, was Russland in den letzten Monaten und in den letzten zwei Jahren dort gemacht hat, brutal, zynisch und menschenverachtend ist und mit dem Völkerrecht nichts, aber auch gar nichts zu tun hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Man muss aber auch, bevor man auf Europa blickt, wissen, dass es eine große Macht, nämlich China, gibt, die versucht, die neue Ordnungsmacht in der Welt zu werden, und zwar mit einer Systemalternative. Diese Alternative unterscheidet sich von unserem Modell der Freiheit, der Menschenrechte und der Demokratie. Das muss man im Kopf haben. Deshalb müssen wir sowohl mit den Vereinigten Staaten von Amerika – mit denen sowieso; das sind seit 20, 30, 40, 50 Jahren unsere wichtigsten Partner außerhalb Europas – als auch mit Russland und China eng zusammenarbeiten und jede Dialogmöglichkeit nutzen, die sich bietet, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

- (B) Auf welcher Grundlage ist der Bundeshaushalt 2018 aufgestellt worden? Wir haben in Deutschland – und darum beneiden uns viele in der Welt – stabile Wachstumsprognosen, sinkende Arbeitslosigkeit, steigende Beschäftigung. Auf dieser Grundlage stellen wir einen Haushalt auf – der Bundesfinanzminister ist anwesend –, den ich in aller Kürze mit drei Überschriften beschreiben würde:

Erstens: Es ist ein Haushalt der Solidität. Der Haushalt 2018 und die nachfolgenden Haushalte kommen ohne neue Nettokreditaufnahmen aus.

Zweitens: Es ist ein Haushalt der Solidarität. Jeder, der was anderes behauptet, sollte sich die Zahlen angucken. Wir geben viel Geld aus, um das Leben der Menschen in Deutschland zu erleichtern, zu verbessern und etwas gerechter zu machen. Gucken Sie sich genau an, was in den Haushalten von Hubertus Heil und Franziska Giffey passiert.

Drittens – das ist besonders an die FDP gerichtet –: Es ist ein Zukunftshaushalt. Man muss sich nur ansehen, wie viel wir investieren.

(Otto Fricke [FDP]: Prozentual runter! Die Investitionen sinken prozentual!)

Zurzeit marschiert ja ein Gespenst durch das Regierungsviertel. Es wird gesagt, dieser Haushalt sehe keine Investitionen vor. Schauen wir uns die Zahlen an: In dieser Legislaturperiode werden wir im Vergleich zur letzten Legislaturperiode im Bereich Bildung und Forschung 18 Prozent mehr ausgeben, und auch in den Bereichen

Arbeit sowie Familie und Soziales geben wir 18 Prozent mehr aus als vorher. (C)

(Otto Fricke [FDP]: Interessanter Investitionsbegriff! – Gegenruf der Abg. Andrea Nahles [SPD]: Soziale Investitionen!)

Diese Zahlen sollten Sie sich einmal ansehen.

(Otto Fricke [FDP]: Das sind aber keine Investitionen im Sinne des Haushaltsgesetzes! – Gegenruf der Abg. Andrea Nahles [SPD]: Das ist Ihre Meinung!)

– Das ist ein gutes Stichwort. Gucken Sie sich die Investitionen des Bundes an.

(Otto Fricke [FDP]: Die sinken prozentual!)

Im Vergleich zum letzten Bundeshaushalt ist ein Plus von 18 Prozent zu verzeichnen. Ich habe mir diese Bereiche extra herausgesucht, weil die Steigerung jedes Mal 18 Prozent beträgt. Das kann man sich leicht merken. Das sollten auch Sie sich merken, lieber Kollege von der FDP.

(Otto Fricke [FDP]: Oh, oh, oh! Sie haben einen anderen Haushalt!)

– Der Haushalt ist für alle gleich.

Jetzt kommen wir zum nächsten Punkt, zu Europa. Das ist ja ein Lieblingsthema von einigen von Ihnen. Wie kann man sowohl das, was in der Welt geschehen muss, als auch das, was für dieses Land erforderlich ist, vernünftig voranbringen? Wir kommen voran – das haben die Bundeskanzlerin heute und der Bundesfinanzminister gestern gesagt –, indem wir in Europa investieren. Das steht genau so im Koalitionsvertrag. Sie können sich darauf verlassen: Wir werden diesen Koalitionsvertrag umsetzen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (D)

(Beifall bei der SPD)

Dabei geht es um zwei Bereiche, zwei Pfeiler, wenn Sie so wollen. Ja, wir wollen die Euro-Zone stabiler machen. Ja, wir wollen die Euro-Zone krisenfester machen. Ja, wir wollen die Wirtschafts- und Währungsunion reformieren. Gleichzeitig wollen wir Europa sozialer machen. Wir wollen mehr tun gegen Steuerflucht. Wir wollen mehr tun gegen Steuerdumping. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir tun das bereits, und wir werden diese Arbeit fortsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Zu jeder Haushaltsdebatte, zu jeder Debatte darüber, wie die Politik der Bundesrepublik Deutschland in diesem und den nächsten drei Jahren aussehen soll, gehört Streit. Ich würde sagen: Ohne Streit ist eine Demokratie keine richtige Demokratie. Streiten wir doch einmal über zwei, drei wichtige Punkte:

Erster Streitpunkt. Ich streite leidenschaftlich dafür, dass das, was im Koalitionsvertrag steht – Einführung einer Finanztransaktionsteuer und Einführung einer Digitalsteuer –, umgesetzt wird, und zwar so schnell wie möglich.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Volker Kauder [CDU/CSU])

Achim Post (Minden)

- (A) Zweiter Punkt. Frau Verteidigungsministerin, ich streite auch leidenschaftlich dafür, dass die Bundeswehr – genauso wie es im Koalitionsvertrag steht und genauso wie wir es im Haushalt festgelegt haben – besser, deutlich besser ausgestattet wird als bisher. Jeder Euro und jeder Cent, der im Haushalt steht, wird dann auch für die Bundeswehr ausgegeben. Wogegen ich aber bin, ist die Verdopplung des Verteidigungshaushaltes, und wogegen ich bin, sind neue Sonderwunschliten. Die gibt es nur zu Weihnachten, aber nicht zu Pfingsten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Volker Kauder [CDU/CSU]: Da seid ihr aber kleinlich!)

Dritter Punkt. Wenn wir über Europa und auch über das streiten, was wir mit Frankreich gemeinsam machen müssen – denn wir müssen es zuallererst mit Frankreich gemeinsam und dann mit allen anderen machen –, muss ich einmal zu Ihnen schauen, Frau Wagenknecht. Bei aller Liebe und bei allem Respekt: Sie haben vorhin relativ spöttisch auf die Kolleginnen und Kollegen geschaut, die sich darüber gefreut haben, dass Herr Macron vor einem Jahr die Wahlen in Frankreich gewonnen hat. Können Sie mir sagen, wer in Frankreich die Alternative zu Herrn Macron war? Es war Marine Le Pen, eine Rechtsradikale. Wollten Sie die? Ich hoffe nicht, dass das der Fall ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

- (B) Wir in der Koalition – das zeigt das Europa-Kapitel des Koalitionsvertrages – sind die Letzten, die mit naiver Begeisterung für irgendjemanden in Europa zu Werke gehen; vielmehr handeln wir mit Realitätssinn, im deutschen Eigeninteresse und mit europäischem Verstand.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist dieser Koalitionsvertrag gut, ist dieser Haushalt gut und wird die Politik der Großen Koalition gut.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Für die Fraktion Die Linke hat das Wort die Kollegin Simone Barrientos.

(Beifall bei der LINKEN)

Simone Barrientos (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Kultur ist sehr viel mehr als nur Theater. Manchmal wünscht man sich das auch hier; aber darüber reden wir jetzt nicht. Mir geht es um Kultur. Kultur ist der Kitt, der die Demokratie zusammenhält. Ohne Kultur geht der gesellschaftliche Konsens verloren; davon bin ich zutiefst überzeugt.

(Beifall bei der LINKEN)

Dieser Haushalt und ganz besonders der Kulturhaushalt haben eine Antwort auf die Entwicklungen, die die-

ses Land in den letzten Jahren genommen hat – Menschen vor Märkten, Humanismus vor Kommerz; das wären gute Ansätze gewesen –, verpasst. Der Kulturhaushalt ist, so meine jedenfalls ich, vor allem dafür zuständig, Kultur aus dem Zwang des kommerziellen Erfolges zu befreien. Denn wohin das führt, haben wir bei der Echo-Verleihung sehr deutlich gesehen. Unschön!

(Beifall bei der LINKEN)

Ja, es gibt mannigfaltige Angriffe auf Kultur; dort ist man auf „Entsiffungstour“. Aber man muss sich darüber gar nicht aufregen, weil man ja einen sogenannten Heimatminister installiert hat, der über Leitkultur schwadroniert. Dem geht es nicht darum, dass sich hier alle heimisch fühlen. Nein, der greift die Kultur in ihrer Vielfalt an. Das gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und übrigens auch die innere Sicherheit.

(Beifall bei der LINKEN)

Nein, man kann die AfD nicht bekämpfen, indem man ihre Inhalte übernimmt. Bitte richten Sie das doch Herrn Seehofer, der jetzt nicht mehr da ist, freundlicherweise von mir aus.

(Beifall bei der LINKEN)

Apropos „Taugenichtse“: Der Deutsche Kulturrat hat kritisiert – ich bin da ganz seiner Meinung –, dass die Regierungsparteien – nur ihnen beiden wäre es möglich gewesen, das zu verhindern – der AfD den Unterausschuss „Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik“ überlassen haben. Was für ein Bild gibt das ab? Verdammt noch mal, das hätte nicht passieren dürfen!

(Beifall bei der LINKEN)

Aber kommen wir zurück zum Haushalt. In den vielen Gesprächen, die ich in den letzten Monaten mit Verbänden wie zum Beispiel dem Ensemble-Netzwerk, der Allianz der Freien Künste, dem Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler, dem Deutschen Kulturrat und etlichen anderen geführt habe, wurden vor allem drei Probleme an mich herangetragen, die zu lösen man sich wünscht.

Erstens: Bundeskulturförderfonds. Es braucht mehr Geld, es braucht einen einfacheren Zugang, es braucht Planungssicherheit. Wir beantragen deshalb die Erhöhung des Ansatzes von circa 6,5 Millionen Euro auf insgesamt 18 Millionen Euro.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Jeder Einzelfonds muss unserer Auffassung nach auf 3 Millionen Euro erhöht werden; dann wird man den Anforderungen der freien Netzwerke gerecht. Wir haben das mit ihnen besprochen; sie würden sich freuen. Stimmen Sie zu!

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens. Die soziale Lage der Kunst- und Kulturschaffenden ist zu verbessern. Es gibt unseren Antrag zu Solo-Selbstständigen. Wir bleiben dran. Das muss an anderer Stelle geklärt werden, aber wir kämpfen weiter.

Drittens: kulturelle Vermittlung. Das derzeitige Budget ist bei weitem nicht ausreichend. Wir fordern eine

(C)

(D)

Simone Barrientos

- (A) Erhöhung um 1,5 Millionen Euro. Das ist auch nur ein Anfang, aber immerhin.

Das Wichtigste für mich bleibt: Kultur muss als Staatsziel ins Grundgesetz.

(Beifall bei der LINKEN)

Nur dann kann den Herausforderungen der Zeit und den Angriffen von Ewiggestrigen, der Rollback-Bewegung, angemessen begegnet werden.

Auch das ist übrigens eine Frage von Kultur: Schwangerschaftsabbrüche haben im Strafgesetzbuch nichts zu suchen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Als Nächstes erteile ich das Wort der Kollegin Dr. Frauke Petry.

Dr. Frauke Petry (fraktionslos):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nur wenige Tage sind vergangen, seit der französische Staatspräsident Emmanuel Macron im Aachener Rathaus den Karlspreis erhalten hat. Was wir sahen, war eine Zäsur: dort der junge, durchgestylte Franzose, hier die in die Jahre gekommene Kanzlerin.

(Zurufe von der CDU/CSU und der SPD:
Oh! – Marianne Schieder [SPD]: Primitiver geht es nicht!)

(B)

Was sich hierzulande erst langsam herumspricht, ist auf europäischem Parkett bereits offensichtlich: die Erosion der deutschen Position in Europa. Das ist leider die Quittung für eine jahrelang verfehlte EU-Politik, die mit der Finanz- und Schuldenkrise begann, zur Griechenland- und Euro-Krise ausuferte und zuletzt in einer Belehrung und Bevormundung europäischer Partner mündete.

Trotz Brexit soll der EU-Haushalt wachsen. Olaf Scholz rechnet mit bis zu 10 Milliarden Euro Mehrbelastung für Deutschland – und das, obwohl der deutsche Steuerzahler durch den ESM bereits zum Bürger milliardenfacher Insolvenzverschleppung anderer EU-Staaten geworden ist.

„Verschleppung“ ist dabei das treffende Stichwort für den Politikstil der Bundesregierung. Seit einem Jahrzehnt markiert Problemverschleppung und nicht Problemlösung die Innen- und Außenpolitik unseres Landes. Es ist daher nicht überraschend, dass Frau Merkel dem Aufsteiger Macron wenig entgegenzusetzen hat. Wenn der französische Präsident ein europäisches Finanzministerium will, dann wird der Vorschlag beschwiegen. Wenn Macron eine europäische Arbeitslosenversicherung fordert, dann wird dies nicht kommentiert. Wenn Paris nach einem souveränen, geeinten, demokratischen Europa ruft – in anderen Worten: nach dem europäischen Zentralstaat –, dann widerspricht Berlin wieder nicht.

Meine Damen und Herren, diese Regierung und auch diese Kanzlerin haben bereits zu Beginn dieser Legisla-

tur nicht mehr die Kraft, die Herausforderungen anzunehmen, die von einer aggressiven zentralistischen und estatistischen Politik auf Brüsseler Ebene ausgeht. (C)

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Da täuschen Sie sich aber ganz gewaltig!)

Sie setzt keine Akzente, sondern wird von den äußeren Umständen getrieben. Das Primat des Bürgerwillens ist alternativlosem Lavieren gewichen.

Der Besuch der Kanzlerin in Washington hat der Welt vor Augen geführt, dass diese Politik eben gerade nicht als Politik des Augenmaßes, sondern als Politik der Schwäche verstanden wird. Statt die Lehren daraus zu ziehen, wird das Zerwürfnis mit unserem wichtigsten Bündnispartner auch noch gefeiert.

Warum beginne ich mit diesem Diskurs? Weil für den Haushalt der Bundesregierung das gilt, was die Politik der Bundesregierung ausmacht: Passivität, Problemverschleppung und mangelnder Wille, die Dinge endlich anzupacken.

Der Abbau der Bundesschulden ist ein Schritt in die richtige Richtung. Vergleichen wir aber das, was möglich wäre, mit dem, was passiert, dann sehen wir: Das sind am Ende nur ängstliche Schritte. Die Antwort der Regierung bedeutet nicht einen größeren Schuldenabbau oder eine dringend nötige Entlastung der Bürger, sondern mehr Staatsausgaben.

Das Bundeskanzleramt, dessen Etat in zweistelliger Millionenhöhe aufgestockt wurde, geht dabei mit gutem – oder besser: mit abschreckendem – Beispiel voran. Der Haushalt krankt am wirtschaftlichen Grundverständnis der Bundesregierung. (D)

Ein jeder in diesem Haus sollte das Ziel vor Augen haben, dass der Wohlstand in unserem Land wächst, und zwar nicht im statistischen Mittel oder aufgrund der Steigerung des wenig aussagekräftigen Bruttoinlandsproduktes, sondern auf allen sozialen Ebenen und real bei den Bürgern.

Wenn die Einkommen von Geringverdienern, der Mittelschicht oder von Topverdienern steigen, wächst auch die Ungleichheit, mögen manche unter Ihnen bemerken. Sie ignorieren jedoch, dass es dann trotzdem vielen besser ergehen würde. Meine Damen und Herren, wir haben kein kapitalistisch verursachtes Problem, sondern ein durch die Regierung verursachtes Wohlstandsproblem und zugegebenermaßen ein Neidproblem.

Entgegen der ökonomischen Vernunft erhöht der Staat das Haushaltsvolumen und entzieht damit der Bevölkerung die Grundlage, um weiteren Wohlstand zu schaffen. Er raubt den natürlichen Anreiz, zu arbeiten, und verbant kreative, arbeitsfähige Menschen in die staatliche Abhängigkeit. Wenn wir wirklich etwas für die Bürger dieses Landes tun wollen, dann muss der Staat auf Geld verzichten, meine Damen und Herren. Der Haushalt darf nicht wachsen; er muss schrumpfen, und in der Folge müssen die Steuern deutlich sinken. Dies würde dazu führen, dass Geschäftsideen, die heute aufgrund hoher Abgaben und Steuern nicht profitabel sind, wieder profitabel würden.

Dr. Frauke Petry

- (A) Neue Arbeitsplätze und neue Dienstleistungen würden so geschaffen. Ein Wirtschaftswunder 2.0 würde die heutigen Sozialromantiker ebenso überrumpeln, wie es einst Ludwig Erhard mit der Abschaffung der Preisbindung ermöglichte.

Wenn man nun aber immer noch an das Umverteilungsmärchen „Im Namen der Gerechtigkeit“ glaubt, nämlich dass gesamtgesellschaftlicher Wohlstand durch Umverteilung generiert wird, dann muss man sich nicht wundern, dass, wie auch der Bund der Steuerzahler moniert, sich Arbeit in Deutschland viel zu häufig nicht mehr lohnt. Wie auch, wenn über 100 verschiedene Sozialleistungen von über 40 staatlichen Stellen verwaltet oder, besser gesagt, auch in der Sozialindustrie vernichtet werden.

Eine vierköpfige Familie braucht heute einen Brutto-lohn von circa 2 500 Euro, um netto Hartz-IV-Niveau zu erreichen. Ein Konzept der negativen Einkommensteuer würde dagegen für soziale Wärme ohne bürokratische Kälte sorgen. Man braucht nur Mut.

Apropos Mut, Frau Göring-Eckardt: Er ist nicht mit grüner Hysterie zu verwechseln. Das Insektensterben zu beklagen, aber gleichzeitig zu verschweigen, dass dafür unter anderem auch die großen Monokulturen von Mais und Raps der Umwelt zuliebe verantwortlich sind, bleibt zu kurz gesprochen.

- (B) (Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir sind auch gegen Monokulturen!)

Statt uns permanent ein schlechtes Gewissen wegen der Bienen, wegen Glyphosat und wegen des CO₂-Ausstoßes und der Dieselmotoren einzureden, sollten Sie etwas Produktives tun. Helfen Sie uns, eine der unsinnigsten Subventionen zu beenden, nämlich die für Holzöfen! Der durch Holzöfen verursachte Feinstaub in Deutschland, getrieben durch KfW-Subventionen und denen der Länder, steigt seit über zehn Jahren drastisch an. Die Blaue Partei lädt die Grünen herzlich ein, sich gemeinsam mit uns für saubere Luft einzusetzen.

Die Bundesregierung hat leider den entscheidenden Moment versäumt, eine echte Wende in der Haushaltsplanung herbeizuführen. Mutloses Krämertum wird uns aber nicht vor den Herausforderungen retten, die auf uns zukommen. Die horrenden Sozialleistungen, die der unkontrollierte Zuzug von Einwanderern für uns mit sich bringt, wurden nicht immer thematisiert. Was wir brauchen, ist eine Rückkehr der Finanzpolitik zu Vernunft und zur bürgerlichen Verantwortung – für jeden von uns selbst und für die Gesellschaft. Nur so können wir die Träumereien derjenigen entlarven, deren fatale Antwort auf alle Probleme immer nur wieder bedeutet: mehr Staat, mehr Ausgaben, mehr Zentralismus.

Herzlichen Dank.

(Beifall des Abg. Mario Mieruch [fraktionslos])

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der nächste Redner ist der Kollege Alexander Dobrindt für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Alexander Dobrindt (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben mit der Globalisierung eine Vielzahl neuer Spannungsfelder, gekoppelt mit dem Wunsch der Menschen nach Heimat, Herkunft und Identität. Wir diskutieren auch die Chancen der Digitalisierung und wollen gleichzeitig dafür sorgen, dass alle die Möglichkeit haben, davon zu profitieren.

Wir reden auch in der Haushaltsdebatte gerade über die Verantwortung von uns in der Welt, übrigens auch gerade über die humanitäre Verantwortung Deutschlands in der Welt und die Verantwortung für Sicherheit, kulturelle Stabilität und den gesellschaftlichen Frieden. Das alles wollen wir zusammenbringen, und dies geht nur dann, wenn man die Bereitschaft hat, in einen starken Staat zu investieren, einen Staat, der Recht setzt und auch Recht durchsetzen kann, der die Innovationen vorantreibt, den Wohlstand fortschreibt, Europa gestaltet und die Souveränität unserer Heimat bewahrt. Das ist die Aufgabe, die mit einem soliden Haushalt erfüllt werden kann.

Zu einem soliden Haushalt gehört gerade das Fortschreiben dessen, was wir in der letzten Legislaturperiode begonnen haben, nämlich einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen, und zwar mit einer schwarzen Null. Ich verstehe überhaupt nicht, wieso man daran nach all den Erlebnissen, die wir in der Vergangenheit im Zusammenhang mit der Schuldenkrise in Europa hatten, auch nur einen Hauch an Kritik äußern kann. Ich verstehe nicht – wenn die Zeitungsberichte stimmen –, warum in der SPD-Fraktion über den Finanzminister gelästert wird als Olaf Schäuble, die Verlängerung von Wolfgang Schäuble. Seien Sie doch stolz darauf, dass wir die Errungenschaften der schwarzen Null in diesem Land weiterentwickeln und für die Zukunft erhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf: Budgetfetisch!)

– Derjenige, der das behauptet, hat in der Tat aus der Schuldenkrise beim besten Willen nichts gelernt.

Vollkommen egal, ob dieser Unsinn im Deutschen Bundestag oder in Aachen erzählt wird, es war nicht der Budgetfetisch, der Europa in die Krise geführt hat. Es war der linke Schuldenfetisch, der einige Länder Europas an den Rand des Abgrunds gebracht hat.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Mehr Schulden bei weniger Investitionen, mehr Ausgaben, weniger Wachstum, mehr Umverteilung, weniger Leistung, das ist doch die linke Politik in Europa gewesen. Diese Lasten haben wir noch immer zu tragen. Tragen können wir sie in Europa ausschließlich deshalb,

(C)

(D)

Alexander Dobrindt

- (A) weil Deutschland in der Lage ist, solide Haushalte aufzustellen. Deswegen funktioniert das Ganze.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die Frau Bundeskanzlerin hat darauf hingewiesen, dass die Schulden von heute nichts anderes sind als die Steuerhöhungen von morgen. Man darf daher sagen: Wer Schulden fordert, fordert Steuererhöhungen. Wer Steuererhöhungen fordert, will nichts anderes, als heute zu konsumieren und die Zeche die nächste Generation zahlen zu lassen. Wir stehen für Generationengerechtigkeit und werden daran nichts ändern.

(Beifall bei der CDU/CSU – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer hat denn die Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte erhöht?)

Neben der Bedeutung der Investitionen geht es um die Entlastung der Bürger. Bei Rekordhaushalten und Rekordsteuereinnahmen muss man die Entscheidung zugunsten von Entlastungen kraftvoll treffen. Dabei ist der Abbau der kalten Progression nur eine zwingende Notwendigkeit.

(Benjamin Strasser [FDP]: Das stimmt gar nicht!)

Ich teile diese Auffassung. Aber, liebe Kollegen von der FDP, den Vorwurf, wir kauften uns Zustimmung durch Entlastung ein, weise ich zurück.

- (B) (Benjamin Strasser [FDP]: Nicht durch Entlastung, sondern durch mehr Geld!)

Früher war für die FDP eigentlich „mehr Netto vom Brutto“ ein Thema. Nun den Menschen etwas zurückzugeben, wenn wir die höchsten Steuereinnahmen haben, gleichzeitig in starke Regionen und in die Zukunft zu investieren, das nenne ich nicht „Zustimmung einkaufen“, sondern „Leistung honorieren“ und „Wohlstand fort-schreiben“. Das ist das Ergebnis, das wir aus der Bundeswahl abgeleitet haben.

(Beifall bei der CDU/CSU – Benjamin Strasser [FDP]: Helmut Kohl hat es aber versprochen! – Gegenruf des Abg. Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Das ist nicht mehr die FDP von früher!)

Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um über eine Senkung der Sozialabgaben zu reden. Die Sozialkassen sind keine Sparkassen. Wenn die Bundesagentur für Arbeit demnächst Rücklagen in einer Größenordnung von 20 Milliarden Euro hat, dann darf man nicht vergessen, dass das Geld der Beitragszahler ist. Das muss den Beitragszahlern zurückgegeben werden. Wir haben vereinbart, den Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung um 0,3 Prozentpunkte zu senken und so circa 3,6 Milliarden Euro zurückzugeben. Ich bin heute der Überzeugung: Wir können an dieser Stelle mehr machen. Lassen Sie uns darüber reden, ob wir den Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte – das entspricht etwa 6 Milliarden Euro – senken sollten. Wir sollten die Zeit der Bundesagentur für Arbeit als Sparkasse nicht

- verlängern, sondern das Geld den Beitragszahlern zurückgeben. Das ist unser Auftrag. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE])

Ich bin froh, dass wir in dieser Debatte auch ausgiebig über Europa gesprochen haben. Ein starker Staat, wie wir ihn in unserem Haushaltsentwurf vorsehen, funktioniert heute als starker Nationalstaat mit nationaler Souveränität nur dann, wenn es ein starkes Europa gibt. Nur dann werden wir unsere nationale Souveränität auf der Welt erhalten können. Ich will ein starkes und geeintes Europa. Das heißt aber nicht, dass ausschließlich diejenigen gute Europäer sind, die die meisten Kompetenzen möglichst schnell an Brüssel abgeben wollen. Es geht darum, Europa weiterzuentwickeln, nicht als „ever closer union“, sondern als „ever stronger union“. Das ist der Auftrag: Wir wollen stärker werden in Europa, und das heißt, einen klaren Mehrwert mit dem, was wir für Europa vereinbaren wollen, zu verbinden; mehr Europa im Großen, weniger im Kleinen. Wir sind bereit, dafür finanzielle Aufwendungen bereitzustellen. Wir wollen auch den Schutz der Außengrenzen vorantreiben, und wir wollen dafür sorgen, dass Europa in der Tat bei den ganzen Fragen der Migration mehr Verantwortung übernehmen kann.

Meine Damen und Herren, wir haben heute noch sehr stark mit der Aufarbeitung der Flüchtlingskrise zu tun. Wir sind aber auch bereit, diese Aufarbeitung voranzutreiben. Dazu gehört, dass wir eine funktionierende Rückführungskultur in Deutschland schaffen. Wer kein Bleiberecht hat, der muss auch wieder gehen. Wer kriminell ist, der hat sein Bleiberecht verwirkt. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Bundesminister Horst Seehofer entwickelt dafür den Masterplan für Rückführungen. Wir arbeiten an der Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten. Wir wollen, dass auch beim Aufwuchs der Mittel für die Entwicklungshilfe eine Kombination mit der Kooperationsbereitschaft von Drittländern hinsichtlich Rückführungen stattfindet. Wir werden die AnKER-Zentren aufbauen und damit unser Asylsystem wieder vom Kopf auf die Füße stellen. Erst wenn die Identität geklärt ist, das Verfahren abgeschlossen ist, wird auf die Kommunen verteilt oder direkt aus den AnKER-Zentren abgeschoben. Wer kein Bleiberecht in Deutschland erhält, der soll sich in diesem Land auch erst gar nicht einrichten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Jetzt will ich darauf hinweisen, dass wir bei den Asylverfahren ein Aufwachsen vom Jahr 2016 auf das Jahr 2017 um mehr als das Doppelte haben, und zwar auf 360 000 Verfahren. Ja, das überlastet in der Tat unsere Verwaltungsgerichte. Das führt zu einer extrem langen Dauer der Asylverfahren. Das führt zu einer Verstetigung der Aufenthalte, und das führt auch zu einem Pull-Effekt.

Wir brauchen natürlich eine Beschleunigung der Asylverfahren. Es gibt bis heute keine Mitwirkungspflicht der Asylbewerber bei Widerrufsverfahren. Wer sich in einem Widerrufsverfahren taubstumm stellt, der kann auch überhaupt nicht überprüft werden. Wir wollen aber

Alexander Dobrindt

- (A) eine Mitwirkungspflicht der Asylbewerber haben, wenn überprüft wird, ob es noch einen Schutzgrund gibt; denn wenn wir nicht mehr überprüfen können, ob Schutzgründe noch bestehen, dann können wir am Schluss auch nicht dafür sorgen, dass Menschen, die keinen Schutzgrund mehr haben, wieder in ihre Heimatländer zurückgebracht werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das ist aber notwendig, um Akzeptanz im System zu erhalten.

Noch ein Hinweis, lieber Christian Lindner; denn Sie haben behauptet: Es gibt keine Antiabschiebeindustrie in Deutschland. – Man kann beim Bäcker sicher viel lernen, aber nicht alles, vermute ich.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Benjamin Strasser [FDP]: Tää, tää, tää! – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Menschen nehmen ihre Rechte wahr!)

Schauen Sie sich mal an, was die Flüchtlingsräte veröffentlichen. Sie gehen davon aus, dass sie mit ihren Aktionen immer weniger Flüchtlinge in die Abschiebe- flugzeuge bringen. Sie gehen davon aus, dass sie Abschiebungen verhindern können, wenn die Betroffenen gewarnt werden und die Betroffenen „untertauchen“, so wörtlich; das sei ein Erfolg. Wer heute dazu auffordert, wie es Flüchtlingsräte tun, dass Unterstützer und Anwälte über Abschiebetermine informieren, damit gefährdete Personen sich verstecken können,

- (B) (Benjamin Strasser [FDP]: Was sagt die SPD denn dazu?)

wer darauf hinweist, dass man sich nicht zu Hause aufhalten soll, wenn Abschiebetermine anstehen, oder dass man blaumachen soll, weil es, so wörtlich, „kreative Möglichkeiten“ gibt, warum man mal nicht zur Arbeit kommen kann, der hat mit Sicherheit alles andere als ein rechtsstaatliches Verständnis von Asylverfahren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD – Benjamin Strasser [FDP]: Dann macht doch mal was!)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der nächste Redner ist der Kollege Dr. Marc Jongen für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Marc Jongen (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Für Kultur kann es eigentlich nie genug Geld geben. Mit diesem positiven Vorurteil muss sich jeder Kulturpolitiker, der ja ein Freund und ein Mensch der Kultur sein sollte, seinem Ressort nähern.

(Simone Barrientos [DIE LINKE]: Also Sie nicht!)

– Sie sind eher Freunde der Propaganda und Ideologie; dazu komme ich noch. – Eine Kulturnation wie Deutsch-

land muss sich ihr kulturelles Erbe auch etwas kosten lassen. Das sind wir uns schuldig; das sind im Übrigen auch Investitionen, die sich durch indirekte Effekte auf Tourismus, Kreativwirtschaft etc. hundertfach bezahlt machen.

Der vorliegende Haushaltsplan indes – und damit die Kulturpolitik der Bundesregierung – gibt Anlass, von diesem positiven Vorurteil abzurücken und einzusehen: Es gibt auch im Feld der Kultur und der Medien Investitionen, die besser nicht getätigt würden, nämlich solche in linksideologische Propaganda und Förderprogramme,

(Helin Evrim Sommer [DIE LINKE]: Oh!)

die einzig und allein dem Zweck dienen, Kunst und Kultur auf globalistische, migrations- und EU-euphorische Linie zu bringen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf der Abg. Marianne Schieder [SPD])

Das sind kulturelle Schadprogramme, deren Mittel besser in Denkmalschutz und kulturellen Substanzerhalt fließen sollten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Prominentes Beispiel: Die Kulturstiftung des Bundes wird im Haushaltsplan der Bundesregierung mit 35,5 Millionen Euro bedacht. Laut ihrer Künstlerischen Direktorin, Frau Hortensia Völckers, will die Kulturstiftung Maßnahmen gegen Abschottung und ideologische Homogenisierung fördern, etwa mit dem Programm „360°“, das eine – Zitat – „diversitätsorientierte Öffnung von Kultureinrichtungen“ anstrebt.

(Simone Barrientos [DIE LINKE]: Wunderbar!)

Orwell'scher Neusprech, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der AfD)

Die Einzelprogramme heißen dann zum Beispiel „Everyone's welcome – Theater Bremen goes Diversity“; Migranten sollen Angebote in der Stadtbibliothek Köln entwickeln und dergleichen mehr. Bis 2024 sollen 21 Millionen Euro in das Programm „360°“ fließen.

Meine Damen und Herren, Kunst und Kultur werden hier zur propagandistischen Begleitmusik für eine verfehlte Politik der Masseneinwanderung degradiert.

(Beifall bei der AfD)

Man führt auf deutschen Theaterbühnen einen paranoiden Kampf gegen rechts,

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das nennt sich Kunstfreiheit!)

wobei rechts schon jeder ist, der nicht bereit ist, Tradition und kulturelles Erbe einer staatlich verordneten multikulturellen Zukunft zu opfern, mit anderen Worten: der nicht bereit ist, der Zerstörung dieses kulturellen Erbes, jedenfalls einem gewaltigen Niveauverlust, zuzustimmen.

(Beifall bei der AfD – Helin Evrim Sommer [DIE LINKE]: Sie haben nichts aus der Geschichte gelernt!)

(C)

(D)

Dr. Marc Jongen

- (A) Ich finde es auch immer wieder frappierend: Je vehementer Vielfalt eingefordert wird, desto uniformer und austauschbarer sieht das Ergebnis aus, weil es eben nicht die von unten gewachsene Vielfalt ist, sondern eine von oben übergestülpte Vielfaltsideologie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Widerspruch bei der LINKEN)

Das Fatale ist: Mit solcher Kulturpolitik züchtet man sich eine Kaste von Staatskünstlern und Staatskulturschaffenden heran,

(Benjamin Strasser [FDP]: Die Kunstfreiheit steht im Grundgesetz!)

die genau wissen, was sie abzuliefern haben, um an die begehrten Fördertöpfe zu gelangen.

(Beifall bei der AfD)

Wer nicht das Hohelied von Vielfalt, Gender und Migration singt, der geht leer aus.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Einfalt statt Vielfalt!)

Die Freiheit der Kunst besteht bald nur noch auf dem Papier des Grundgesetzes, aber wirklich unabhängige Köpfe führen hier in Deutschland mittlerweile ein Dissidentendasein; das ist die traurige Realität.

(Beifall bei der AfD)

- (B) Ich will nicht nur anklagen. Es gibt auch positive Aspekte der Kulturförderung durch den Bund. Dass zum Beispiel der Etat für das Humboldt Forum im Berliner Stadtschloss massiv erhöht wurde, war dringend notwendig, damit dieses kulturelle Schaufenster Deutschlands zur Welt in die operative Phase eintreten kann. Ich habe mich gestern, werte Frau Grütters, am einstimmigen Beschluss im Stiftungsrat des Humboldt Forums zur neuen Organisationsstruktur und zum neuen Generalintendanten beteiligt, und ich kann Ihnen die wohlwollend kritische Begleitung dieses wichtigen Kulturprojektes durch die AfD-Fraktion zusagen.

(Zuruf der Abg. Marianne Schieder [SPD])

Umso wichtiger ist es mir, Sie und die Bundesregierung hier an dieser Stelle noch aufzufordern: Stoppen Sie bitte dieses unsäglich misslungene Freiheits- und Einheitsdenkmal, die sogenannte Einheitswippe,

(Beifall bei der AfD)

die direkt neben dem Humboldt Forum errichtet werden soll und die mit sage und schreibe 17 Millionen Euro zu Buche schlägt. An die Stelle neben dem Stadtschloss gehören wieder die historischen Kolonnaden hin, meinetwegen in einer veränderten Fassung analog zu der, in der auch das Stadtschloss wiederaufgebaut worden ist, aber nicht diese alberne Bundesbanane, mit der in Wahrheit auch niemand glücklich ist.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Herr Kollege Jongen, denken Sie an die Redezeit.

Dr. Marc Jongen (AfD):

(C)

Ich komme zum Schluss. – Noch ist Gelegenheit dazu. Bitte streichen Sie diesen Unsinn.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Martin Gerster für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Martin Gerster (SPD):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Haushaltsdebatte ist ja traditionell eine gute Gelegenheit für die Opposition, Kritik zu üben. Oft hört man: Das ist zu wenig, zu viel, zu schnell, zu langsam, zu früh, zu spät, falsche Richtung. – Das gehört zur demokratischen Debatte, zur Auseinandersetzung. Ich finde aber, heute haben wir eine neue Dimension erfahren müssen. Dazu muss ich sagen: Diskriminierung von bestimmten Gruppen in unserer Gesellschaft halte ich für unerträglich, auch in einer Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag!

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

(D) Viele glauben ja, Haushalt ist reine Zahlenhuberei. Nein, es handelt sich um in Zahlen gegossene Politik. Ich finde, an diesem Haushaltsentwurf kann man ganz gezielt und ganz konkret ablesen, was es für die Menschen tatsächlich bedeutet, wenn an der einen oder anderen Stelle mehr im Haushalt verankert ist bzw. die guten Haushaltsansätze entsprechend fortgeschrieben werden. Finanzminister Olaf Scholz hat gestern völlig zu Recht gesagt: Das ist ein Haushalt der Investitionen, der sozialen Sicherheit, der öffentlichen Sicherheit und auch der emotionalen Sicherheit. – Ich will ein paar Beispiele aus Begegnungen und Gesprächen der letzten Wochen in meiner Region, in Oberschwaben im Allgäu, nennen und damit zeigen, wie letztendlich dieser Haushalt viele Verbesserungen für die Menschen bringen wird.

Da war die junge Familie, die darüber geklagt hat, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch nicht so gut klappt. Ich finde es großartig, dass unsere neue Familienministerin Franziska Giffey das Gute-Kita-Gesetz auf den Weg bringen will. Es soll für mehr Qualität in den Kitas sorgen, aber auch dabei helfen, Gebührenfreiheit in allen Bundesländern durchzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde es nach wie vor nicht in Ordnung, dass in Baden-Württemberg unter einem grünen Ministerpräsidenten die Familien Kitagebühren zahlen müssen; das macht oft mehrere Hundert Euro aus.

(Zurufe der Abg. Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Martin Gerster

- (A) Deswegen sage ich an dieser Stelle: Wir ermöglichen allen Bundesländern, die Gebührenfreiheit einzuführen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Steile These! – Weitere Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage auch ganz selbstbewusst: Die SPD hat in ihrer Geschichte das Schulgeld abgeschafft, die Studiengebühren abgeschafft. Wir werden es auch schaffen, die Kitagebühren in allen Bundesländern abzuschaffen.

(Beifall bei der SPD)

Da war die Familie, die den Traum hatte, eine eigene Wohnung bzw. ein eigenes Haus zu erwerben. Wir werden diese Familie dabei unterstützen. Es kann nicht der einzige Baustein für das Eigentum sein, aber es kann vielleicht der entscheidende Baustein sein, um eine Eigentumswohnung bzw. ein Eigenheim zu erwerben. Deswegen sage ich: Es ist gut, dass wir das Baukindergeld einführen werden. Es sind pro Kind 1 200 Euro über zehn Jahre. Das macht für eine Familie mit drei Kindern insgesamt 36 000 Euro aus.

(Zurufe des Abg. Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deswegen sage ich: Das gehört entsprechend unterstützt und ist ein guter Baustein für junge Familien.

- (B) Wir investieren aber auch ganz viel in den sozialen Wohnungsbau. Das ist auch ganz wichtig für Leute, die klagen: Mensch, ich kann bald die Miete nicht mehr bezahlen. Ich habe Angst, dass ich aus der Wohnung herausgetrieben werde.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihr lasst die Mieter mit den Mieten in den Städten im Stich!)

Da tun wir etwas, indem wir letztendlich die Möglichkeit der Umwälzung der Ausgaben für Modernisierungen auf die Mieterinnen und Mieter stoppen.

Da war der 18-Jährige, der gesagt hat: Ich habe jetzt gerade meine Abiprüfungen hinter mir. Meine Eltern haben nicht so viel Geld. – Wir werden im Laufe dieser Legislaturperiode ganz viel tun, um solche jungen Leute zu unterstützen, wenn sie studieren wollen. 1 Milliarde Euro mehr gibt es in dieser Legislaturperiode für das Schüler- und Studierenden-BAföG; dazu noch einmal 350 Millionen Euro für das Meister-BAföG. Ich glaube, das ist eine richtig gute Nachricht für junge Leute.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Im Übrigen: Wir als SPD haben in den meisten Bundesländern durchgesetzt, dass die Studiengebühren abgeschafft werden. Auch das ist eine gute Botschaft, die heutzutage oft vergessen wird. Ich finde es nicht in Ordnung, dass in manchen Bundesländern schon wieder diskutiert wird, dass für Teile der Studierenden wieder Studiengebühren eingeführt werden sollen. Zum Teil sind sie schon wieder eingeführt worden.

(C) Ich denke an die Pflegekraft, die gesagt hat: Wir haben viel zu wenig Personal. Ich fühle mich überlastet, überfordert. Ich werde im Urlaub angerufen und gefragt, ob ich nicht kommen kann. – Vor diesem Hintergrund finde ich es gut, dass wir auf das Schulgeld verzichten und die Ausbildungsvergütung einführen.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, das ist ein großer Baustein, damit dieser Beruf attraktiver wird. Ganz konkret sind im Haushalt 2 Millionen Euro für eine Kampagne zugunsten des Pflegeberufs enthalten. Ich glaube, das ist eine richtig gute Sache in diesem Haushaltsentwurf.

(Beifall bei der SPD)

Ich denke an die THW-Helferin, die ich über die Jahre immer wieder getroffen und gesprochen habe. Sie hat 2013 gesagt: Das kann doch nicht sein: Ich bringe mich ehrenamtlich ein, ich helfe anderen Menschen, wenn sie in Not geraten, aber meine Unterkunft vom THW-Ortsverband ist in einem völlig maroden Zustand. Das kann doch nicht so bleiben. Ein bisschen Wertschätzung hätte auch ich gerne. – Ich will daran erinnern, dass wir das Liegenschaftsprogramm, das Fahrzeugprogramm und viele andere Maßnahmen für diese Helferinnen und Helfer, die unsere Unterstützung verdient haben, auf den Weg gebracht haben.

(D) Ich denke an den Einwanderer, der seine Zukunft in Deutschland sieht. 2013 hatten wir für Integrationskurse gerade einmal 200 Millionen Euro im Haushalt veranschlagt.

(Zuruf von der AfD)

Jetzt sind eine Dreiviertelmilliarde Euro eingeplant, mit der wir diese Leute auf einen guten Kurs bringen wollen,

(Beifall bei der SPD)

damit sie in unserer Gesellschaft Erfolg haben und letztendlich auf einem guten Weg sein können.

Ich denke an Leute, die verunsichert sind und sagen: „Draußen fühle ich mich nicht mehr wohl“, und die Angst vor Wohnungseinbruch haben. In diesem Bereich haben wir viel getan. Wir haben die Sicherheitsbehörden gestärkt. Aktuell finden sich im Haushalt 2 000 zusätzliche Stellen für Polizei und Bundeskriminalamt. Ich denke aber auch an unser Programm zur Verbesserung des Einbruchschutzes. Unglaublich viele Leute haben das beantragt; das ist eine großartige Sache.

(Zuruf von der AfD)

Man könnte jetzt so weitermachen. Selbst wenn ich noch eine Viertelstunde Redezeit hätte, würde auch diese nicht ausreichen, um aufzuzeigen, wie viele Menschen ganz konkret von unserer Politik, unserem Haushalt profitieren. Aber wir haben ja hier in der Haushaltsdebatte und im Haushaltsausschuss noch ein paar Tage Zeit, um die Positionen zu besprechen.

Martin Gerster

- (A) Ich jedenfalls glaube, dieser Haushaltsentwurf ist eine gute Sache. Herzlichen Dank an Olaf Scholz und das Bundesfinanzministerium.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Für die Bundesregierung hat das Wort die Frau Staatsministerin Monika Grütters.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Monika Grütters, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Von Jean Sibelius, dem berühmten finnischen Komponisten, stammt das Bonmot: „Über Musik kann man am besten mit Bankdirektoren reden. Künstler redeten ja nur übers Geld.“ Zumindest die erste Behauptung, den Kunstsinn der Kassenhüter betreffend, deckt sich auch mit meinen persönlichen Erfahrungen. Nicht nur mit Bankdirektoren, auch mit Haushalts- und Finanzpolitikern kann man ganz hervorragend über Kultur reden – und das macht sich dann in Euro und Cent bezahlt, was wiederum Künstler und Kreative wie auch Kulturpolitiker freut.

- (B) Ich bin jedenfalls sehr zufrieden mit dem Ausgang der Gespräche zum Kultur- und Medienhaushalt 2018; denn erneut konnte die Kulturfinanzierung des Bundes signifikant gesteigert werden – zum Wohle zahlreicher kultureller Einrichtungen und Projekte im ganzen Land. Lassen Sie mich ganz kurz auf die wesentlichen Veränderungen eingehen.

Wie bereits im März in der Generaldebatte hier im Deutschen Bundestag angekündigt, ist es mein Ziel, in dieser Legislaturperiode die Aufarbeitung von und den Umgang mit Beständen aus kolonialen Kontexten in Sammlungen und Museen voranzubringen. Deshalb stocke ich mit meinem Haushalt 2018 die Mittel für Provenienzforschung ein weiteres Mal auf, um mehr als eine halbe Million Euro gegenüber dem ersten Regierungsentwurf. Für den Regierungsentwurf 2019, den wir derzeit erarbeiten, beabsichtige ich gerade in diesem Bereich weitere Erhöhungen.

Ein erster wichtiger Schritt war die Unterstützung des Deutschen Museumsbundes bei der Erarbeitung eines Leitfadens zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten. Den haben wir am Montag veröffentlicht. Ich bin sicher: Er wird sowohl den Museen als auch der Politik helfen, diesem anspruchsvollen und – das lernt man, wenn man sich damit befasst – sehr vielschichtigen Thema gerecht zu werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dieser Aufgabe sollten und, ich glaube, müssen wir uns mit Aufrichtigkeit und Nachdruck stellen. Viel zu lange war die Kolonialzeit ein blinder Fleck in unserer Erinnerungskultur; und viel zu lange war das in dieser Zeit geschehene Unrecht vergessen und verdrängt. Es endlich

- ans Licht zu holen, ist Teil der historischen Verantwortung Deutschlands gegenüber den ehemaligen Kolonien und Voraussetzung für Versöhnung und Verständigung mit den dort lebenden Menschen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb ist es gut, dass diese Fragen auch mit dem Baufortschritt beim Humboldt Forum ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt sind. Dort haben wir gestern einstimmig – das ist richtig, Herr Jongen – mit allen in den Stiftungsrat entsandten Vertretern aus Parteien, der Regierung und Experten Hartmut Dorgerloh zum Generalintendanten gewählt. Dass wir diesen großen und, wie ich glaube, wichtigen Schritt in dieser Einmütigkeit getan haben – das war nicht unbedingt zu erwarten; freut mich aber umso mehr –,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

zeigt, wie wirksam eine Kultur der Verständigung sein kann. Hartmut Dorgerloh wird diese – so beschreibt er selbst das Humboldt Forum – „Freistätte für Kunst und Wissenschaft“ der Allgemeinheit erschließen.

Ich danke an dieser Stelle ausdrücklich Neil MacGregor, der bislang gemeinsam mit Horst Bredekamp und Hermann Parzinger den inhaltlichen Feinschliff am Großprojekt Humboldt Forum vorgenommen hat. Es ist damit gut gerüstet für die letzten Monate bis zur Eröffnung Ende 2019. Ich möchte an dieser Stelle auch ausdrücklich Herrn Staatssekretär Pronold danken – er ist leider gerade gegangen –, der das Projekt bisher vonseiten des Bundesbauministeriums ganz hervorragend gemanagt hat. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Im Humboldt Forum, dieser „Freistätte“, laden wir Besucher ein, Weltbürger zu sein. Wie wichtig es wieder geworden ist, demokratische Errungenschaften wie Kunstfreiheit, Pressefreiheit und Meinungsfreiheit aktiv zu verteidigen, müssen wir täglich – übrigens nicht nur mit Blick auf manche Nachbarländer – erleben. Immerhin darf Hajo Seppelt jetzt doch nach Russland einreisen. Aber wenn wir auf den dortigen Theatermacher Serebrennikow schauen, der nicht zum Theatertreffen kommen konnte, wenn wir sehen, wie schwer es unabhängige Journalisten in Ungarn haben, und wenn wir die zunehmende Einschränkung der Medienfreiheit in Polen durch das neue Mediengesetz beobachten, wenn wir mit ansehen müssen, wie Liu Xia, die Witwe des Schriftstellers Liu Xiaobo, in China leiden muss, oder wenn wir sehen, wie viele Künstler und Intellektuelle in der Türkei immer noch im Gefängnis sitzen, und wenn wir auch hierzulande mit Vorwürfen wie „Lügenpresse“ konfrontiert werden, spätestens dann wird klar, wie wichtig und notwendig auch hier bei uns wirksame Programme sind, die die Bürger, vor allem auch junge Menschen, für den Wert der Freiheit sensibilisieren.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Staatsministerin Monika Grütters

- (A) Im Austausch mit Experten erarbeiten wir dazu im BKM weitere neue vertiefende Projekte zur Erinnerungskultur, zur Integration und zur Medienkompetenz. Die hierfür bereitgestellten Gelder dürften bestens investiert sein.

Meine Damen und Herren, die Steigerung des Kulturretats – ich komme zum Schluss – ist vor allem eins: Sie ist Ausdruck der Wertschätzung für Kultur und Medien in ihrer Bedeutung für eine offene demokratische Gesellschaft, für Verständnis und Verständigung, für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Integration. Warum Künstler und Kreative Förderung und Unterstützung verdienen, hat der kürzlich verstorbene Kardinal Karl Lehmann, der heute an diesem 16. Mai seinen 82. Geburtstag gefeiert hätte, einmal so formuliert – ich zitiere –:

Weil wir in einem Zeitalter leben, das häufig vom Nutzenkalkül regiert wird, stellen wir in vielen Lebensbereichen nur Fragen, die wir auch knapp und effizient beantworten können – nennen wir sie einmal die kleinen Fragen. ... Deshalb sind Menschen wichtig, die uns lehren, an den großen Fragen festzuhalten: Und da rangieren die Künstler sicherlich mit an vorderer Stelle. Sie stellen unser oft eindimensional fest zementiertes Weltbild immer wieder heilsam in Frage.

So weit Kardinal Lehmann.

- (B) Auch hier im Deutschen Bundestag können wir oft nur die kleinen Fragen beantworten. Umso wichtiger ist es, dafür Sorge zu tragen, dass unsere Gesellschaft im Gespräch, in Verständigung auch und gerade über die großen Fragen bleibt. In diesem Sinne bitte ich Sie um Unterstützung meines Haushaltsentwurfs für Kultur und Medien in den anstehenden parlamentarischen Beratungen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie der Abg. Simone Barrientos [DIE LINKE])

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Die nächste Rednerin ist die Kollegin Joana Cotar für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Joana Cotar (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen! Bei beeindruckenden 3 087 Seiten kann man im aktuellen Haushaltsentwurf schon einmal etwas übersehen. Wenn aber auch die digitale Suche darin nicht den geringsten Budgetansatz für die kürzlich ernannte Staatsministerin Dorothee Bär erbringt, wenn die Beauftragte der Bundesregierung für Digitalisierung allem Anschein nach mittellos ist, dann wirft das Fragen auf.

In keinem Kapitel, in keinem Einzeltitel gibt es einen Hinweis auf eine finanzielle Ausstattung dieses so wichtigen Amtes. Kein Wunder, dass sie heute bei dieser zentralen Debatte auch nicht reden darf oder nicht reden will. Liebe Frau Bär, ein altes Sprichwort sagt: Wer Geld hat, der kann dem Teufel Beine machen. Wer keins hat,

bei dem kommt noch nicht einmal der Mann, der nach ihm ruft. (C)

Sie haben Ihr Amt in einem Interview als „Arbeitsmuskel“ bezeichnet, für den Sie – ich zitiere – „Querdenker und Nerds suchen, die im positiven Sinne ‚verrückt‘ sind“. Im positiven Sinne verrückt muss man schon sein, wenn man sich auf derart dünnes Eis begibt. Es braucht mehr als einen Arbeitsmuskel, Frau Kollegin, um die sträflich vernachlässigte Digitalisierung endlich voranzutreiben.

(Beifall bei der AfD)

Ich würde Ihnen und uns wünschen, dass Sie in die Lage versetzt werden, bedeutende Entwicklungen zielgerichtet zu fördern, dass Sie Leuchtturmprojekte schaffen können und das über alle Ressorts hinweg. Wie das ohne Geld gehen soll, ist mir allerdings völlig schleierhaft.

In 14 Ministerien sind mehr als 70 Abteilungen mit der Digitalisierung befasst. Die Chance, all dem eine Stoßrichtung zu geben, die weitgehend wirkungslosen Digitalinitiativen zu bündeln, hatten wir als Mindestvoraussetzung für die Fortschritte in dieser Legislaturperiode angesehen. Jetzt ist es also ein Arbeitsmuskel. Keine Knete, aber Muckis.

Ich darf daran erinnern, dass die AfD ein Digitalministerium gefordert hat. Um in Ihrem Bilde zu bleiben: Wir fordern keinen Muskel, sondern ein bestens ausgestattetes Fitnessstudio, das dieses Land ganzheitlich auf Zukunftssicherheit trimmt.

(Beifall bei der AfD)

(D) Eine Staatsministerin für Digitales ohne ausreichendes Budget ist eine Luftnummer. Was soll denn aus Ihren Ansätzen werden, vom digitalen Schulranzen bis hin zum Lufttaxi, wenn man Ihnen keine müde Mark zur Verfügung stellt, Frau Bär?

Das Fehlen eines Budgetansatzes, aber auch die durchgängige Nichtnennung Ihrer Position lässt mich fragen, welche denn Ihre Rolle sein soll. Zumindest werden Sie sich nach eigenem Bekunden gut mit Frau Christiansen verstehen, Frau Merkels geschätzter Abteilungsleiterin im Kanzleramt für Innovation und Digitalpolitik. Wer da Köchin und wer Kellnerin ist, wird sich zeigen.

Vielleicht arbeiten Sie auch gut mit Ihrer Kollegin, der Kulturbeauftragten, zusammen. Diese hat allerdings einige Millionen Euro für die Digitalisierung von Musikclubs, Kinos und Museen in der Schatulle. Das versteht man wohl unter „Verantwortung in einer Hand“.

Es gibt in diesem „Girls' Camp Digitalisierung“ der Kanzlerin sogar noch eine Mitspielerin, und zwar Gesche Joost, digitale Botschafterin Deutschlands bei der EU-Kommission. Die Dame kassiert jährlich 100 000 Euro und hat sich zur Unabhängigkeit verpflichtet. Das hindert sie aber nicht daran, sich in den Aufsichtsrat von SAP wählen zu lassen und sich mit der Telekom und der ING Bank zu verhandeln.

(Beifall bei der AfD)

Die Digitale Agenda Deutschlands ist leider mit einer Günstlingswirtschaft verbunden, die alles ist, nur nicht

Joana Cotar

- (A) zielführend. Frau Merkel, bei der Digitalisierung liegen wir nicht nur im internationalen Vergleich weit zurück. Um den Anschluss zu schaffen, müssen wir schneller rennen als alle anderen. Sie aber machen Deutschland zu einem lahmen Gaul, und das hat unser Land nicht verdient.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der nächste Redner ist der Kollege Martin Rabanus von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Martin Rabanus (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren auf der Besuchertribüne! Es ist guter Brauch, dass in der Generalaussprache zur Regierungspolitik, zum Einzelplan des Bundeskanzleramtes die Kultur eine Rolle spielt, weil diese dort etatisiert ist, weil BKM dort beheimatet ist. Es ist auch guter Brauch, dass in dieser Generalaussprache natürlich die Regierungsfaktionen bzw. Regierungsvertreter darstellen, was alles gut ist, und die Opposition natürlich darstellt, was alles schlecht ist.

(Johannes Kahrs [SPD]: Nichts ist schlecht!)

- (B) – Einverstanden. Genau, ich bin da ganz der Auffassung meines Kollegen Kahrs. Die Regierungsvertreter, die sagen: „Es ist alles super“, haben natürlich recht.

(Lachen des Abg. Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Johannes Kahrs [SPD]: Genau!)

Ich will damit aber jetzt für einen kleinen Moment brechen und will versuchen, am Beginn meiner Ausführungen auch einmal das Gemeinsame und das Verbindende, jedenfalls für fünf Fraktionen dieses Hauses, deutlich zu machen. Wir wollen nämlich – so erlebe ich auch unsere Beratungen im Kulturausschuss –, gemeinsam um die richtigen Instrumente und die richtige Schwerpunktsetzung ringend, tatsächlich die Sicherheit haben, in einem weltoffenen, freien, toleranten, demokratischen Land zu leben, und Räume eröffnen, in denen sich diese Freiheiten entfalten können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Hansjörg Müller [AfD]: Auf Kosten des eigenen Volkes!)

– Es ist ein Konsens von fünf Fraktionen; denn die Beiträge der AfD zeigen doch immer wieder, dass sie genau das anders sieht. Alles, was in Ihren Verstand, in Ihre kleinen Vorstellungen nicht hineinpasst oder was Ihnen einfach nicht gefällt, wird schnell in die ideologische Ecke gestellt und bekämpft.

(Jürgen Braun [AfD]: Ideologische Kulturpolitik machen Sie doch! Umerziehung des Volkes, das ist Ihr Ziel bei der Kulturpolitik!)

- (C) Das ist ein völlig anderer Ansatz. Wir wollen Räume eröffnen, in denen Kultur und Kunst frei sein können. Sie wollen bestimmen, was Kultur und Kunst inhaltlich bedeuten. Das wird mit uns nicht passieren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es geht darum, dass wir – und dafür ist BKM, die Kulturförderung des Bundes, auch da – eben genau diese Räume schaffen. Wir haben uns als Koalition vorgenommen, dies in einem – wie wir es bezeichnet haben – kooperativen Kulturföderalismus gemeinsam mit den Ländern voranzubringen.

Ich will dabei zwei Punkte besonders hervorheben, weil sie uns als Koalition – ich glaube, das kann ich so sagen – besonders wichtig sind. Neben den Dingen, die die Bundeskulturpolitik hier in der Hauptstadt unterstützt, und dem, was im Hauptstadtkulturvertrag, zu dem wir selbstverständlich stehen und der die entsprechenden Mittelerhöhungen erfährt, abgebildet ist, wollen wir als Bund in den kommenden Jahren vor allen Dingen auch die Kultur in der Fläche, in den ländlichen Räumen stärken.

Wir wollen mit einer „Agenda für Kultur und Zukunft“ Impulse in der Breite der Gesellschaft setzen, wollen ein Programm „Kultur in den Regionen“ etablieren, mit dem wir tatsächlich in die Förderung der ländlichen Räume, sozusagen in die Graswurzelarbeit vor Ort, einsteigen. Das ist uns sehr wichtig. Die Kultur ist für uns ein wichtiger Bestandteil der Stärkung der ländlichen Räume. Es geht eben nicht nur um Landwirtschaft, nicht nur um technische Infrastruktur. Vielmehr dürfen vor allem auch Bibliotheken, kleine Theater und Initiativen, die wir dort haben, nicht vergessen werden, wenn wir über die Stärkung von ländlichen Räumen reden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Wir wollen selbstverständlich Künstlerinnen und Künstler, die Kreativen, im Bereich der Gleichstellungspolitik auf der einen Seite und auf der anderen Seite aber insbesondere im Bereich der sozialen Absicherung fördern. Das ist auch zwingend notwendig, um Kultur in der Fläche jenseits der großen Kulturinstitutionen, denen ich um Himmels willen die Berechtigung nicht absprechen will, auch erhalten zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Gitta Connemann [CDU/CSU])

Wir brauchen auch eine Stärkung der Erinnerungskultur, indem wir durch die Förderung der Gedenkstätten durch den Bund Impulse setzen. Wir haben in der Koalition vereinbart, ein Programm auf den Weg zu bringen, das „Jugend erinnert“ heißt, um nicht zu vergessen; denn unsere Zukunft muss auf unserer Vergangenheit begründet sein – ohne irgendwelche Schuldgefühle oder dergleichen mehr, aber in Verantwortung für die Zukunft auf der Grundlage unserer Vergangenheit.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Gitta Connemann [CDU/CSU] und des Abg. Thomas Hacker [FDP])

(D)

Martin Rabanus

- (A) Ich will einen weiteren Punkt nennen, der uns besonders wichtig ist. Das ist – dabei schaue ich den Außenminister an – die Deutsche Welle, die als die größte Einzelinstitution bei BKM etatisiert ist und die für uns eine starke Stimme in dieser Welt ist. Sowohl die Kanzlerin als auch der Herr Kollege Kauder und viele andere Redner in dieser Debatte haben auf die aktuelle Weltlage hingewiesen. Sie haben darauf hingewiesen, dass wir an allen Stellen Fakten und nicht Fake News verbreiten wollen, dass wir dafür sorgen müssen, dass wir in diesen Konflikten mit einem hochglaubwürdigen Instrumentarium, unserem Auslandssender Deutsche Welle, auch die Impulse setzen können, die wir für wichtig und richtig halten. Dafür wird es notwendig sein, an der einen oder anderen Stelle im Etat, aber insbesondere auch auf der Strecke bis zum Ende der Legislaturperiode noch ein bisschen nachzuarbeiten, um hier Planungssicherheit zu gewährleisten und um den Sender Deutsche Welle entsprechend in der Perspektive aufstellen zu können.

In der Summe kann man sagen: Ja, der Haushalt ist gut. Er beläuft sich auf knapp 1,7 Milliarden Euro. Das ist ein Allzeithoch. Auch das ist gut. Aber es wird die Aufgabe in den Haushaltsberatungen sein, in den kommenden Wochen und Monaten weiter daran zu arbeiten, um noch weitere Impulse zu setzen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) **Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:**

Das Wort für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Kollege Erhard Grundl.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erhard Grundl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Sehr verehrte Frau Staatsministerin! Meine Damen und Herren! Oskar Maria Graf, der Unbeugsame, verstand seine Kunst zeitlebens als Verpflichtung. Die Bücher, die uns Graf hinterlassen hat, sind heute Kult. Sie begleiten uns, berühren uns, geben uns Fragen mit. Unser Land ist auch heute reich an engagierten Künstlerinnen und Künstlern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre Arbeit ist genau wie die von Graf viel mehr als das repräsentative Aushängeschild unserer Nation.

Meine Damen und Herren, Ihr Koalitionsvertrag las sich gut in Sachen Kultur. Kollege Rabanus hat es fortgeführt. Nur: Die Erwartungen wurden geweckt, aber laut Haushaltsentwurf werden sie nicht erfüllt. Kultur und kulturelle Bildung sollten allen zugänglich sein und im urbanen sowie im ländlichen Gebiet unabhängig vom Einkommen erreicht werden können. Das ist völlig richtig. Aber davon steht nichts in diesem Haushaltsplan.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Simone Barrientos [DIE LINKE])

- (C) Wenn freie Theater aufgeben müssen, wenn Programmkinos schließen, Jugendliche keinen Ort haben, um ihre Kreativität auszuleben, wenn Ateliers und Werkstätten fehlen, wenn es keine Probenräume gibt, in denen man den Verstärker auch einmal so aufdrehen kann, dass der Putz an den Wänden wackelt, dann ist die kulturelle Teilhabe nicht gegeben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Simone Barrientos [DIE LINKE])

Ihr Haushaltsentwurf konzentriert sich auf wenige Projekte mit großer Strahlkraft. Diese werden mit Millionenbeträgen gefördert. Die Populärmusik, die Soziokultur, die darstellenden Künste und die Literatur erhalten nur einen Bruchteil. Natürlich sind die Bayreuther Festspiele und auch das Humboldt Forum förderungswürdig. Aber was tun Sie wirklich für Kulturförderung in den Regionen, was für die Künstlerinnen und Künstler? Aktuell lehnen die Förderfonds des Bundes Anträge in großer Anzahl ab, weil die Mittel nicht ausreichen. Ein Beispiel ist der Deutsche Literaturfonds. In unserem Land der Dichter und Denker liegt die Förderquote bei knapp 12 Prozent. Das ist ein echtes Armutszeugnis.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein anderes Beispiel ist der Spielstättenprogrammpreis. Musikclubs bereichern unser Kulturleben sowohl in den ganz großen Städten als auch vor allem abseits der Metropolen, wie der Alte Gasometer in Zwickau, die Ratschenmühle in Geislingen oder das Alte Spital in Viechtach im Bayerischen Wald. In Ihrem Haushaltsentwurf wurde der Etat für den Spielstättenprogrammpreis von 2 Millionen Euro auf 1 Million Euro halbiert – eine herbe Enttäuschung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D) Meine Damen und Herren, bei der Erinnerungskultur steht Deutschland an einem historischen Wendepunkt. Augenblicklich finden die letzten Strafprozesse statt. Zeitzeugen werden immer weniger. Schicksale, wie beispielsweise die der Frauen und Mädchen, die im KZ Uckermark zwischen 1942 und 1945 eingesperrt und umgebracht wurden, sind aufgrund fehlender Mittel weitgehend unerforscht.

(Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unerhört!)

Umso wichtiger ist es, die Anerkennung für bisher ausgegrenzte Opfergruppen des Nationalsozialismus jetzt voranzubringen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKE und der Abg. Marianne Schieder [SPD])

Umso wichtiger ist es, die Gedenkstätten auch als Orte des Wissens und der Forschung zu stärken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Marianne Schieder [SPD]: Haben wir gemacht!)

Die Besucherzahlen in den Gedenkstätten steigen. Ganz offensichtlich ist das Interesse der deutschen Be-

Erhard Grundl

- (A) völkerung groß, sich mit den Verbrechen und ihren Ursachen auseinanderzusetzen. Doch schon jetzt können in Buchenwald oder Sachsenhausen Anfragen nach Führungen oft nicht erfüllt werden. Diese Unterfinanzierung der Gedenkstätten ist nicht akzeptabel.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Marianne Schieder [SPD]: Steht einiges drin!)

Die Verbrechen des Nationalsozialismus haben Deutschland geprägt, und sie bedeuten eine Verantwortung für uns alle, eine Verantwortung, die nicht vergeht und die auf keinen Fall verjährt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wann, wenn nicht jetzt, ist der Zeitpunkt, sich darauf zu besinnen, was uns Kunst und Kultur wert sind, wann, wenn nicht jetzt, macht es Sinn, diesen Etat deutlich aufzustocken, damit Kunst und Kultur mehr Menschen erreichen? Denn wer der Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken möchte, der muss auf kulturelle Teilhabe setzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

- (B) Der Kulturbetrieb muss neue Konzepte entwickeln, um soziale Barrieren zu überwinden, und im Gegenzug muss die Bundesregierung den Kreativen aber auch die finanziellen Mittel dafür an die Hand geben. Diese müssen in den Haushalt rein – wann, wenn nicht jetzt?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich abseits der Kulturpolitik einen Satz zum Kollegen Dobrindt sagen: Ich finde, es ist ein Skandal, wenn hier im Deutschen Bundestag Rechtsanwälte beschimpft werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP und der LINKEN)

Es ist unwürdig, wenn man die Gewaltenteilung, auf der unser Rechtsstaat beruht, hier so lapidar angreift, weil in Bayern Wahlkampf ist. Ich vermute, Sie waren einfach einmal zu oft mit Orban zusammen und das hat Ihre Weltsicht geprägt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Das täte Ihnen auch mal gut! – Dr. Alexander Gauland [AfD]: Das wäre auch für Sie eine Gelegenheit! Wenn ihm das nützen würde, sollte er öfter mit Herrn Orban zusammen sein! Die Nähe zu Herrn Orban ist nicht verkehrt!)

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Die letzte Rednerin zu diesem Geschäftsbereich ist die Kollegin Patricia Lips, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Patricia Lips (CDU/CSU):

Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Herr Grundl, wir stimmen ganz sicher in vielen Punkten durchaus überein, insbesondere was die Ausstattung im Bereich der Kultur- und Medienpolitik angeht. Aber lassen Sie mich an dieser Stelle sagen: Nimmt man es prozentual, dann ist der Etat genau dieses Bereichs in den letzten zehn Jahren unter unionsgeführten Regierungen so stark gestiegen wie kaum ein anderer. Er hat sich nämlich in zehn Jahren fast verdoppelt.

(Beifall bei der CDU/CSU – Alois Rainer [CDU/CSU]: Jawohl, Patricia! Sag ihnen, wie der Haushalt zu lesen ist!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es liegt in der Natur der Sache, dass es in Haushaltsberatungen um Geld geht, oft um viel Geld. Das betrifft nicht nur den Deutschen Bundestag, sondern alle politischen Ebenen. Wie in vielen Situationen im Leben verbindet sich damit bei manchen ganz konkret die Frage: Was habe ich, was hat das Land, was haben die Menschen davon, wenn ich diese oder jene Maßnahme in die Wege leite? Wenn man die Menschen auf der Straße fragt: „Wofür würdest du an meiner Stelle vorrangig Geld ausgeben?“, dann steht zumeist ein Thema – leider – sicher nicht gleich an erster Stelle, obwohl man es überall sieht und hört. Es ist dieses Thema, das unsere Gesellschaft prägt und verbindet, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist die Kultur in ihrer ganzen Vielfalt, die maßgeblich in dem Einzelplan, über den wir heute Vormittag diskutiert haben, angesiedelt ist. Und unser schönes Land ist voll davon: Musik, alle Arten der Kunst und Literatur, Theater, unsere Museen, die Förderung der Medien- und Filmwirtschaft – einmal mehr ein Schwerpunkt im Haushalt –, aber auch unzählige Denkmäler unserer Geschichte und vieles mehr. Kultur stiftet Identität, sie nimmt breiten Raum in der Bildung ein; Kollege Rabanus hat es als Erinnerungskultur umschrieben. Kultur ist ein Brückenbauer und Botschafter unseres Landes zugleich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie umfasst die Bewahrung unseres kulturellen Erbes, die Beschäftigung mit unserer Vergangenheit. Sie schafft aber auch immer wieder Neues und hat – ja! – gleichzeitig viel mit dem Begriff „Freiheit“ zu tun.

Sehr geehrter Herr Kollege Jongen, mir gefällt auch nicht immer alles, muss es auch nicht; aber ich bin gerade stolz auf diese Freiheit, die heute in diesem Land bei Kunst und Kultur Gültigkeit hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wenn man die aktuelle Kultur- und Medienpolitik – ich hoffe, ich gebe das jetzt richtig wieder – „als propagandistische Zerstörung unseres kulturellen Erbes“ bezeichnet, sehr geehrter Herr Kollege, ist das einfach nur platt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(C)

(D)

Patricia Lips

- (A) Es verhöhnt Menschen und Einrichtungen, die in diesem Land künstlerisch unterwegs sind. Gestatten Sie mir, zu sagen: Es zeigt auch, wie wichtig manch ein Programm ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Jürgen Braun [AfD]: Ein propagandistisch-ideologisches Programm, oder was? Nicht Kultur, sondern Propaganda!)

Kolleginnen und Kollegen, es stimmt: Die Kulturhoheit liegt grundsätzlich bei den Ländern und Kommunen. Sie stemmen den Löwenanteil. Doch über die Jahre ist, wie in anderen Bereichen auch, ein stetiger Aufwuchs der Mittel des Bundes erfolgt.

Ich bekenne mich dazu – ich glaube, das tun alle –, dass sich der Bund vorrangig um Einrichtungen von nationaler und internationaler Bedeutung kümmern muss. Dazu gehört auch die Förderung der Hauptstadt Kultur, die ein wichtiges Anliegen bleibt. Berlin ist ein Schaufenster zur Welt. Berlin ist nicht nur ein politisches, sondern auch ein kulturelles Zentrum. Das wurde im Koalitionsvertrag entsprechend gewürdigt. Im Rahmen des Hauptstadtfinanzierungsvertrages konnte bereits vieles auf den Weg gebracht werden. Aber auch in anderen Städten, die als Magnete in ihre unmittelbare Umgebung ausstrahlen, gibt es Projekte von überregionaler Bedeutung.

- (B) Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch ich möchte eines betonen: Die Besonderheit dieses Landes, welches im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern Europas über die Jahrhunderte bis heute durch einen starken Föderalismus geprägt ist, bringt es mit sich, dass gerade auch in ländlichen Regionen viele kulturelle Leuchttürme existieren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dort leben die meisten Menschen. Dort haben sie ihr familiäres und berufliches Umfeld. Sie machen sich Gedanken, wie man auch künftig gerne und erfolgreich in diesen Regionen lebt und zusätzlich verstärkt um Gäste wirbt, um einen eigenen Beitrag zum Erhalt der Infrastruktur im ländlichen Raum zu leisten. Die kulturelle Infrastruktur gehört zweifelsohne dazu.

Kolleginnen und Kollegen, es wurde bereits vieles gesagt. Die Staatsministerin hat einige Punkte genannt, die ich nicht noch einmal wiederholen möchte. Ich schließe ganz einfach mit den Worten: Ich freue mich auf die kommenden Wochen, die sehr intensive, spannende und lange Beratungen versprechen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Damit ist die Aussprache zu diesem Geschäftsbereich abgeschlossen.

Wir kommen nun zum Geschäftsbereich des **Auswärtigen Amtes, Einzelplan 05.**

Ich erteile als Erstem dem Bundesminister Heiko Maas für die Bundesregierung das Wort.

Heiko Maas, Bundesminister des Auswärtigen:

(C)

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein kurzer Blick auf die globalen Ereignisse der letzten Tage und Wochen – man kann eigentlich auch sagen: der aktuellen Stunden – genügt, um eines festzustellen: Die uns vertraute Weltordnung erlebt einen fundamentalen Umbruch, wenn man nicht sogar von tektonischen Verschiebungen sprechen kann. Die Prinzipien des Multilateralismus und des Völkerrechtes werden grundlegend infrage gestellt. Das gilt für das internationale Handelssystem, aber auch für offene Gesellschaften. Überall stehen wir vor ernststen Bewährungsproben. Der institutionelle, der rechtliche Rahmen, der in den vergangenen 70 Jahren gerade für uns Deutsche Frieden und Wohlstand gebracht hat, wird gerade neu abgesteckt.

Auch in Europa stehen wir vor gewaltigen Aufgaben. Nach fast zehn Jahren aufeinanderfolgender Krisen steuert die Europäische Union auf einen kritischen Entscheidungspunkt zu. Im Inneren kämpft sie angesichts von Brexit, Nachwehen der Finanzkrise, Populismus und Nationalismus mit durchaus ernstzunehmenden Erosionserscheinungen, und von außen drohen große Spieler wie Russland, China und leider in gewisser Weise mittlerweile auch die USA, die Union zu spalten. Deshalb: Wir treten besonders gerade jetzt für ein Europa ein, das außenpolitisch mit einer Stimme spricht, sich für internationale Zusammenarbeit starkmacht und entschieden für den Erhalt einer regelbasierten internationalen Ordnung eintritt. Europa muss in diesem Moment Lücken schließen, die andere aufreißen, auch jene, von denen wir nicht dachten, dass sie Lücken aufreißen.

(D)

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Gelingt uns das nicht, dann werden Mächte dieses Vakuum füllen, die ein ganz anderes Verständnis von Ordnung haben als wir. Das gilt es zu verhindern. Das ist die eigentliche europäische Herausforderung, der wir uns gegenübersehen und der wir gerecht werden wollen. Ohne ein außen- und sicherheitspolitisch engagiertes Deutschland, das Europas Rolle in der Welt stärkt und Spaltungen im Innern Europas verhindert, wird es uns nicht gelingen, den Herausforderungen zu begegnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die drei akuten Krisen in unserer Nachbarschaft – in Iran, in Syrien und nicht zu vergessen in der Ukraine – fordern von uns eine aktive Rolle. Diese aktive Rolle nehmen wir längst wahr.

Beispiel Syrien. Dieser Krieg dauert mittlerweile über sieben Jahre. Fast eine halbe Million Menschen ist ums Leben gekommen, Millionen Menschen sind zu Flüchtlingen geworden. Bedauerlicherweise ist von dem, was in Genf als Friedensplan vereinbart worden ist, nichts übrig geblieben. Ganz im Gegenteil: Die internationale Gemeinschaft hat sich gespalten, und deshalb ist kein gemeinsamer politischer Prozess zustande gekommen. Auf der einen Seite treffen sich Russen, Iraner und Türken in Sotschi oder in Astana, und auf der anderen Seite – das hat die Bundeskanzlerin heute Morgen schon erwähnt – hat sich eine sogenannte Small Group gegründet, in der die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Saudi-Arabien und Jordanien vertreten sind. Beide Grup-